



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

---

# Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

---

*Monatsbericht September 2018*



## **Impressum**

### **Herausgeber**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)  
Öffentlichkeitsarbeit  
11019 Berlin  
www.bmwi.de

### **Stand**

27. August 2018

### **Druck**

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

### **Gestaltung**

PRpetuum GmbH, 80801 München

### **Bildnachweis**

BMWi / S. 7

Bundesregierung, Kugler / S. 2

istock

andresr / S. 10

Petmal / S. 8

SimonLukas / S. 5

sturti / S. 16

solidian / S. 23

Ute Juschkus, RKW Kompetenzzentrum / S. 22, 24

www.flaticon.com

Freepik / S. 13

### **Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de  
www.bmwi.de

### **Zentraler Bestellservice:**

Telefon: 030 182722721

Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



# Inhalt

Editorial .....	2
<b>I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen .....</b>	<b>4</b>
Auf einen Blick .....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage .....	14
Demografischer Wandel und das Erwerbspersonenpotenzial von Frauen .....	16
Ressourcenschonendes Bauen .....	22
<b>II. Wirtschaftliche Lage .....</b>	<b>27</b>
Internationale Wirtschaftsentwicklung .....	28
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland .....	30
<b>III. Übersichten und Grafiken .....</b>	<b>41</b>
1. Gesamtwirtschaft .....	42
2. Produzierendes Gewerbe .....	50
3. Privater Konsum .....	58
4. Außenwirtschaft .....	60
5. Arbeitsmarkt .....	62
6. Preise .....	64
7. Monetäre Entwicklung .....	68
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse .....	70
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben .....	72

# Editorial



## Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Deutschland ist ein äußerst attraktives Ziel für ausländische Investoren. Allein im Jahr 2017 ist Kapital in Höhe von über 80 Milliarden Euro ins Inland geflossen. Das hohe Volumen an Direktinvestitionen in Deutschland ist ein Zeichen der hohen Standortqualität und Spiegelbild der guten wirtschaftlichen Entwicklung. Ausländische Investoren sind an über 16.000 Unternehmen in Deutschland beteiligt. Diese Unternehmen beschäftigen zusammen mehr als drei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und beleben den Wettbewerb. Als offene Volkswirtschaft begrüßen wir diese Investitionen daher ausdrücklich.

Im Gegenzug sind auch deutsche Kapitalgeber in Form von Unternehmensbeteiligungen und Wertpapieranlagen stark im Ausland engagiert. Allein im Jahr 2017 haben die deutschen Kapitalanlagen im Ausland um mehr als 360 Milliarden Euro zugenommen. Beschränkungen des Kapitalverkehrs oder eine Einmischung in unternehmerische Investitionsentscheidungen sind daher grundsätzlich nicht im deutschen Interesse. Bei sicherheitsrelevanten Unternehmen, kritischen Infrastrukturen oder etwa im Bereich der IT-Sicherheit hat die Bundesregierung aber die Pflicht, Sicherheitsinteressen und Belange der öffentlichen Ordnung zu schützen.

Wir arbeiten daher derzeit an einer Novelle der Außenwirtschaftsverordnung, um die Vorgaben für Investitionsprüfungen an die aktuellen Herausforderungen anzupassen. Dabei sollen Prüfschwellen in bestimmten Bereichen abgesenkt werden, um die Prüfmöglichkeiten bei Firmenübernahmen von Erwerbern außerhalb der EU zu erweitern. Seit ihrer Einführung im Jahr 2004 haben wir das Instrument der Investitionsprüfung sehr zurückhaltend eingesetzt und bislang keinen Unternehmenserwerb untersagt. Auch in Zukunft wird es explizit nicht darum gehen, Firmenübernahmen zu verhindern, sondern um erweiterte Prüfmöglichkeiten in eng abgesteckten Bereichen. Mehr Informationen zu diesem Thema finden Sie in einem Kurzbeitrag und unserer aktuellen Grafik des Monats.

In der vorliegenden Ausgabe befassen wir uns außerdem ausführlich mit der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland. Eine weitere Aktivierung von Frauen am Arbeitsmarkt bietet spürbare Wachstumschancen und kann dazu beitragen, die Auswirkungen des demografischen Wandels abzumildern.

In einem anderen Artikel zeigen wir, welchen Beitrag ressourcenschonendes Bauen zum Umweltschutz leisten kann.

Darüber hinaus finden Sie Artikel zur REACH-Verordnung sowie zum Enterprise Europe Network, das sein zehnjähriges Bestehen feiert. Wir stellen zudem ein Gutachten zur sozialen Wohnungspolitik vor, das vor Kurzem vom Wissenschaftlichen Beirat beim BMWi veröffentlicht wurde. Die Wohnungspolitik steht derzeit unübersehbar im Fokus der öffentlichen Diskussion und bildet folgerichtig einen wichtigen Schwerpunkt der Bundesregierung in der 19. Legislaturperiode. Der Wissenschaftliche Beirat hat dazu am 23. August ein Gutachten vorgelegt, das im Vorfeld des Wohngipfels im September zu kontroversen Diskussionen geführt und so die Debatte bereichert hat. Der Beirat ist unabhängig und bestimmt den Gegenstand seiner Untersuchungen selbst. Leitlinie für unser politisches Handeln ist aber der Koalitionsvertrag.

Außerdem finden Sie in dieser Ausgabe wie immer ausführliche Informationen über die aktuelle wirtschaftliche Lage.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine aufschlussreiche und interessante Lektüre dieser Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik!



Peter Altmaier  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

# I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

# Auf einen Blick

## Aktuelle Entwicklungen im Investitionsprüfungsrecht



### Offene Märkte sind gut – aber Achtsamkeit gehört zur Sozialen Marktwirtschaft dazu

Das Bundeswirtschaftsministerium hat nach umfassender Prüfung des nationalen Investitionsprüfungsrechts im August 2018 eine Diskussion im Kreis der betroffenen Bundesministerien angestoßen. Gegenstand dieser Diskussion sind Vorschläge, mit denen das Instrument der Investitionsprüfung an neue Herausforderungen angepasst werden soll.

Offene Märkte, freie Kapitalflüsse und Handel fördern Wachstum und Wohlstand in Europa und in der Welt. Gerade für den Industriestandort Deutschland sind ausländische Direktinvestitionen ein wesentlicher Impulsgeber für Wachstum, Wertschöpfung und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Daher ist es ein gutes Zeichen, dass Deutschland nach wie vor für Investitionen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union attraktiv ist. Bei diesen Investitionen muss allerdings auch weiterhin gewährleistet sein, dass sie die öffentliche Ordnung oder Sicherheit bzw. wesentliche Sicherheitsinteressen unseres Landes nicht gefährden. Das nationale Investitionsprüfungsrecht dient dazu, eine solche Gefährdung im Einzelfall zu verhindern.

### Nationales Prüfrecht

Nach derzeitigem Recht ruht das nationale Prüfungsrecht auf zwei Säulen:

- ▶ Zivile sicherheitsrelevante Technologien (sog. sektorübergreifendes Prüfverfahren, das für alle Branchen unabhängig von der Größe der am Erwerb beteiligten Unternehmen gilt; §§ 55-59 Außenwirtschaftsverordnung; AWW)
- ▶ Verteidigungsrelevante Technologien (sog. sektorspezifisches Prüfverfahren, das nur für bestimmte Rüstungs- bzw. IT-Sicherheitsunternehmen gilt; §§ 60-62 AWW)

In der Praxis überwiegen Fälle aus dem Bereich der zivilen sicherheitsrelevanten Technologien. Dazu zählen unter anderem die Kritischen Infrastrukturen, d.h. Einrichtungen von wesentlicher Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Beeinträchtigung Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Beispiele für Kritische Infrastrukturen sind die Strom- und Wasserversorgung sowie die Telekommunikation.

Nach dem geltenden Prüfverfahren in diesem Bereich darf das Bundeswirtschaftsministerium alle Unternehmenskäufe durch Investoren von außerhalb der Europäischen Union prüfen. Ebenso erfasst sind Erwerbsvorgänge, durch die unionsfremde Investoren 25 Prozent der Stimmrechte an dem nationalen Unternehmen erreichen oder überschreiten. Hat der Erwerber seinen Sitz in der EU, kann das Bundeswirtschaftsministerium ebenfalls eine Prüfung eröffnen, soweit Anzeichen vorliegen, dass der Investor die Anwendung des Prüfungsrechts durch Umgehung oder missbräuchliche Gestaltung vermeiden wollte. Auch wird nach derzeitiger Rechtslage geprüft, wenn jenseits der 25-Prozent-Schwelle ein weiterer Zuerwerb stattfindet.

Bei Erwerbsvorgängen, die sich auf verteidigungsrelevante Technologien beziehen und die in der Praxis viel seltener vorkommen, gelten abweichende Sonderregeln.

## Blick in die Praxis

Seit dem Inkrafttreten der letzten Änderung des Investitionsprüfungsrechts im Juli 2017 wurden mehr als 80 Erwerbsvorgänge geprüft. An über einem Drittel dieser Vorgänge waren chinesische Investoren unmittelbar oder mittelbar beteiligt. China ist als Investor in den letzten Jahren in Deutschland zusehends aktiver geworden, v. a. im High-Tech-Bereich. Eine Analyse von Ernst & Young aus dem Jahr 2017 belegt die zunehmenden Aktivitäten auch durch steigende Transaktionsvolumina bei Übernahmen von und Beteiligungen an deutschen Unternehmen mit bestimmten Schlüsseltechnologien durch chinesische Investoren. China ist damit nach den USA der zweitgrößte außereuropäische Investor in Deutschland, mit steigender Tendenz.

Aber nicht nur die Größe der Transaktionen und die Zahl der zu prüfenden Erwerbe sind in den letzten Jahren gestiegen. Auch der Umfang der eingereichten Unterlagen hat stetig zugenommen, die Prüfungen sind deutlich aufwendiger geworden und immer häufiger sind die gesellschaftsrechtlichen Konzern- und Finanzierungsstrukturen hinter den Investoren alles andere als klar und transparent.

Das vorhandene rechtliche Instrumentarium ist angesichts des Umfangs und der Komplexität der Prüfungen zuletzt immer wieder an seine Grenzen gestoßen. Gleichzeitig wurde seit der Einführung der Investitionsprüfung in Deutschland im Jahr 2004 noch kein einziger Erwerb untersagt. Nur in

einem Fall hat das Bundeskabinett vor kurzem eine Ermächtigung für die Untersagung eines geplanten Unternehmenserwerbs auf Grundlage der Außenwirtschaftsverordnung beschlossen. Zur Untersagung kam es letztlich jedoch nicht, weil der Investor von seinen Erwerbsplänen zurückgetreten ist.

## Ausblick

An der offenen Einstellung Deutschlands gegenüber ausländischen Direktinvestitionen wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Außereuropäische Investoren sollen weiterhin in deutsche Unternehmen investieren. Das Bundeswirtschaftsministerium will allerdings sicherstellen, dass Erwerbsvorgänge unterbunden werden können, bei denen legitime Sicherheitsinteressen Deutschlands betroffen sind. Achtsamkeit in diesen Bereichen gehört zur Sozialen Marktwirtschaft dazu.

Aus diesem Grund hat das Bundeswirtschaftsministerium verschiedene Vorschläge erarbeitet, mit denen die Regelungen der Investitionsprüfung an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden sollen. Diese Vorschläge werden derzeit im Ressortkreis geprüft und diskutiert.

Einer der Vorschläge betrifft die Prüfeintrittsschwelle bei geplanten Beteiligungserwerben (derzeit 25 Prozent der Stimmrechte). Diese Schwelle soll in bestimmten Bereichen abgesenkt werden. Auf diese Weise kann den Sicherheitsinteressen Deutschlands besser Rechnung getragen werden, weil so Erwerbsvorgänge geprüft werden können, die nach der bestehenden Rechtslage weder meldepflichtig noch prüfbar gewesen wären. Vertiefte Investitionsprüfungen sollen aber auch dann weiterhin die Ausnahme bleiben.

Die Vorschläge befinden sich derzeit in der Ressortabstimmung; die genaue Ausgestaltung ist daher noch Gegenstand der Beratungen. Bevor sich das Kabinett mit den Ergebnissen dieses Prozesses befasst und die dann allseits akzeptierten Vorschläge durch eine Änderung der AWW beschließt, werden außerdem die betroffenen Verbände konsultiert. Mit einem Inkrafttreten der Änderungen rechnet das Bundeswirtschaftsministerium im Herbst 2018.

Kontakt: Dr. Urs Engels  
Referat: Außenwirtschaftsrecht; Seerechts-/  
C-Waffen-Übereinkommen



## Große Hilfe für kleine Unternehmen – 10 Jahre Enterprise Europe Network in Deutschland



Seit dem Jahr 2008 unterstützt das Enterprise Europe Network (EEN) europaweit kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die im Wettbewerb bestehen, innovativ sein und international wachsen wollen. Über das EEN stehen mehr als 3.000 Experten in 600 Mitgliedsorganisationen und über 60 Staaten bereit, um Unternehmen vor Ort zu beraten. Gefördert wird dieses weltweit größte Netzwerk zur Unterstützung von KMU von der Europäischen Kommission.

### Das EEN Deutschland

In Deutschland unterstützen bundesweit 60 Kontaktstellen des EEN Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihrer Expertise, maßgeschneiderten Dienstleistungen und einem EU-weiten Netzwerk. Bei der Erschließung von Auslandsmärkten unterstützt das EEN Unternehmen beispielsweise, indem es Geschäfts- und Projektpartner für länderübergreifende Kooperationen vermittelt. Zudem berät es interessierte Unternehmen zu europäischen Förderprogrammen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Innovation.

Die Ansprechpartner des EEN sitzen hauptsächlich bei den Förderbanken, bei Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, bei Hochschulen, Technologiezentren und Wirtschaftsfördergesellschaften.

Die Bilanz nach zehn Jahren EEN Deutschland kann sich sehen lassen: Seit dem Start hat das EEN mehr als 230.000 individuelle Beratungen von Unternehmen in Deutsch-

land zu Internationalisierungs- und Innovationsstrategien durchgeführt. Es hat in vielen Einzelfällen eine engere Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und von Unternehmen mit Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen initiiert. Im Rahmen von Kooperationsbörsen hat es rund 22.000 Unternehmen mit Geschäfts- und Projektpartnern bekannt gemacht.

### EU-KMU-Konferenz 2018

Im Rahmen einer KMU-Konferenz anlässlich der 10. Europäischen KMU-Woche 2018 berichten Unternehmerinnen und Unternehmer am 27. September 2018 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie von ihren Erfahrungen mit dem EEN. Auch die Expertinnen und Experten des gesamten deutschen EEN-Netzwerks stehen an diesem Tag für Fragen und Einzelgespräche zur Verfügung.

Mehr zur Veranstaltung sowie eine Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter: <http://bit.ly/2PgNFp5>

Weitere Informationen: [www.een-deutschland.de](http://www.een-deutschland.de); [www.een.ec.europa.eu](http://www.een.ec.europa.eu)

Kontakt: Marion Lemgau  
Referat: Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Mittelstandspolitik

## Zehn Jahre REACH: Sichere Chemikalien für Mensch und Umwelt



Im letzten Jahrzehnt hat sich durch die REACH-Verordnung (REACH steht für Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals), das Herzstück des europäischen Chemikalienrechts, der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt erheblich verbessert. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat nun eine Studie in Auftrag gegeben, um zwei verschiedene Regulierungsoptionen für chemische Stoffe hinsichtlich des Aufwands für Unternehmen und Behörden zu analysieren. Das BMWi wird entsprechend den Ergebnissen der Studie im Rahmen des aktuellen REACH-Reviews für eine Stärkung des so genannten Beschränkungsverfahrens eintreten.

### Mit REACH wurde schon viel erreicht

Chemikalien sind ein unverzichtbarer Teil unseres Lebens: Sie sind etwa in Kleidung, Spielzeug, Möbeln und Elektrogeräten enthalten. Dank der im Jahr 2007 in Kraft getretenen europäischen Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe sorgen Unternehmen und Behörden für die sichere Verwendung von Chemikalien sowie für einen schrittweisen Ausstieg aus der Herstellung und Verwendung besonders besorgniserregender Stoffe.

Das mit der REACH-Verordnung eingeführte Verursacherprinzip hat die Last für die Darlegung der Stoffeigenschaften von Behörden vollständig auf Unternehmen verlagert. Die Unternehmen, die chemische Stoffe in Verkehr bringen, sind für die Sicherheit dieser in der gesamten Lieferkette verantwortlich; sie müssen die von den Stoffen ausgehenden Risiken ermitteln und belegen, dass sie von den nachgeschalteten Anwendern sicher verwendet werden können.

Anfang 2018 hat die Europäische Kommission ihren zweiten REACH Review vorgelegt. Darin wird deutlich, dass die Mechanismen der REACH-Verordnung grundsätzlich gut funktionieren. Gleichwohl werden darin eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Anwendung der Verordnung identifiziert, um Verbraucher, Arbeitnehmer und die Umwelt noch besser vor gefährlichen Chemikalien zu schützen. Zugleich soll der Aufwand für Unternehmen und Behörden erleichtert werden.

### Weitere Verbesserungen sind notwendig

Die von der Kommission ermittelten Handlungsbedarfe können größtenteils geteilt werden. Insbesondere der Punkt, dass der Aufwand für Unternehmen vertretbar bleibt, ist aus

Sicht des BMWi von besonderer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium eine Studie zu den verschiedenen Regulierungsoptionen, dem so genannten Zulassungsverfahren und dem so genannten Beschränkungsverfahren, in Auftrag gegeben.<sup>1</sup> Darin werden die rechtlichen und tatsächlichen Anforderungen sowie der Aufwand für die jeweiligen Stakeholder beider Regulierungsregime gegenübergestellt.

Unter dem Zulassungsregime wird verstanden, dass gewisse, besonders besorgniserregende Stoffe identifiziert und gelistet werden. Sie dürfen ab einem bestimmten Zeitpunkt grundsätzlich nicht mehr verwendet werden. Voraussetzung für die Weiterverwendung eines Stoffes ist, dass Hersteller oder Verwender (sog. nachgeschaltete Anwender) unternehmens- und verwendungsspezifische Zulassungsanträge stellen. Derzeit ist dieses Verfahren das in der Praxis am häufigsten verwendete. Für die Unternehmen ist es in der Regel aber sehr herausfordernd, die hohen Anforderungen zu erfüllen. Zudem ist die Antragstellung äußerst (zeit- und kosten-) aufwendig, das Verfahren aufgrund der beteiligten Beratungs- und Entscheidungsgremien langwierig und der Ausgang für die Unternehmen nicht absehbar. Das Beschränkungsverfahren hingegen erfordert, dass eine mitgliedstaatliche REACH-Behörde zunächst ein unannehmbares Risiko für Mensch oder Umwelt durch die Herstellung oder Verwendung einer Chemikalie feststellt. Im Anschluss erarbeitet sie einen Beschränkungsvorschlag. Das bedeutet, dass für den Stoff sodann bestimmte, gegebenenfalls sehr differenzierte Verwendungsbedingungen gelten. Diese müssen von allen Unternehmen beachtet werden.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass für die meisten Regulierungsszenarien sowohl eine Zulassung als auch eine Beschränkung in Betracht kommt. Die Regulierungsoption

der Beschränkung bietet den Vorteil, grundsätzlich alle betroffenen Unternehmen zu adressieren und damit insgesamt weniger Aufwand für einzelne Unternehmen zu generieren. Zudem gilt sie auch für Importe von außerhalb der EU, was zu einer besseren Wettbewerbsgleichheit führen kann. Das Zulassungsverfahren hat hingegen seine Berechtigung, wenn für bestimmte Anwendungsbereiche eines Stoffes stofflich oder technisch und wirtschaftlich durchführbare Alternativen zur Verfügung stehen und eine Zulassung daher auf wenige Ausnahmefälle beschränkt bleiben kann.

Damit das Beschränkungsverfahren künftig verstärkt zum Einsatz kommen kann, müssen die Behörden von den Unternehmen mehr Informationen zu den Expositionsszenarien und den Verwendungen des Stoffes erhalten. Nur so kann in einem frühen Regulierungsstadium eine verlässliche Entscheidung zwischen den Regulierungsoptionen getroffen werden. Die deutsche Industrie hat sich erfreulicherweise bereits zu einem derartigen Engagement bekannt und auch die deutschen REACH-Behörden haben Bereitschaft zur vermehrten Anwendung des Beschränkungsverfahrens signalisiert.

Das BMWi wird die Ergebnisse der Studie in den nächsten Monaten auch auf europäischer Ebene im Zusammenhang mit den REACH-Review-Maßnahmen diskutieren und für eine entsprechende Stärkung des Beschränkungsverfahrens werben. Fakt ist, dass auch in den nächsten Jahren noch zahlreiche Stoffregulierungsverfahren anstehen und bestmögliche und effiziente Verfahren zur Anwendung kommen sollten.

Kontakt: Constanze Doll  
Referat: Chemische und Pharmazeutische Industrie

1 „REACH nach 2018 – Unter besonderer Berücksichtigung der Regulierungsalternativen Beschränkung und Zulassung“, durchgeführt von Ökopool. Veröffentlichung in Kürze.

## Wissenschaftlicher Beirat veröffentlicht Gutachten zur sozialen Wohnungspolitik



Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat ein Gutachten zur sozialen Wohnungspolitik vorgelegt. Darin empfehlen die Gutachter einen radikalen Kurswechsel: die Mietpreisbremse solle gestrichen, der soziale Wohnungsbau zurückgefahren und das Wohngeld ausgebaut werden. Die Vorstellung des Gutachtens führte zu kontroversen Diskussionen in Politik und Öffentlichkeit.

### Bezahlbarer Wohnraum ist knapp

Dem Wissenschaftlichen Beirat gehören 34 Wirtschaftswissenschaftler und wissenschaftlerinnen an. Er berät das Ministerium unabhängig und bestimmt den Gegenstand seiner Untersuchungen selbst. Anlass für das neueste Gutachten sind die aktuelle Diskussion über bezahlbaren Wohnraum und der Anstieg des Mietniveaus in den Ballungsräumen. Schätzungen zufolge werden in den nächsten Jahren mindestens 350.000 neue Wohnungen pro Jahr gebraucht.

Die Nachfrage nach Wohnraum habe in Universitätsstädten und Großstadregionen besonders angezogen. Diese Nachfrage sei auf die gewachsene Bevölkerung insgesamt und besonders auf die gestiegene Anzahl an Studierenden zurückzuführen, wie das Gutachten darlegt. Dadurch sei ein regional unterschiedlicher Bedarf entstanden. Die Mieten seien vor allem bei Neu- und Wiedervermietungen angestiegen. Noch stärker seien die Immobilienpreise gewachsen.

Der Beirat geht davon aus, dass dieser Trend anhalten wird. Vor diesem Hintergrund geht er der Frage nach, wie eine effiziente Versorgung mit angemessenem Wohnraum erreicht und soziale Härten am Wohnungsmarkt abgefedert werden können.

### Nicht alle Maßnahmen wirken

Laut dem Gutachten wird der Wohnungsmarkt bereits durch verschiedene Instrumente beeinflusst, so dass es keine freie Preisbildung gebe. Der Kündigungsschutz sowie die gesetzliche Begrenzung von Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen sollen Mieter vor Unsicherheiten und zu großen Preissprüngen schützen. Darüber hinaus ist der Staat im sozialen Wohnungsbau aktiv, in dem er sowohl den Bau subventioniert als auch die Belegung und Mietentwicklung reglementiert. Schließlich können Haushalte zur finanziellen Unterstützung Wohngeld beantragen. Das Wohngeld richtet sich nach der Haushaltsgröße, dem Einkommen und der Wohnungsgröße.

Im Gutachten stellt der Beirat fest, dass diese Instrumente nicht immer den gewünschten Erfolg gebracht hätten: Studien legten nahe, dass die Wirksamkeit der Mietpreisbremse – wenn überhaupt – gering gewesen sei. Wenn die Mietpreisbremse wirken würde, könnte sie nach Auffassung des Beirats den Mangel an Wohnraum sogar verschärfen. Außerdem komme es im sozialen Wohnungsbau häufig zu Fehlbelegungen, da die Berechtigung nicht laufend geprüft

werde. Das Wohngeld sei mit seinen vielen Regelungen komplex und werde daher seltener in Anspruch genommen als erwartet.

## Empfehlungen für die Politik

Konkret rät der Wissenschaftliche Beirat zu den folgenden Maßnahmen:

- ▶ **Weniger Instrumente, mehr Information:** Die Mietpreisbremse sollte laut Beirat ersatzlos gestrichen werden, da sie im Ergebnis den Mangel an Wohnraum verschärft. Der soziale Wohnungsbau sollte zurückgefahren und nur dann fortgeführt werden, wenn eine konsequente Fehlbelegungsabgabe erhoben wird und eine Durchmischung mit frei finanziertem Wohnraum gewährleistet ist. Gleichzeitig solle die Informationslage verbessert werden. Die Datenlage zu lokalen Mietpreisen, Grundstückspreisen und zur Flächennutzung ist laut Beirat noch nicht ausreichend.
- ▶ **Wohngeld verbessern und ausbauen:** Das Wohngeld solle reformiert und ausgebaut werden, raten die Wissenschaftler. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören eine Anhebung und regelmäßige Aktualisierung der Wohngeldhöhe sowie der Grenzen für die anrechenbare Miethöhe. Ferner empfiehlt der Beirat eine Entzerrung von Überschneidungen mit anderen Unterstützungsprogrammen, eine Vereinheitlichung der zugrunde liegenden Einkommensbegriffe und eine Bündelung der Zuständigkeiten in einer Behörde. Außerdem rät der Beirat mit Blick auf Arbeitsanreize im Niedriglohnbereich dazu, den Wechsel von der Grundsicherung in den Wohngeldbezug zu erleichtern.
- ▶ **Mehr Bauland und bessere Verkehrsanbindung:** Das Angebot von Wohnraum solle durch Anreize zur Schließung von Baulücken und durch Lockerung von Bauvorschriften, insbesondere Prüfung der Vorgaben der Energieeinsparverordnung, erhöht werden, so die Wissenschaftler im Gutachten. Die Grunderwerbsteuer solle reduziert und die Grundsteuer zu einer reinen Bodensteuer umgestaltet werden. Eine Sondersteuer für unbebautes Bauland (die so genannte Grundsteuer C) hingegen wird unter anderem mit Verweis auf Umgehungstatbestände abgelehnt. Ferner sollten Kommunen mehr Anreize zur Ausweisung neuen Baulands gegeben werden. Außerdem empfiehlt der Beirat, dass der Staat die

Anbindung zwischen Städten und Umland durch Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs verbessern sollte.

## Vorhaben der Bundesregierung

Die Wohnungspolitik steht derzeit im Fokus der öffentlichen Diskussion und bildet einen wichtigen Schwerpunkt der Bundesregierung in der 19. Legislaturperiode. Für den 21. September 2018 ist ein Wohngipfel der Bundesregierung geplant. Der Diskussionsbeitrag des Wissenschaftlichen Beirats, der vom BMWi unabhängig ist, kommt daher zu einem passenden Zeitpunkt. Die Schlussfolgerungen des Beirats trafen auf ein beachtliches Medienecho. Besonders die Vorschläge der Wissenschaftler, die Mietpreisbremse ersatzlos zu streichen und den Wohnungsbau zurückzuführen, werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert.

Für die Bundesregierung ist bezahlbarer Wohnraum ein zentrales Thema. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass in dieser Legislaturperiode 1,5 Millionen neue Wohnungen gebaut werden sollen. Außerdem soll die Mietpreisbremse verbessert werden: So soll etwa der Vermieter die Vormieter nennen müssen, wenn er sich auf diese zur Begründung der Miethöhe beruft. Familien sollen durch ein Baukindergeld bei der Eigentumsbildung unterstützt werden. Der soziale Wohnungsbau – für den die Länder zuständig sind – soll mindestens auf dem gegenwärtigen Niveau fortgeführt werden. Hierfür soll durch eine Änderung des Grundgesetzes eine dauerhafte Finanzierungskompetenz des Bundes geschaffen werden. Das Wohngeld soll an die allgemeinen und individuellen Lebensbedingungen angepasst werden.

Generell gilt, dass bei wohnpolitischen Maßnahmen die durch das Grundgesetz vorgegebene Kompetenzverteilung gewahrt bleiben muss. So liegt etwa die Befugnis zur Bestimmung des Grunderwerbsteuersatzes bei den Ländern.

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats und weitere Informationen zum Beirat sind auf der Homepage des BMWi abrufbar: <http://bit.ly/2jXGqqR>

Die Pressemitteilung des BMWi zur Veröffentlichung des Gutachtens finden Sie hier: <http://bit.ly/2PijMfc>

Kontakt: Dr. Anna auf dem Brinke  
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

## Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

<b>September 2018</b>	
06.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
07.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
07./08.09.	Informeller ECOFIN (Wien)
12.09.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
17./18.09.	Informeller Energierat (Linz)
27.09.	WBF-Rat
Ende September 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
<b>Oktober 2018</b>	
01./02.10.	Eurogruppe/ECOFIN
05.10.	Informeller Handelsministerrat (Innsbruck)
05.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
08.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
11.10.	Herbstprojektion der Bundesregierung
15.10.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
Ende Oktober 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
<b>November 2018</b>	
05./06.11.	Eurogruppe/ECOFIN
06.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
07.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
09.11.	Handelsministerrat
16.11.	ECOFIN-Haushalt
29.11.	WBF-Rat
Ende November 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

### In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

[www.bmwi.de/abo-service](http://www.bmwi.de/abo-service)



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

[www.bmwi.de/schlaglichter](http://www.bmwi.de/schlaglichter)



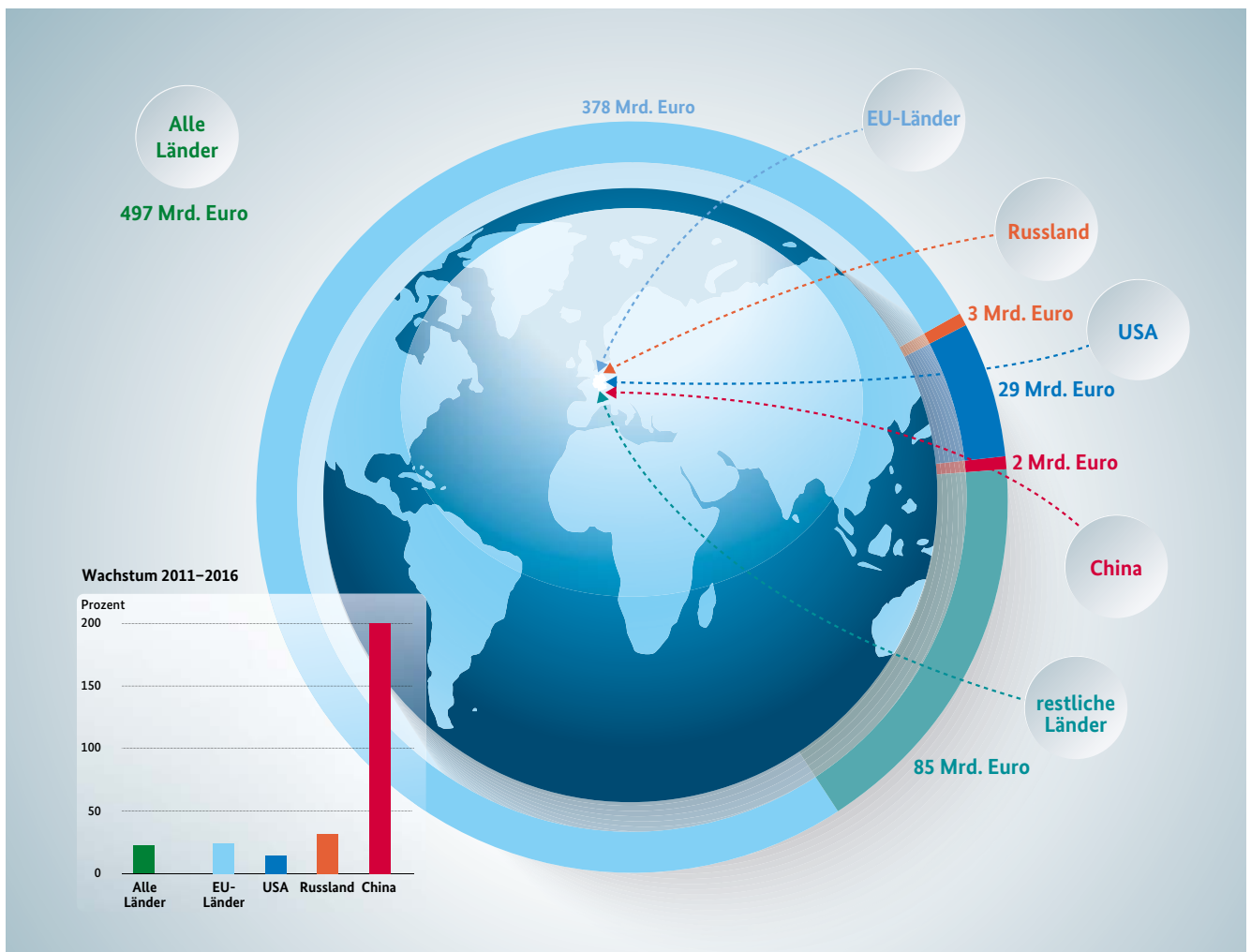
## Grafik des Monats

### Deutschland ist ein attraktiver Standort für ausländische Investoren

Dies spiegelt sich in den kontinuierlich wachsenden Beständen an ausländischen Direktinvestitionen wider, die sich im Jahr 2016 auf insgesamt 497 Milliarden Euro beliefen. Damit liegt Deutschland nach Schätzungen der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung im internationalen Vergleich aktuell auf dem sechsten Rang.

Ein Blick auf die Zusammensetzung nach Herkunftsländern zeigt, dass mit 378 Milliarden Euro der Großteil der Investitionsbestände von EU-Ländern gehalten wird. US-amerikanische Investoren halten etwa 6 Prozent. Aus China kommt ein vergleichsweise niedriger Anteil von 0,4 Prozent, allerdings zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass das Engagement chinesischer Investoren mit einem Wachstum von 200 Prozent erheblich gestiegen ist. Im Gegensatz dazu sind US-amerikanische Direktinvestitionsbestände mit etwa 15 Prozent in den letzten Jahren unterdurchschnittlich gewachsen, wohingegen die Bestände der EU-Länder mit knapp 24 Prozent in ähnlichem Ausmaß gestiegen sind wie der Gesamtdurchschnitt aller Länder.

### Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern (Bestände 2016)



Quelle: Deutsche Bundesbank, unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionsbestände.

# Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Konjunktur zeigt sich trotz außenwirtschaftlicher Unwägbarkeiten robust. Der Aufschwung setzt sich im Zuge binnenwirtschaftlicher Impulse im zweiten Quartal leicht beschleunigt fort.
- ▶ Das Produzierende Gewerbe hat seine Erzeugung im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe waren zwar rückläufig, der Auftragsbestand ist aber weiterhin sehr hoch. Das Baugewerbe befindet sich in der Hochkonjunktur.
- ▶ Die Entwicklung von Beschäftigung, Einkommen und Konsumnachfrage der privaten Haushalte bleibt aufwärtsgerichtet. Auch die Stimmung im Handel ist gut, die Geschäftserwartungen wurden aber deutlich korrigiert.
- ▶ Die Erwerbstätigkeit steigt in weiten Teilen der Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit sinkt in der Tendenz weiter. Die Stärkung strukturschwacher Gebiete und die Verringerung von Langzeitarbeitslosigkeit bleiben Herausforderungen.

Die deutsche Konjunktur hat sich im zweiten Quartal etwas belebt<sup>1</sup>. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal<sup>2</sup>. Auch die Konjunktur im ersten Quartal war mit einem leicht aufwärts revidierten Zuwachs des BIP um 0,4 % etwas stärker als zunächst gemeldet. Der Aufschwung setzt sich demnach fort. Seine Dynamik ist trotz der gestiegenen Unwägbarkeiten im außenwirtschaftlichen Umfeld nur wenig geringer als im Jahr 2017. Die weltweit erhöhte Unsicherheit beeinträchtigt allerdings gegenwärtig die Nachfrage nach deutschen Exporten sowie die heimische Investitionsneigung. Gewichtige binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte sind aber unverändert wirksam. Die Beschäftigung, die Einkommen sowie die private und staatliche Konsumnachfrage steigen. Die Konjunktur in den überwiegend binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen läuft gut, dies dokumentiert auch der Beschäftigungsaufbau. Die Bauwirtschaft läuft auf hohen Touren und die Industrie weitet ihre Produk-

tion trotz der aktuellen Auftragsdelle vorsichtig weiter aus. Die Risiken vor allem im außenwirtschaftlichen Umfeld bleiben allerdings hoch. Dies spiegelt auch das ifo Geschäftsklima für die Gesamtwirtschaft wider. Während die Lagebeurteilung der deutschen Wirtschaft weiterhin stark überdurchschnittlich ausfällt, entsprechen ihre Geschäftserwartungen mittlerweile nur noch dem langjährigen Durchschnitt.

Der Aufschwung der Weltwirtschaft dürfte auch im zweiten Quartal etwas verhaltener verlaufen sein. Hierauf weisen Indikatoren für den globalen Handel und die Industrieproduktion hin. Bei unterschiedlicher Entwicklung in den Schwellenländern beruht die verlangsamte Dynamik der globalen Wirtschaft vor allem auf einem geringeren Wachstum in den entwickelten Volkswirtschaften. Der IHS Markit Global Composite PMI gab im Juli nach drei Anstiegen in Folge nach und der ifo Index zum Weltwirtschaftsklima verschlechterte sich für das dritte Quartal 2018 erneut. Auch der OECD Composite Leading Indicator für die OECD-Staaten, der insbesondere Wendepunkte anzeigen soll, setzte im Juni seinen Ende letzten Jahres einsetzenden Abwärtstrend fort. Der IWF rechnet in seiner Prognose vom Juli dennoch mit einem Anstieg des Welt-BIP um jeweils 3,9 % in den Jahren 2018 und 2019.

Die deutschen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen haben zu Jahresbeginn etwas unter dem weniger dynamischen außenwirtschaftlichen Umfeld gelitten. Im Juni gingen die Exporte saisonbereinigt und in jeweiligen Preisen leicht um 0,3 % zurück. Nach der Stagnation im ersten erhöhten sie sich im zweiten Quartal aber wieder nominal um 1,1 %. Allerdings dürfte der preisbereinigte Anstieg geringer ausgefallen sein. Die ifo Exporterwartungen sind weiterhin abwartend niedrig und deuten noch nicht auf eine deutliche Belebung der Ausfuhren hin. Die nominalen Importe von Waren und Dienstleistungen sind demgegenüber seit März dieses Jahres aufwärtsgerichtet. Im Juni nahmen sie saisonbereinigt um 0,9 % und im gesamten zweiten Quartal angesichts der starken Binnennachfrage um 2,5 % deutlicher zu als die Ausfuhren.

Im Produzierenden Gewerbe kam es nach einer Seitwärtsbewegung im ersten Quartal im zweiten Quartal wieder zu Produktionssteigerungen. Die Erzeugung in der Industrie nahm zwar im Juni um 0,9 % ab, im gesamten zweiten Quar-

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter und kalender- und saisonbereinigter Daten.

2 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts vom 14. August 2018 zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2018. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse für das zweite Quartal 2018 wurden auch die Ergebnisse ab dem Jahr 2014 überarbeitet. Das Bruttoinlandsprodukt nahm demnach in den Jahren 2014 und 2016 jeweils um preisbereinigt 2,2 % um 0,3 Prozentpunkte stärker zu als zuletzt gemeldet.



tal wurde sie jedoch um 0,3% erhöht. Die Produktion im Baugewerbe wurde nach Stagnation im ersten Quartal im zweiten Quartal sehr kräftig um 1,6% ausgeweitet. Die Indikatoren sprechen dafür, dass sich der Aufwärtstrend im Bau fortsetzt. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben sich nach einem spürbaren Plus im Mai von 2,6% im Juni jedoch kräftig um 4,0% verringert. Damit ergab sich auch im Quartalsvergleich ein deutlicher Rückgang der Orders um 1,6%. Während sich die Bestelltätigkeit aus dem Nicht-Euroraum um 1,0% erhöhte, gingen die Bestellungen aus dem Inland um 2,0% und aus dem Euroraum um 4,9% zurück. Nach wie vor verfügt das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland jedoch über ein sehr gutes Auftragspolster; im Mai lag die Reichweite bei 5,6 Monaten. Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe hat sich laut ifo Konjunkturtest im Juli zwar weiter eingetrübt, liegt aber nach wie vor deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Die Industriekonjunktur dürfte daher in den kommenden Monaten aufwärtsgerichtet bleiben, allerdings mit moderatem Tempo.

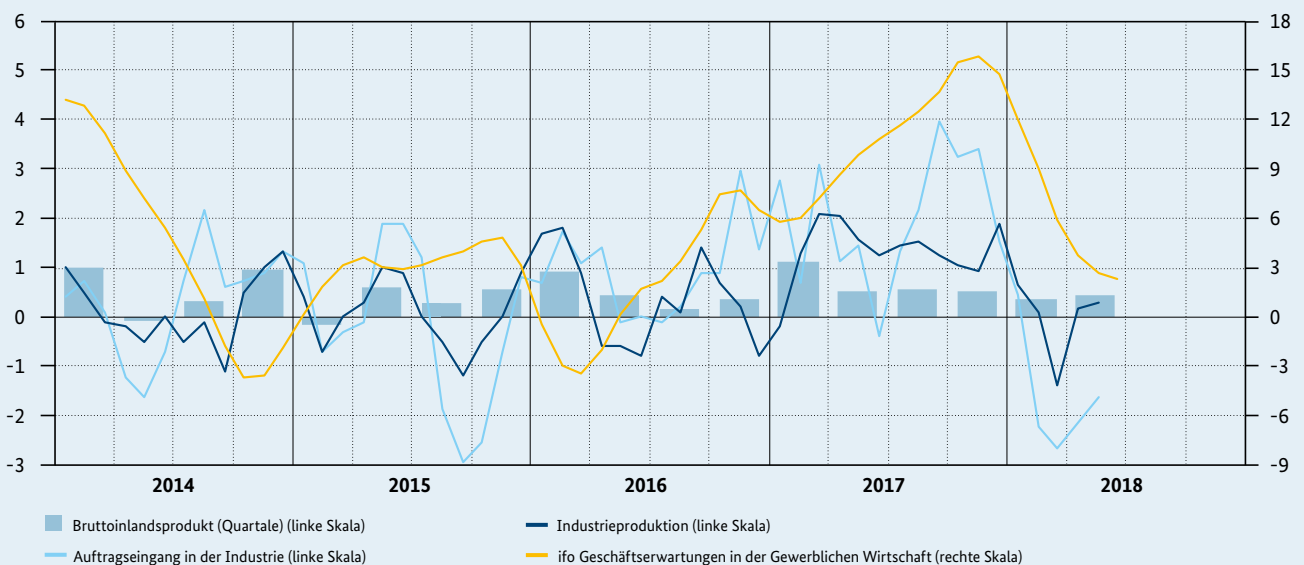
Die privaten Konsumausgaben expandierten nach einer schwächeren Entwicklung im zweiten Halbjahr 2017 im laufenden Jahr wieder etwas stärker. Die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte stiegen im ersten Quartal saisonbereinigt sehr deutlich. Am aktuellen Rand ist ein ordentliches Lohnwachstum zu beobachten. Im Juli lagen die Tariflöhne 2,4% über ihrem Vorjahreswert. Nimmt man

die anhaltend gute Beschäftigungsentwicklung hinzu, dürften die privaten Konsumausgaben auch im zweiten Quartal eine wichtige Stütze der Konjunktur bleiben. Weitere Indikatoren für den privaten Konsum senden überwiegend positive Signale. Die Umsätze im Einzelhandel steigerten sich im zweiten Quartal um 0,9%. Die Zahl der privaten Neuzulassungen von PKWs lag im Juli gut 16% über ihrem Vorjahreswert. Während sich die Erwartungen des ifo Geschäftsklimaindex für den Handel im Juli etwas eingetrübt haben, stabilisierte sich die Lageeinschätzung. Das Konsumklima blieb konstant auf hohem Niveau.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv. Im Juni nahm die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt um 28.000 Personen zu; auf Jahressicht betrug der Beschäftigungsanstieg 1,3%. Im Mai erreichte der Zuwachs bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit 43.000 Personen das durchschnittliche Niveau der letzten vier Monate. Die Frühindikatoren signalisieren eine anhaltend starke Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften und einen weiteren Anstieg der Erwerbstätigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen sank im Juli saisonbereinigt geringfügig um 6.000 Personen; sie stieg nach den Ursprungszahlen mit Ferienbeginn leicht auf 2,32 Mio. Personen. Die schrittweise Verringerung der Arbeitslosigkeit dürfte sich fortsetzen. Die Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit und die Stärkung der Wirtschaftskraft strukturschwacher Gebiete bleiben langfristig Herausforderungen.

### Konjunktur auf einen Blick\*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



\* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut.

## Demografischer Wandel und das Erwerbspersonenpotenzial von Frauen

Die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland ist seit der Jahrtausendwende deutlich gestiegen. Diese Zunahme ist maßgeblich auf eine höhere Anzahl weiblicher – und hier insbesondere älterer – Erwerbspersonen zurückzuführen. Im internationalen Vergleich liegt die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland mittlerweile deutlich höher als in den meisten anderen EU- und Industrieländern, gleichzeitig ist jedoch die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden vergleichsweise gering. Eine weitere Aktivierung des Erwerbspotenzials von Frauen bietet Wachstumschancen und kann die Effekte des demografischen Wandels abmildern.



### Erwerbsbevölkerung und Erwerbsquoten von Frauen im internationalen Vergleich mittlerweile auf hohem Niveau

Im Zuge des demografischen Wandels wird die Erwerbsbevölkerung in Deutschland zukünftig kräftig zurückgehen. Gemäß der Projektion des Statistischen Bundesamtes wird die Anzahl der 25- bis 64-jährigen Personen zwischen den Jahren 2017 und 2030 um etwa 3,7 Millionen Personen sinken. Um die gesamtwirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklung zumindest abzufedern, ist es von zentraler Bedeutung, das vorhandene Erwerbspersonenpotenzial möglichst umfassend zu aktivieren. Angesichts einer relativ geringen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren noch zu Beginn des Jahrtausends gerieten diese beiden Gruppen in den Fokus der politischen Debatte.

Seitdem hat sich das Bild grundlegend verändert: Nach Zahlen der OECD ist die Anzahl der Erwerbspersonen in Deutschland, d.h. derjenigen Personen, die entweder eine Tätigkeit ausüben oder suchen, seit der Jahrtausendwende von 39,5 Millionen Personen auf mittlerweile gut 43 Millionen gestiegen.<sup>1</sup> Der weitaus größte Teil dieses Anstiegs geht auf den Zuwachs an weiblichen Erwerbspersonen zurück, deren Zahl um 2,5 Millionen auf knapp 20 Millionen Personen angewachsen ist.

Der Anstieg der weiblichen Erwerbspersonen kann grundsätzlich in zwei unterschiedliche Effekte zerlegt werden. Zum einen spielt die Veränderung der absoluten Bevölkerungszahl von Frauen eine Rolle, zum anderen das Erwerbsverhalten dieser Personen. Die Gesamtbevölkerung der Frauen im Alter von 25 bis 64 Jahren ist seit der Jahrtausend-

<sup>1</sup> Hier definiert als Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen nach ILO-Konzept. Nach Erwerbstätigenrechnung in den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden mit knapp 46 Millionen höhere Zahlen ausgewiesen, was vor allem auf unterschiedliche Definitionen zurückzuführen ist. Aufgrund der internationalen Vergleichbarkeit werden hier Werte nach dem ILO-Konzept präsentiert.

sendwende tendenziell zurückgegangen, sodass diese Entwicklung eher dämpfend auf die Anzahl der weiblichen Erwerbspersonen gewirkt hat. Dementsprechend wurde der Anstieg der Erwerbspersonen maßgeblich von einer gestiegenen Erwerbsneigung getrieben. Diese wird durch die Erwerbsquote beschrieben, die den Anteil von Erwerbspersonen an der gesamten Bevölkerung wiedergibt. Seit 1999 ist die Erwerbsquote von Frauen im Alter von 25 bis 64 Jahren von knapp 66 Prozent auf etwa 79 Prozent im Jahr 2017 deutlich gestiegen, aktuell liegt sie weniger als zehn Prozentpunkte unter der Erwerbsquote der Männer.

Auch im internationalen Vergleich hat die Frauenerwerbsquote in Deutschland stark aufgeholt und liegt aktuell über den Quoten von Frankreich und den Vereinigten Staaten (Abbildung 1). Nur in Spanien ist der Anstieg über den gleichen Zeitraum noch stärker ausgeprägt, allerdings begann dieser von einem deutlich niedrigeren Niveau.

## Anstieg der Erwerbsquoten maßgeblich durch Ältere getrieben

Ein Blick auf die Erwerbsquoten nach Alter zeigt, dass sich die Erwerbsneigung in allen Gruppen verstärkt hat. Ein außergewöhnlich starker Anstieg ist allerdings für Frauen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren zu verzeichnen, deren Erwerbsquote sich zwischen den Jahren 1999 und 2017 von 34 Prozent auf 68 Prozent verdoppelt hat (Abbildung 2). Die Erwerbsquote der Männer in dieser Altersgruppe hat sich

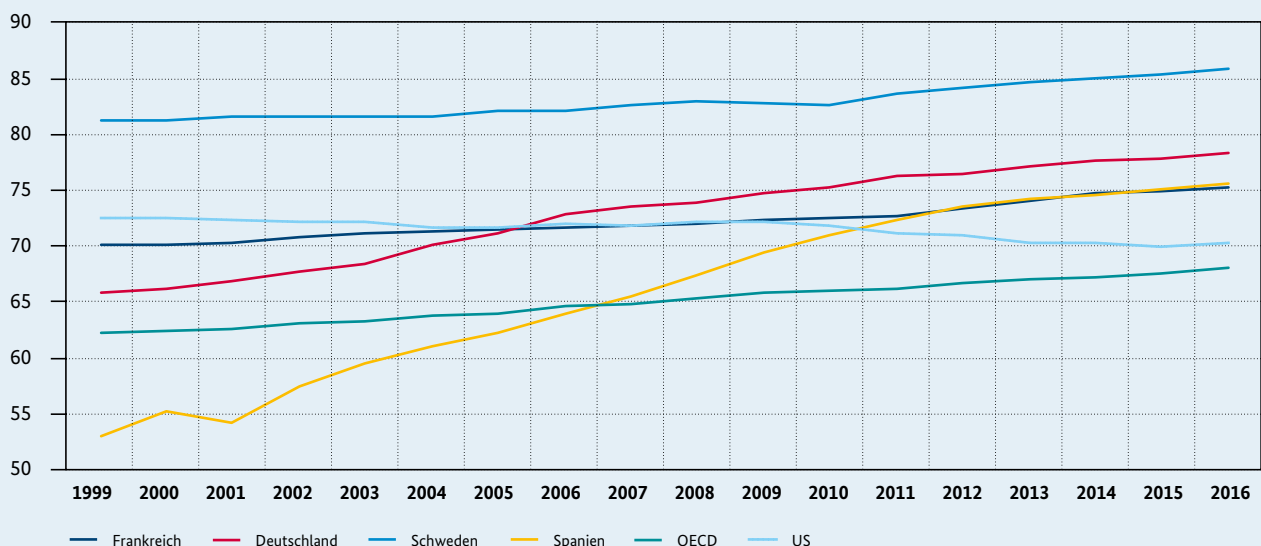
ebenfalls deutlich von 54 Prozent auf 78 Prozent erhöht. Verschiedene rentenpolitische Reformen, im Rahmen derer Anreize für eine längere Teilnahme am Erwerbsleben gesetzt wurden, dürften eine Rolle für die positive Entwicklung gespielt haben (Brenke und Zimmermann, 2011).

Für Frauen dürfte zudem hinzukommen, dass sich ihre Erwerbsbeteiligung mit jeder Generation kontinuierlich gesteigert hat. Jüngere Jahrgänge, die es zeitlebens gewohnt waren, am Arbeitsleben teilzunehmen, weisen auch in höherem Alter eine stärkere Erwerbsneigung auf als ihre Vorgängerinnen. Die höhere Erwerbsquote jüngerer Kohorten zieht sich über den gesamten Lebenszyklus. Da über die Zeit Jahrgänge mit niedriger Erwerbsneigung durch nachfolgende Generationen mit höherer Erwerbsbeteiligung ersetzt werden, steigt auch die durchschnittliche Erwerbsquote.

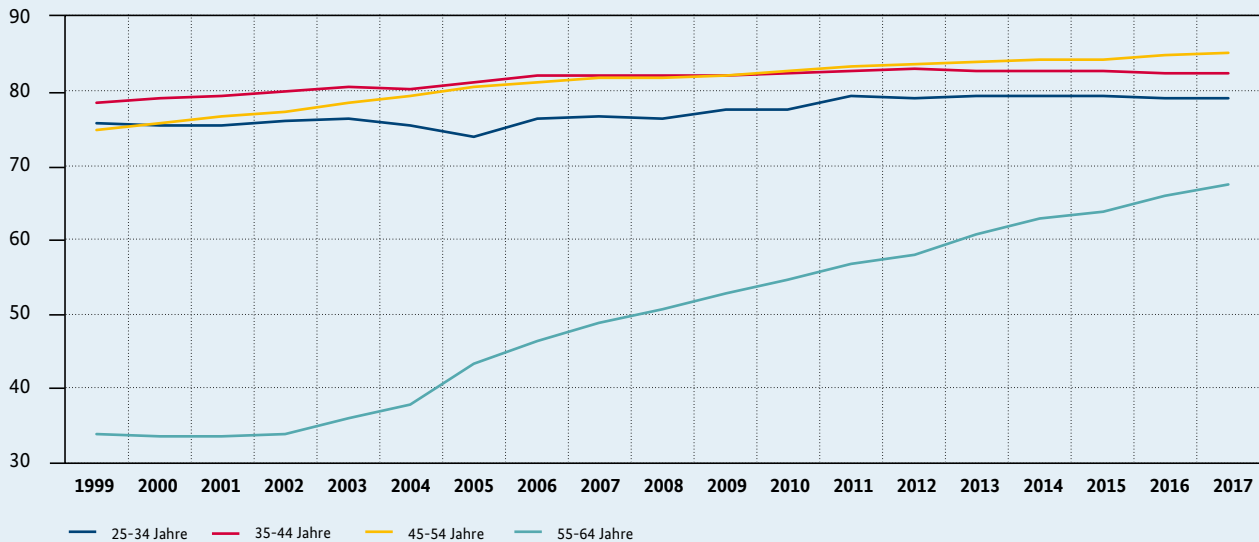
Betrachtet man die Entwicklung der Frauenerwerbsquote nach Qualifikation, so zeigt sich, dass die Zunahme der Erwerbsquote am stärksten in der Gruppe derjenigen ausfällt, die eine Berufsausbildung haben. Auch die Erwerbsneigung der Akademikerinnen ist noch weiter angestiegen.

Neben den älteren Frauen weist auch die Gruppe der Frauen mit kleinen Kindern einen starken Anstieg der Erwerbsquote auf. Zwar ist die Erwerbsbeteiligung von Müttern nach wie vor niedriger als die von kinderlosen Frauen, allerdings hat sich der Unterschied in den letzten Jahren deutlich verringert. Die steigende Teilnahme am Arbeits-

Abbildung 1: Erwerbsquote von Frauen im internationalen Vergleich (in Prozent)



Quelle: OECD Labour Force Statistics, eigene Berechnungen, Frauen im Alter von 25 bis 64 Jahren.

**Abbildung 2: Erwerbsquoten von Frauen nach Alter (in Prozent)**

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

markt von Frauen mit Kindern dürfte zumindest zum Teil auf Maßnahmen aktiver Familienpolitik zurückzuführen sein, wobei die Evidenz nicht für alle Maßnahmen eindeutig ist.<sup>2</sup>

Neben den institutionellen Rahmenbedingungen, die u. a. durch die Renten- und Familienpolitik gesetzt werden, und einer Veränderung der allgemeinen Präferenzen lässt sich der starke Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen durch weitere Faktoren erklären: Zum einen hat das allgemeine Qualifikationsniveau von Frauen überproportional zugenommen. Da gut ausgebildete Personen häufiger am Erwerbsleben teilnehmen als solche mit niedriger Qualifikation, geht diese Entwicklung auch mit einem entsprechenden Anstieg der weiblichen Erwerbspersonen einher. Zudem spielen auch Veränderungen in der Arbeitsnachfrage eine Rolle (Klauder, 1994): Im Zuge des sektoralen Wandels sind Wirtschaftszweige, in denen vergleichsweise viele Frauen beschäftigt sind, besonders stark gewachsen. Diese besseren Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen dürften auch die Erwerbsbeteiligung positiv beeinflusst haben.

## Wöchentliche Arbeitsstunden weiblicher Erwerbstätiger gestiegen, im internationalen Vergleich aber auf niedrigem Niveau

Neben der Frage, ob eine Person dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung steht, spielt auch der Arbeitsumfang bei gegebener Erwerbstätigkeit eine wichtige Rolle für das Arbeitskräftepotenzial. Frauen in Deutschland sind häufiger in Teilzeit und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu finden als Männer. Nach Daten des EU Labour Force Survey arbeiten erwerbstätige Frauen in Deutschland aktuell im Durchschnitt 30,7 Stunden, während Männer durchschnittlich etwa 40 Stunden arbeiten. Auch im internationalen Vergleich ist die Arbeitszeit von deutschen Frauen auf einem niedrigen Niveau (EU-Durchschnitt: 33,1 Std. Frauen; 40,6 Std. Männer).

Anders als bei der Erwerbsquote ist bei der durchschnittlichen Arbeitszeit von deutschen Frauen seit dem Jahr 1999 kein eindeutiger Trend zu erkennen. Während die Arbeitsstunden zunächst bis Mitte der 2000er Jahre um etwa 1,5 Stunden gesunken sind, stiegen sie seitdem wieder leicht an (Abbildung 3), obwohl im gleichen Zeitraum auch die Anzahl der Arbeitsverhältnisse in Teilzeit überproportional stark gewachsen ist. Dies lässt sich durch eine Verschiebung

<sup>2</sup> Zum Beispiel der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Einführung des Elterngelds in 2007. Kluge und Schmitz (2014) zeigen bspw., dass, während die Erwerbsbeteiligung von Müttern im ersten Lebensjahr des Kindes durch das Elterngeld gesunken ist, sie sich ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes durch die Einführung erhöht hat.

hin zu einer Teilzeiterwerbstätigkeit mit höherer Stundenzahl erklären. Auch zeigt sich ein leichter Rückgang des Anteils von Frauen in geringfügiger Beschäftigung (derzeit etwa 9,5 Prozent). Vergleicht man die Arbeitszeit von jüngeren und älteren Frauen, so fällt auf, dass Frauen im Alter von 55 bis 64 Jahren ca. 1,5 Stunden weniger pro Woche arbeiten. Die durchschnittlichen Arbeitsstunden von Müttern mit Kindern im Vorschulalter haben sich seit der Jahrtausendwende zwar etwas an die Arbeitszeit von Frauen im vergleichbaren Alter ohne kleine Kinder angenähert, ein deutlicher Abstand bleibt jedoch weiterhin bestehen.

### Ost-West-Gefälle bei Erwerbsbeteiligung verringert sich

Historisch bedingt ist die Erwerbsneigung der Frauen in Ostdeutschland höher. Dieses Ost-West-Gefälle hat bis heute Bestand, allerdings hat es sich seit dem Jahr 1999 deutlich verringert (Abbildung 4). Einen besonders starken Anstieg der Erwerbsquote von Frauen im Alter von 25 bis 64 Jahren von ca. 58 Prozent im Jahr 1999 auf knapp 76 Prozent im Jahr 2017 hat das Saarland zu verzeichnen. Dennoch gehört es weiterhin zu den vier Bundesländern mit den niedrigsten Erwerbsquoten (weiße Darstellung in der Abbildung). Ebenfalls starke Anstiege von ca. 16 Prozentpunkten gab es in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

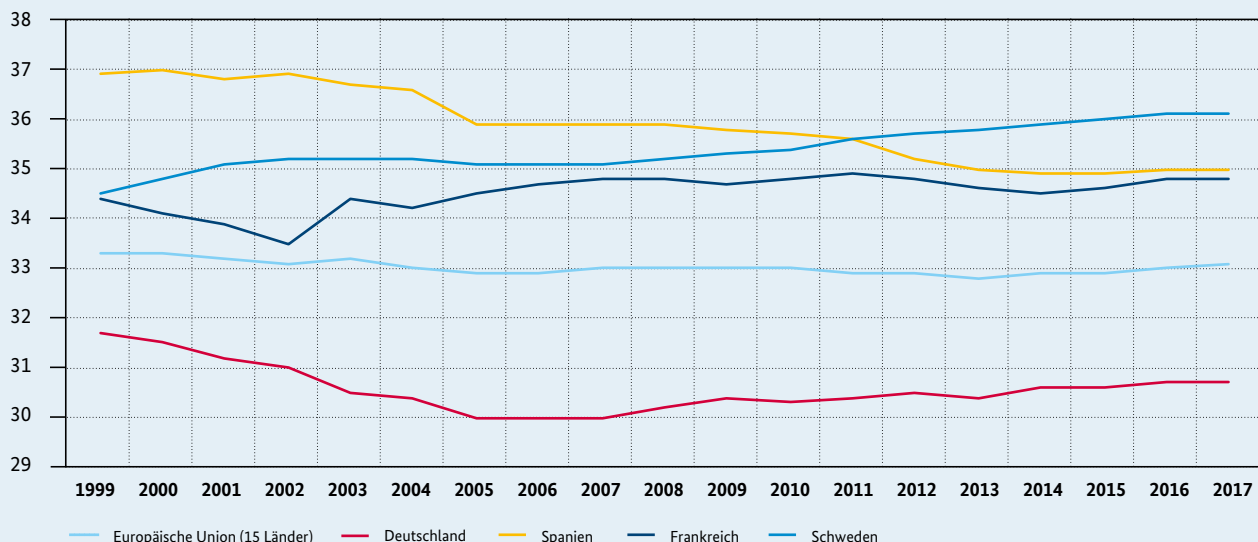
Ein Vergleich der einzelnen Altersgruppen zeigt allerdings einige Unterschiede in der regionalen Entwicklung. Während die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 55 bis 64 Jahren in allen Bundesländern deutlich gestiegen ist, zeigt sich bei den Frauen im Alter von 25 bis 44 Jahren ein anderes Bild: Die Erwerbsquote dieser Gruppe ist im Osten Deutschlands im Durchschnitt weiterhin höher, jedoch deutlich zurückgegangen, während die westdeutschen Bundesländer durchweg einen Anstieg verzeichnen.

### Weitere Aktivierung des Erwerbspotenzials von Frauen bietet Wachstumschancen

Im Zuge des demografischen Wandels wird sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Deutschland zukünftig drastisch verringern. Wird die Zahl der Menschen im Alter von 25 bis 64 Jahren im Jahr 2017 noch bei etwa 45,6 Millionen gesehen, muss nach den Projektionen des Statistischen Bundesamtes bis zum Jahr 2030 selbst bei merklicher Zuwanderung mit einem Absinken auf unter 42 Millionen Menschen gerechnet werden. Ausgehend von dieser Einschätzung können die folgenden Überlegungen zum Einfluss weiterer Verhaltensänderungen von Frauen auf das zukünftige Erwerbspersonenpotenzial vorgenommen werden:

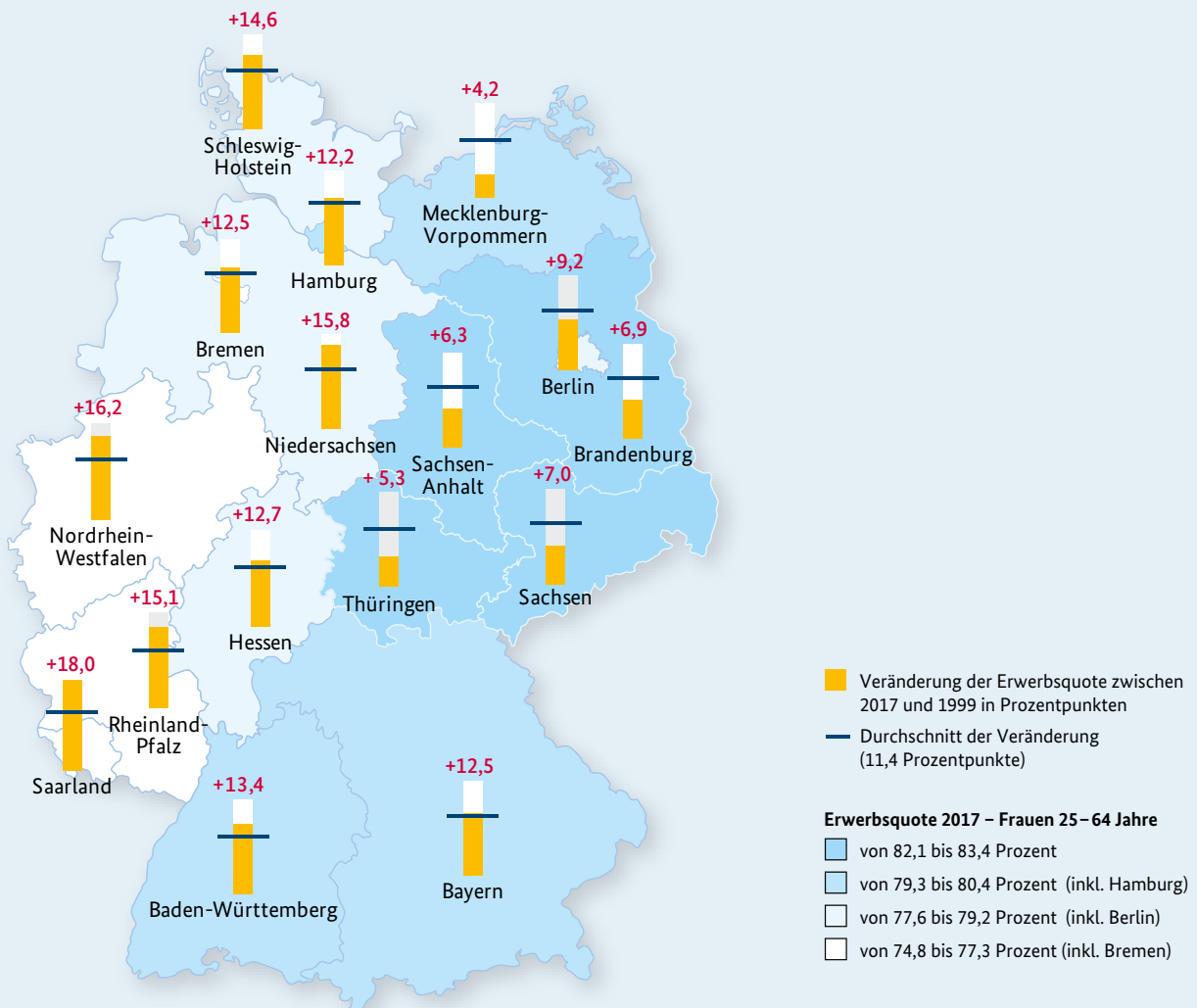
- Unterstellt man bei den 25- bis 34-jährigen und den 55- bis 64-jährigen Frauen eine Erwerbsquote, die in etwa auf dem Niveau der Erwerbsquote der 35- bis

Abbildung 3: Wöchentliche Arbeitsstunden von erwerbstätigen Frauen



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen, Frauen im Alter von 25 bis 64 Jahren.

Abbildung 4: Erwerbsquote in 2017 und Veränderung zwischen 1999 und 2017



54-jährigen Frauen liegt (80 Prozent statt 79 bzw. 67 Prozent), hätten im Jahr 2017 dem Arbeitsmarkt etwa 790.000 Personen zusätzlich zur Verfügung gestanden. Überträgt man diese Zahlen auf das Jahr 2030, kämen etwa 740.000 Erwerbspersonen hinzu.

- Wie der internationale Vergleich zeigt, liegt ein weiteres Potenzial bei den Arbeitsstunden und hier insbesondere bei denen von erwerbstätigen Müttern. Würde sich die Arbeitszeit der 17,1 Millionen Frauen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die im Jahr 2017 erwerbstätig waren, auf den EU-Durchschnitt erhöhen (+2,4 Std. pro Woche), entspräche dies 41 Millionen Stunden bzw. mehr als einer Million zusätzlichen Vollzeitäquivalenten.

Diese illustrativen Überlegungen zeigen, dass eine weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen den demografisch bedingten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials teilweise kompensieren und zu positiven Wachstumseffekten führen kann. Politische Maßnahmen sollten darauf abzielen, den Anreiz zu erhöhen, grundsätzlich eine Arbeit aufzunehmen bzw. das Arbeitsangebot auszuweiten. Dabei sind Faktoren entscheidend, die die Opportunitätskosten und den Reservationslohn von Frauen beeinflussen, wie die Vereinbarkeit des Berufes mit familiären Verpflichtungen und die Höhe des erzielbaren Einkommens. Gleichzeitig sollte das zusätzliche Erwerbspersonenpotenzial möglichst in einer Erwerbstätigkeit münden. Zwar waren im Jahr 2017 nur drei Prozent der 25- bis 64-jährigen weiblichen Erwerbspersonen arbeitslos, was der friktionellen Arbeits-

losigkeit (Such-Arbeitslosigkeit) entspricht. Dennoch könnten Qualifizierung und eine noch zielgenauere Vermittlung von Stellen möglicherweise helfen, einen Teil dieser Personen aktiv am Arbeitsmarkt zu beteiligen.

## Referenzen

Brenke, K. und K. F. Zimmermann (2011): Ältere auf dem Arbeitsmarkt, IZA Standpunkte, Nr. 43, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn.

Klauder, W. (1994): Tendenzen und Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit heute und morgen. In: P. Beckmann & G. Engelbrech (Hrsg.), Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 179, Nürnberg, S. 45 – 72.

Kluve, J. und S. Schmitz (2014): Social Norms and Mothers' Labor Market Attachment: The Medium-Run Effects of Parental Benefits. IZA DP Nr. 8115.

OECD (2018): OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2018, Manuskript, Paris.

Kontakt: Dr. Charlotte Senftleben-König (Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung), Dr. Verena Lauber (Wachstum; Demografie; Statistik), Dr. Alexandra Effenberger (Wirtschaftspolitische Analyse)

# Ressourcenschonendes Bauen

Besonders beim Bauen sollten Umwelt- und Ressourcenschutz eine größere Rolle spielen

**Die Bauwirtschaft ist ein besonders ressourcenintensiver Wirtschaftszweig: 90 Prozent der in Deutschland geförderten mineralischen Rohstoffe werden verbaut. Der Baubereich trägt über die Hälfte zum deutschen Abfallaufkommen bei. Ein sparsamerer Ressourceneinsatz, Recycling und Wiederverwertung von Baustoffen können daher einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz leisten.**



„Erst planen, dann bauen“ lautet ein häufig wiederholter, aber zu wenig beachteter Grundsatz. In der Realität werden beim Design eines Bauwerks zwar die Heizungsart und die Dämmung meist frühzeitig geplant; eine veränderte Nutzung des Gebäudes im Zeitverlauf oder die Wiederverwertbarkeit der Baustoffe bei Sanierung und Abriss werden jedoch weit seltener von Anfang an bedacht. Eine über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes gespannte digitale Planung für Bau und Betrieb ermöglicht es, diese Aspekte viel stärker zu berücksichtigen.

## Warum die Bauwirtschaft?

Rund zehn Prozent des deutschen BIP werden für Baumaßnahmen verwendet, 2017 waren dies 323 Milliarden Euro. Gleichzeitig werden fast fünf Prozent der gesamten Wertschöpfung in Deutschland vom Baugewerbe erbracht. Laut der Deutschen Energie-Agentur (dena) stehen in Deutschland insgesamt rund 22 Millionen beheizte Gebäude, und der Bedarf an Wohnraum wächst stetig: Laut der Wohnungsmarktprognose 2030 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-

und Raumforschung beläuft sich der errechnete Neubedarf an Wohnungen für das gesamte Bundesgebiet auf durchschnittlich 230.000 Wohnungen pro Jahr. Angesichts dieser Größenordnungen liegt es auf der Hand, dass mit Ressourcenschutz- und Nachhaltigkeitsansätzen beim Bauen viel zu erreichen ist.

## Bauwerke ressourcenschonend entwickeln – und bitte smart!

Gerade in Ballungszentren ist eine durchdachte und ressourcenschonende Quartiersentwicklung, die den sich wandelnden Bedürfnissen Rechnung trägt, von zentraler Bedeutung. Nachhaltige „Smart“-City-Konzepte, die unterschiedliche Nutzungsformen, Funktionalitäten und Modularisierung berücksichtigen, liefern hier erste zukunftsweisende Gestaltungsideen. Dabei sind die Möglichkeiten des ressourcenschonenden Bauens vielfältig: Durch einen stärkeren Einsatz von Modularisierungskonzepten können Bauteile und Bauprodukte vielseitig eingesetzt und wiederverwendet werden. Darüber hinaus ist durch innovative



Konstruktions- und Fertigungstechniken ein späterer – gegebenenfalls selektiver – Rückbau ressourcenschonend und umweltfreundlich möglich, beispielsweise durch auf-trennbare Bauteilschichten. Einen weiteren Beitrag zur Ressourcenschonung kann außerdem der Einsatz nach-wachsender Rohstoffe und recycelter Bauprodukte leisten. Hybride Bauweisen, die etwa auf den stärkeren Einsatz von Holz setzen, liefern hier gute Beispiele. Auch aus dem Leichtbau kommen Anregungen für ressourcenschonendes Bauen: Leichtbauweisen zeichnen sich durch einen geringeren Materialeinsatz bei gleichbleibender oder verbesserter Funktionalität aus (siehe Infokasten).

#### Ressourcenschonung durch Leichtbautechnologien

Leichtbau bietet neben seinen technischen Möglichkeiten interessante Anwendungsgebiete im Bereich Neubau, Altbau und Sanierung. Neben den vielfältigen, bewährten Materialien ermöglichen auch neue Entwicklungen deutliche Ressourceneinsparungen.

Beispielsweise konnte durch die Sanierung einer Eisenbahnbrücke über dem Selbitztal mit Carbonbeton deren Abriss und Neubau vermieden werden. Da bei einem Einsatz von Carbonbeton eine Schichtdicke von nur 2 cm statt 8-10 cm bei einer Sanierung mit Stahlbeton benötigt wurde, musste zuvor auch nur eine Schicht von 2 cm des ursprünglichen Bestandes abgetragen werden. Sowohl die geringere zu entsorgende Abtragsmenge als auch der um 75 Prozent geringere Materialeinsatz der Verstärkungsschicht und die schnellere Ausführung bilden einen innovativen Ansatz für mehr Ressourceneffizienz im Baubereich.



## Hohe Ressourceninanspruchnahme: Recycling und Sekundärrohstoffe als Lösung?

Der Bausektor gehört zu den besonders ressourcenintensiven Wirtschaftszweigen. Schon bei der Herstellung der Baumaterialien fällt Abfall an. Im Betrieb fällt ein Gebäude aus Ressourcensicht dann in erster Linie als Energieverbraucher auf: 35 Prozent der gesamten Endenergie in Deutschland werden für Heizung und Warmwasserversorgung verbraucht. Und schließlich entstehen dann auch bei der Sanierung und beim Abriss wieder große Abfallmengen.

Wie sieht es mit dem Recycling von Baustoffen aus? Bau- und Abbruchabfälle unterliegen der Gewerbeabfallverordnung als Teil des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Grundsatz ist das verpflichtende Getrennthalten der Abfälle und das Zuführen zum Recycling. Eine gemischte Sammlung ist nur zulässig, wenn die separate Erfassung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist. Auf diese Weise können Böden, Bauschutt, Straßenaufbruch sowie einige weitere Bauabfallarten zu rund 90 Prozent im Stoffstromkreislauf gehalten werden.

Gleichwohl ist der Einsatz von recycelten Baustoffen („Sekundärrohstoffen“) noch ausbaufähig. Sie müssen nicht nur zerkleinert, sondern auch bearbeitet werden und normierte Qualitätsanforderungen erfüllen. Zwar werden vor allem im Straßenbau aufbereitete Baustoffe aus dem Abriss durchaus eingesetzt, aber nicht so oft wie möglich, weil die Produktqualität nicht immer ausreicht. Die Grenzwerte für Schadstoffe werden zunehmend schärfer, Boden- und Grundwasserschutz gehen vor. Recyceltes Material muss damit Schritt halten, sonst greifen viele Bauherren dann doch wieder zu Primärrohstoffen zum Bauen.

## Gewusst wie – Informationen zum ressourcenschonenden Bauen

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat schon 2015 die „Energieeffizienzstrategie Gebäude“ mit konkreten Ansatzpunkten der Beratung aufgelegt. Diese Strategie integriert die Handlungsfelder Strom, Wärme und Effizienztechnik. Damit schafft sie einen klaren Handlungsrahmen für einen besseren Energieeinsatz im Gebäudebereich. Das Bundesministerium des Innern (BMI) hält Informationen über nachhaltiges Bauen des Bundes bereit und bietet konkrete Leitfäden an, die ständig aktualisiert werden.

Die Bundesarchitektenkammer legte Anfang 2018 ein Strategiepapier für den Beitrag der Architekten zur Energiewende vor. Mit über 1.000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Bau- und Immobilienwirtschaft wirbt die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB e.V.) für Ressourcenschutz beim Bauen und leistet die Zertifizierung von Bauwerken in unterschiedlichen Qualitätsstufen. Die DGNB hilft, konkrete Lösungen für nachhaltiges Planen, Bauen und Nutzen von Bauwerken zu entwickeln. Die Wirtschaftsinitiative „Ressourcenschonende Bauwirtschaft“ wird sich 2018 als Stiftung „ressource“ breiter aufstellen, um dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen und Prozessverbesserungen anzuregen.

### **Bauwirtschaft im Fokus des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRess)**

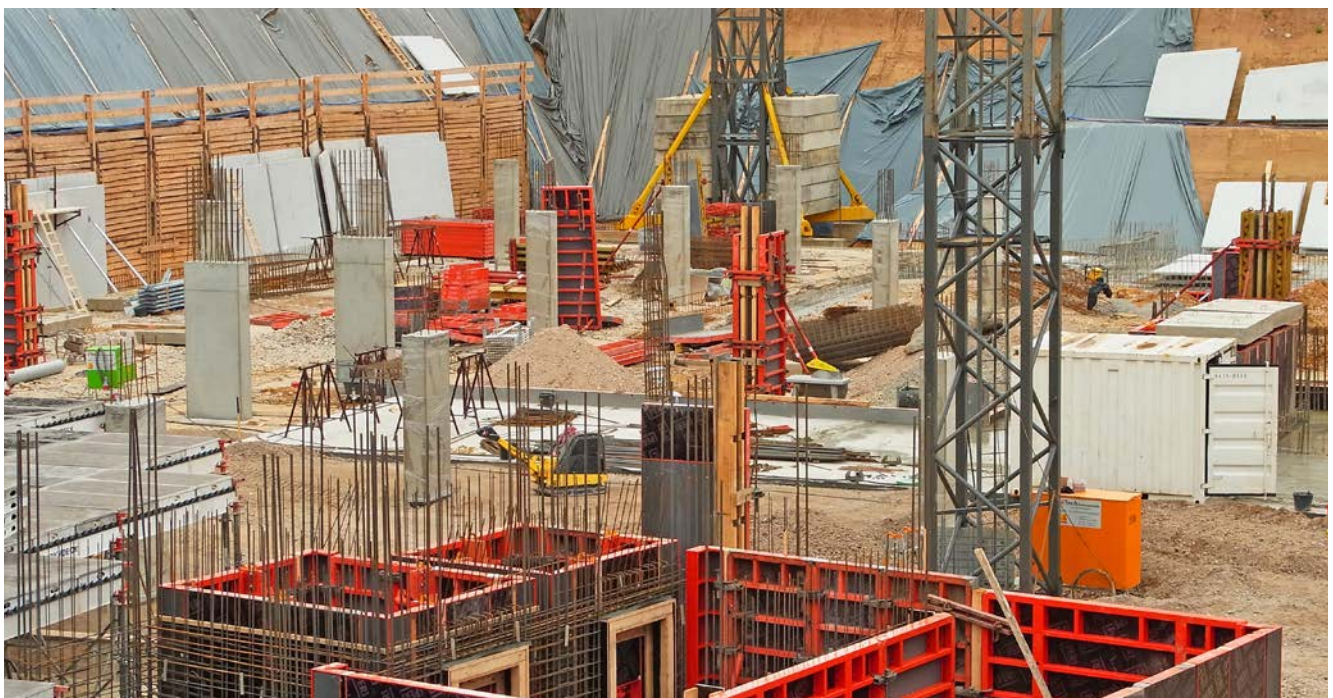
Auch für die Bundesregierung ist die Ressourcenanspruchnahme beim Bauen ein wichtiges Thema. So hat sie im Februar 2012 auf Grundlage ihrer Rohstoffstrategie die Entwicklung eines nationalen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRess) auf den Weg gebracht. ProgRess wurde im März 2016 mit ProgRess II fortgeschrieben; eine Neuauflage des Programms ist für 2020 geplant. In ProgRess werden die Ziele formuliert, das Wirtschaftswachstum vom Rohstoffverbrauch zu entkoppeln und die Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. Das Programm setzt auf eine enge Kooperation mit der Wirtschaft,

Förderung von Innovationen und Schaffung von Anreizen. Die in ProgRess verankerten Maßnahmen beruhen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Gute Anwendungsbeispiele sollen dabei entscheidende Treiber für Ressourcen- und Energieeffizienz sein.

Vor dem Hintergrund der beträchtlichen Rohstoffintensität in der Bauwirtschaft widmet ProgRess II dem nachhaltigen Bauen ein eigenständiges Kapitel. Das Programm setzt dabei auf eine nachhaltige Stadtentwicklung, eine ressourcenschonende Entwicklung von Quartieren und Bauwerken sowie eine Stärkung der Kreislaufführung bei Bauprozessen. Mit ProgRess hat die Bundesregierung ein wichtiges Zeichen gesetzt und einen Ausblick darauf gegeben, wie nachhaltiges und ressourcenschonendes Bauen heute und in der Zukunft aussehen kann.

### **Digitale Methoden machen's möglich: BIM!**

Um die in ProgRess definierten Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, ist der Einsatz von digitalen Methoden unumgänglich. Das Zauberwort heißt hier BIM. BIM steht für „Building Information Modeling“ und bezeichnet das digitale Erfassen von Daten eines Bauwerks über den gesamten Lebenszyklus hinweg. Die Daten werden dabei allen am Bau beteiligten Partnern zugänglich gemacht und für die weitere Arbeit übergeben. Im Idealfall ermöglicht dies jederzeit Zugriff auf gewünschte Informationen und setzt



Baufortschritt in Echtzeit „ins Bild“. Dies führt zu Verbesserungen bei Kosten- und Termintreue, Transparenz und Einsparungen in der Wertschöpfungskette. Aber „digitales Bauen“ hat auch für die Nachhaltigkeit einen bedeutenden Vorteil: Der Materialeinsatz ist jederzeit, also auch im Nachhinein, digital und manipulationssicher nachvollziehbar. Folglich werden Sanierung und Abriss sowie die spätere Entsorgung zuverlässig planbar.

Mit einem 2015 in Kraft getretenen Stufenplan und einem Masterplan des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) von 2017 sollen BIM-Methoden im Bereich der Verkehrsinfrastruktur vorangebracht und Erfahrungen gesammelt werden. Das für Bau verantwortliche BMI hat im Rahmen der „Forschungsinitiative Zukunft Bau“ seit 2006 viele Ansätze auch zum digitalen Bauen untersucht und veröffentlicht.

Damit BIM sich schneller verbreitet und Planer, Ausführende und Betreiber besser vernetzt arbeiten können, sind die Standardisierung von Prozessen und Datenqualität sowie die Offenheit der Schnittstellen zentrale Voraussetzungen. Planung und Bauausführung sind heute noch deutlich voneinander getrennte Bereiche, mit der Digitalisierung sollte diese Trennung überwunden werden.

## Wissensaustausch in Kompetenzzentren und Branchendialogen

Seit mehr als zwei Jahren bietet das BMWi mit dem Förderungsschwerpunkt „Mittelstand-Digital“ als Teil der Digitalen Agenda über die Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) konkrete Antworten und praktische Unterstützung bei der Digitalisierung. Derzeit existieren 24 dieser Kompetenzzentren.

Ein für die Bauwirtschaft relevantes Beispiel ist das im November 2017 gestartete „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Planen und Bauen“. Dieses wird mit ca. 5,2 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren durch das BMWi gefördert und steht unter der Leitung des Fraunhofer-Instituts für Bauphysik. Das an fünf regionalen Standorten vertretene Kompetenzzentrum bietet der mittelständischen Bau- und Immobilienwirtschaft konkrete Anlaufstellen. Ziel ist es, die Digitalisierung und Vernetzung von KMU in allen Bauphasen (Projektentwicklung, Planen und Bauen sowie Betrieb) zu unterstützen. Zusätzlich wurde zum 01.09.2017 das „Kompetenzzentrum Digitales Handwerk“ um einen fünften Schwerpunkt „Digitales Bauen“ erweitert.

Auch das vom BMWi institutionell geförderte RKW-Kompetenzzentrum mit der Organisationseinheit „Rationalisierungsgemeinschaft Bau“, kurz „RG-Bau“, stärkt die Innovationsfähigkeit in der Bauwirtschaft. Die RG-Bau unterstützt in Kooperation mit den Sozialpartnern die Unternehmen – vor allem die mittelständische Bauwirtschaft – darin, ihre technische, wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit zu sichern und zu steigern. Sie stellt Informationen zu wichtigen Themen und aktuellen Trends zur Verfügung: Digitalisierung des Bauens, energieeffizientes Bauen und Ressourceneffizienz, aber auch Fachkräftesicherung und Personalentwicklung. Eine wichtige Aktivität der RG-Bau ist der viel beachtete jährliche Wettbewerb „Auf IT gebaut – Bauberufe mit Zukunft“.

## Blick nach vorn

Ressourcenschonendes Bauen hat viele Facetten: Angefangen von einer umfassenden digitalen und vernetzten Planung und Ausführung, über die Entwicklung von innovativen und rückbaufähigen Leichtbau- und Modulkonzepten bis hin zum Einsatz von recycelten und recycelbaren Baustoffen. Wie ein ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen der Zukunft aussieht, wird sich in den kommenden Jahren zeigen. Mit ProgRESS hat die Bundesregierung erste Ansätze geliefert. Eins ist sicher: Das Bauen muss in Zukunft digitale Prozesse und ressourcenschonenden Mitteleinsatz in allen Phasen stärker einschließen. Getreu dem Motto: „Erst planen, dann bauen“.

Kontakt: Ullrike Blankenfeld und Dr. Marius Leber  
Referat: Bauwirtschaft, Ressourceneffizienz und Leichtbau



## II. Wirtschaftliche Lage

# Internationale Wirtschaftsentwicklung

## Weltwirtschaft: weiter dynamisches Wachstum.

Die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin im Aufschwung.<sup>1</sup> Allerdings hat dieser wegen einer verlangsamt Dynamik in den entwickelten Volkswirtschaften Anfang des Jahres etwas an Schwung verloren.

Die Vereinigten Staaten konnten im zweiten Quartal 2018 eine deutliche Wachstumsbeschleunigung verzeichnen, während sich die japanische Wirtschaft von einem Abschwung im Vorquartal erholte. Die Konjunktur im Euroraum hielt im zweiten Quartal ihr gemäßigt Tempo. Hierbei könnte eine gewisse Verunsicherung, ausgelöst durch die handelspolitischen Konflikte, eine Rolle spielen.

In den Schwellenländern verlief die wirtschaftliche Entwicklung unterschiedlich. Die chinesische Wirtschaft wächst dynamisch, bleibt aber hinter den Raten früherer Jahre zurück und befindet sich im Handelskonflikt mit den USA. In Indien erhöhte sich das Expansionstempo auch im ersten Quartal 2018. Russland und Brasilien haben ihre Rezession im Jahr 2017 überwunden. Die Märkte haben die Auslandsverschuldung der Schwellenländer stärker in den Blick genommen.

Die Indikatoren zur Weltwirtschaft deuten eher auf eine Verlangsamung des globalen Aufschwungs hin. Die weltweite Industrieproduktion nahm im ersten Quartal 2018 etwas verhaltener zu (+0,9%). Für das zweite Quartal zeichnet sich ebenfalls ein gemäßigt Wachstum ab. Der globale Einkaufsmanagerindex von Markit ging im Juli zurück. Auch das ifo Weltwirtschaftsklima trübte sich für das dritte Quartal 2018 ein. Die Konjunkturerwartungen sind dabei so pessimistisch wie zuletzt im Jahr 2011.

Der IWF rechnet in seiner Projektion vom Juli mit einem globalen Wachstum für die Jahre 2018 und 2019 von jeweils 3,9% nach 3,7% im Jahr 2017. Die Weltwirtschaft ist allerdings weiterhin vielfältigen Risiken ausgesetzt, nicht zuletzt durch die laufenden Handelskonflikte.

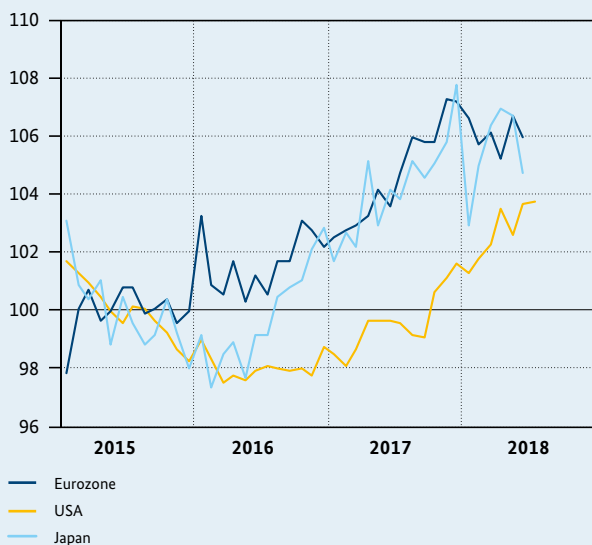
## USA: Wachstumsbeschleunigung im zweiten Quartal.

Die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten wuchs im zweiten Quartal 2018 saison- und kalenderbereinigt stark beschleunigt mit 1,0% so stark wie zuletzt im Jahr 2014 nach einem Wachstum von 0,5% im ersten Quartal. Maßgebliche Impulse stammen dabei vom privaten Konsum. Aber auch die Staatsausgaben und die Exporte erfuhren ein gesteigertes Wachstum.

Die Indikatoren zeichnen am aktuellen Rand ein freundliches Bild. Die Industrieproduktion und ihre Auftragseingänge sind deutlich aufwärtsgerichtet. Die Industrieproduktion erhöhte sich im Juli den zweiten Monat in Folge. Die Auftragseingänge nahmen im Juni um 0,7% zu. Die wichtigen Frühindikatoren deuten weiter eher auf Expansion hin. So ging der zusammengesetzte Markt Einkaufsmanagerindex im Juli erneut leicht zurück, verblieb jedoch deutlich im expansiven Bereich. Auch der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe verschlechterte sich etwas nach kräftigen Zuwächsen in Mai und Juni. Der Arbeitsmarkt ist nach wie vor in sehr guter Verfassung. Die Beschäftigung ist im Juli um 157.000 Personen gestiegen. Die Arbeitslosenquote betrug 3,9%.

In seiner Projektion vom Juli geht der IWF von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018 in Höhe von 2,9% aus (2017: +2,3%). Für die Steuerreform sind dabei für dieses und das kommende Jahr entsprechende kon-

**Industrieproduktion international**  
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



<sup>1</sup> In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. August 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter und kalender- und saisonbereinigter Daten.

## Internationale Wirtschaftsentwicklung

### Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2017 Q2	2017 Q3	2017 Q4	2018 Q1	2018 Q2
Euroraum	0,7	0,7	0,7	0,4	0,4
USA	0,7	0,7	0,6	0,5	1,0
Japan	0,5	0,6	0,2	-0,2	0,5

### Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Euroraum	8,5	8,4	8,3	8,3	-
USA	4,1	3,9	3,8	4,0	3,9
Japan	2,5	2,5	2,2	2,4	-

### Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	März	Apr.	Mai	Juni	Juli
Euroraum	1,3	1,3	1,9	2,0	2,1
USA	2,4	2,5	2,8	2,9	2,9
Japan	1,1	0,6	0,7	0,7	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond.

junkturelle Impulse eingepreist. Gewisse Risiken ergeben sich allerdings aus dem Handelskonflikt mit China.

### Japan: konjunkturelle Erholung.

Im zweiten Quartal 2018 erhöhte sich das japanische BIP um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Zuvor hatte sich die Wachstumsdynamik im Verlauf des Jahres 2017 verlangsamt und war im ersten Quartal 2018 schließlich negativ gewesen (-0,2 %). Zuletzt gingen von der inländischen Nachfrage jedoch wieder positive Impulse aus.

Die aktuellen Konjunkturindikatoren sind weiterhin gemischt. Die Industrieproduktion hat sich nach leichtem Schwund im Mai im Juni sehr deutlich verringert (-1,8 %). Sowohl der Tankan-Index als auch der Markit Einkaufsmanagerindex signalisieren demgegenüber eine verhaltene Erholung der Wirtschaft. Auch haben die Verdienste zuletzt wieder etwas stärker zugenommen.

Nach der im Gesamtjahr 2017 grundsätzlich positiven konjunkturellen Entwicklung mit einem Wachstum des BIP von 1,7 % erwartet der IWF für das Jahr 2018 bei geringen fiskalischen Impulsen ein Wachstum von nur noch 1,0 %.

## Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



## Euroraum und EU: Moderates Wachstum auch im zweiten Quartal.

Der Aufschwung im Euroraum bleibt verhalten. Die wirtschaftliche Aktivität stieg im zweiten Quartal 2018 wie bereits im ersten Quartal preis- und saisonbereinigt um 0,4 %. Im vergangenen Jahr lag das Wachstum noch bei knapp 0,7 %. Ähnliches gilt für das BIP-Wachstum auf EU-Ebene. Die Wirtschaftsleistung in Frankreich sowie in Italien stieg mit nur jeweils 0,2 % unterdurchschnittlich. Auch die hohe konjunkturelle Dynamik in Spanien hat sich zuletzt etwas auf 0,6 % abgekühlt.

Die Indikatoren für das Eurowährungsgebiet zeichnen ein gemischtes Bild der weiteren konjunkturellen Dynamik. Die Industrieproduktion im Euroraum hat sich im Juni um 0,7 % verringert, nach einem Anstieg um 1,4 % im Mai. Die Frühindikatoren deuten Wachstum, aber auch weiter eine gewisse konjunkturelle Abkühlung an. Der Economic Business Climate Indicator und der Markit Einkaufsmanagerindex trübten sich im Juli ein.

Der IWF geht in seiner aktuellen Prognose von einem Anstieg des BIP im Eurogebiet von 2,2 % im Jahr 2018 aus, nachdem im Jahr 2017 ein Zuwachs um 2,4 % verzeichnet worden ist. Der Brexit-Prozess bleibt aber ein Risikofaktor für die Konjunktur.

# Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

## 1. Gesamtwirtschaft

Die Konjunktur hat sich im zweiten Quartal etwas beschleunigt. Die konjunkturellen Risiken sind aber gestiegen.

Die deutsche Konjunktur hat sich im zweiten Quartal etwas belebt. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich um 0,5% gegenüber dem Vorquartal.<sup>2</sup> Auch die Konjunktur im ersten Quartal war mit einem aufwärts revidierten Zuwachs des BIP um 0,4% etwas stärker als zunächst gemeldet. Der Aufschwung setzt sich demnach fort. Seine Dynamik ist trotz der gestiegenen Unwägbarkeiten im außenwirtschaftlichen Umfeld nur wenig geringer als im Jahr 2017. Die weltweit erhöhte Unsicherheit beeinträchtigt allerdings gegenwärtig die Nachfrage nach deutschen Exporten sowie die heimische Investitionsneigung. Gewichtige binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte sind aber unverändert wirksam. Die Beschäftigung, die Einkommen sowie die private und staatliche Konsumnachfrage steigen. Die Konjunktur in den überwiegend binnenwirtschaftlich ausgerichteten Dienstleistungsbereichen läuft gut, dies dokumentiert auch der Beschäftigungsaufbau. Die Bauwirtschaft

läuft auf hohen Touren und die Industrie weitet ihre Produktion trotz der aktuellen Auftragsdelle vorsichtig weiter aus. Die Risiken vor allem im außenwirtschaftlichen Umfeld bleiben allerdings hoch. Dies spiegelt auch das ifo Geschäftsklima für die Gesamtwirtschaft wider. Während die Lagebeurteilung der deutschen Wirtschaft weiterhin stark überdurchschnittlich ausfällt, entsprechen ihre Geschäftserwartungen mittlerweile nur noch dem langjährigen Durchschnitt.

## 2. Produzierendes Gewerbe

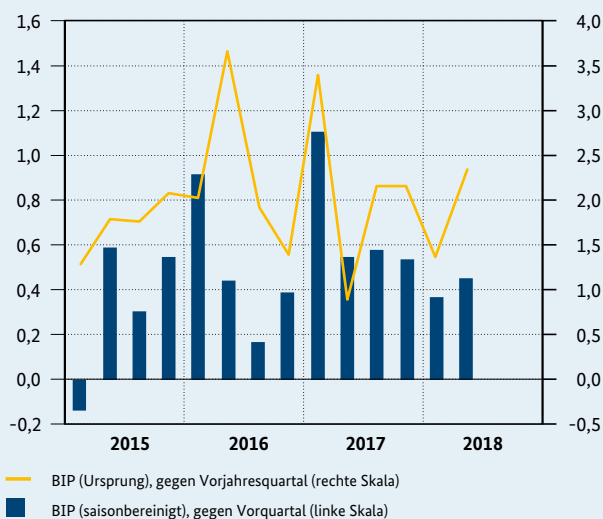
Trotz schwacher Auftragseingänge weiterhin gut gefüllte Auftragsbücher.

Industrieproduktion bleibt in der Tendenz aufwärtsgerichtet.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat sich im zweiten Quartal etwas belebt. In der Industrie ergab sich ein Produktionszuwachs von 0,3%, trotz Rückgang im Juni um 0,8%. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Industrie-

### Bruttoinlandsprodukt

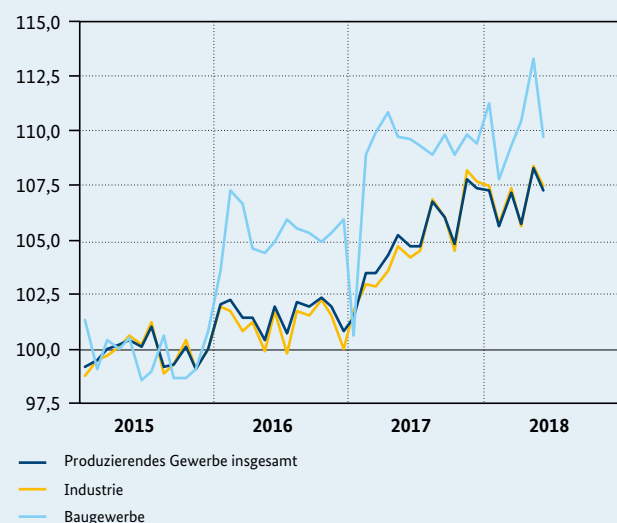
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Quelle: StBA.

### Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

2 Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts vom 14. August 2018 zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2018. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse für das zweite Quartal 2018 wurden auch die Ergebnisse ab dem Jahr 2014 überarbeitet. Das Bruttoinlandsprodukt nahm demnach in den Jahren 2014 und 2016 jeweils um preisbereinigt 2,2% um 0,3 Prozentpunkte stärker zu als zuletzt gemeldet.



**Industrie**

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
<b>Produktion</b>					
Insgesamt	0,1	0,3	-1,6	2,6	-0,8
Vorleistungsgüter	-0,8	-0,2	-1,7	3,0	-0,8
Investitionsgüter	0,1	0,2	-1,4	0,9	-0,6
Konsumgüter	2,1	1,7	-2,0	6,0	-1,6
<b>Umsätze</b>					
Insgesamt	-0,5	-0,1	0,0	0,8	-1,0
Inland	0,2	-0,5	-0,5	0,8	-0,2
Ausland	-1,1	0,2	0,4	0,8	-1,9
<b>Auftragseingänge</b>					
Insgesamt	-2,2	-1,6	-1,6	2,6	-4,0
Inland	-2,1	-2,0	-4,4	4,3	-2,8
Ausland	-2,3	-1,4	0,5	1,3	-4,7
Vorleistungsgüter	-2,9	1,0	3,0	-0,7	-2,3
Investitionsgüter	-2,0	-3,5	-4,2	4,4	-4,7
Konsumgüter	-0,2	0,3	-1,8	4,8	-4,5

Quellen: StBA, BBk.

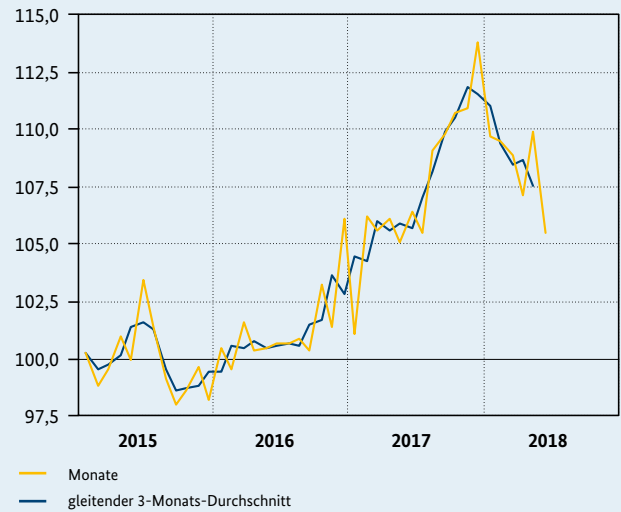
konjunktur weiter aufwärtsgerichtet bleiben, allerdings mit weiterhin eher moderater Wachstumsdynamik.

Legt man die weniger schwankungsanfälligen Quartalsdurchschnitt zugrunde, dann wurde im zweiten Quartal die Erzeugung von Konsumgütern um 1,7% und die von Investitionsgütern um 0,2% ausgeweitet, während 0,2% weniger Vorleistungsgüter erzeugt wurden.

Bei der Entwicklung der industriellen Umsätze ergab sich im Juni eine Abnahme von 1,0%. Für das zweite Quartal bedeutet dies ein Minus von 0,1%, wobei sich die Auslandsumsätze mit +0,2% etwas günstiger entwickelten als die im Inland.

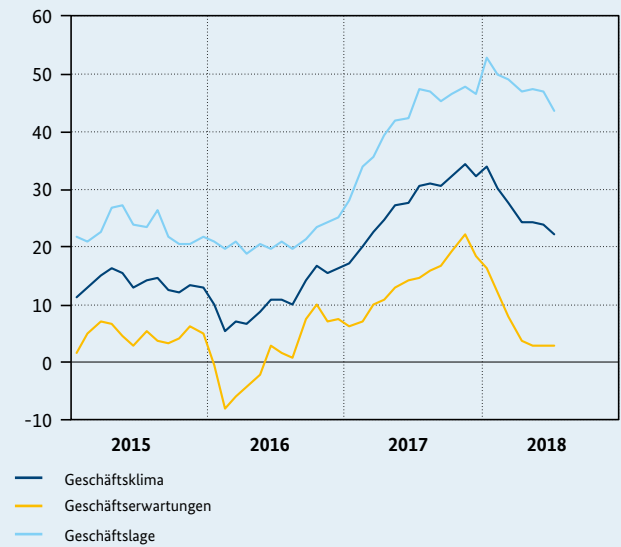
Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind gegenwärtig rückläufig. Im Juni kam es zu einer kräftigen Abnahme um 4,0%. Im zweiten Quartal insgesamt ergab sich damit gegenüber dem ersten Quartal ein Auftragsminus von 1,6%. Der Rückgang ging auf die Bestellungen von Investitionsgütern zurück (-3,5%), wohingegen bei den Vorleistungs- und Konsumgütern Zuwächse von 1,0% bzw. 0,3% zu beobachten waren. In der Tendenz entwickelten sich die Bestellungen sowohl aus dem Inland als auch aus

**Auftragseingang in der Industrie**  
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

**ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe**  
(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut.

dem Euroraum ungünstig, während die Bestellungen aus den Ländern außerhalb des Euroraums im zweiten Quartal zunahmen.

Die Stimmungskennzeichen für das Verarbeitende Gewerbe haben sich seit Ende letzten Jahres merklich eingetrübt. Ausschlaggebend hierfür ist die gestiegene Unsicherheit, die

gegenwärtig von der internationalen Handelspolitik ausgeht. Der ifo Geschäftsklimaindex gab im Juli nochmals geringfügig nach, blieb aber immer noch deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Dies geht auf die weiterhin überragende Lageeinschätzung zurück, die Geschäftserwartungen beurteilten die Unternehmen nur noch als durchschnittlich. Der IHS Markt Einkaufsmanagerindex legte im Juli erstmals seit Ende letzten Jahres wieder zu und lag deutlich über seiner Wachstumsschwelle.

## Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %  
(Volumen, saisonbereinigt)

### Produktion

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Insgesamt	0,1	1,6	1,1	2,5	-3,2
Bauhauptgewerbe	1,0	6,4	6,9	3,5	-3,3
Ausbaugewerbe	-0,6	-2,2	-3,1	1,6	-3,1

### Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q4	Q1	März	April	Mai
Insgesamt	10,2	-1,6	-15,1	2,6	4,6
Hochbau	13,3	-6,0	-10,7	4,6	1,8
Wohnungsbau*	17,0	-9,2	-11,1	14,4	-7,5
Gewerblicher*	12,8	-4,4	-14,1	3,0	9,1
Öffentlicher*	3,4	-0,8	4,6	-17,1	7,5
Tiefbau	6,8	3,4	-19,7	0,3	7,7
Straßenbau*	6,9	10,4	-1,4	-15,0	13,0
Gewerblicher*	5,5	10,9	-35,7	5,1	11,7
Öffentlicher*	8,0	-14,1	-17,2	22,3	-4,5
Öffentlicher Bau insg.	6,7	-0,6	-5,4	-5,1	5,9

Quellen: StBA, BBk.

\* Angaben in jeweiligen Preisen

Im Baugewerbe sank die Produktion im Juni kräftig um 3,2%, allerdings nach einem deutlichen Anstieg im Mai. Der aktuelle Rückgang kam zu ähnlichen Teilen aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbauwerke. Im zweiten Quartal insgesamt war die Produktion im Baugewerbe mit einem Plus von 1,6% wieder deutlich aufwärtsgerichtet, nachdem sie im ersten Quartal stagnierte.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich seit Ende letzten Jahres sehr volatil entwickelt. Im aktuellen Berichtsmonat Mai 2018 gab es ein Auftragsplus von 4,6% (April: +2,6%). Das Niveau der Ordereingänge lag allerdings immer noch unter dem durchschnittlichen Niveau des ers-

## Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

ten Quartals, das von Auftragspitzen profitierte. Der Auftragsbestand ist aber weiterhin sehr hoch und die Baugenehmigungen nehmen sowohl bezüglich Wohnbauten als auch Nicht-Wohnbauten auf Jahresfrist zu.

Die Stimmung im Bauhauptgewerbe ist auch angesichts der hohen Auslastung und der Durchsetzbarkeit von Preissteigerungen weiterhin extrem gut. Das ifo Geschäftsklima verbesserte sich im Juli so stark wie noch nie zuvor seit Beginn der Umfragen und erreichte ein neues Allzeithoch.

## 3. Privater Konsum

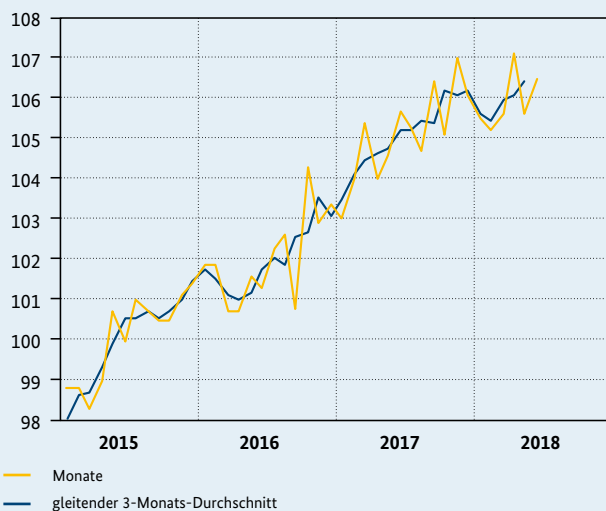
Die Einzelhandelsumsätze stiegen im Juni ebenso wie im gesamten zweiten Quartal deutlich.

Die privaten Konsumausgaben expandierten nach einer schwächeren Entwicklung im zweiten Halbjahr 2017 im laufenden Jahr wieder stärker. Die anhaltend gute Lage am Arbeitsmarkt sorgt für positive Rahmenbedingungen. Zudem lässt sich aktuell ein kräftiges Lohnwachstum beobachten. Daher blieben die privaten Konsumausgaben auch im zweiten Quartal eine wichtige Stütze der Konjunktur. Weitere

Indikatoren für den privaten Konsum senden überwiegend positive Signale.

Die Einzelhandelsumsätze ohne Kraftfahrzeuge nahmen im Juni und auch im gesamten zweiten Quartal 2018 um 0,9% zu. Der Umsatz im Kfz-Handel ist im aktuellen Berichtsmonat Mai mit 3,1% spürbar in die Höhe gegangen. Neuzulassungen für PKWs liegen im laufenden Jahr deutlich über denen des vergangenen Jahres. Im Juli lagen sie um rund 12% über dem Vorjahresstand. Die der für den privaten Konsum entscheidenden privaten Haltergruppen ließen sogar 16% mehr PKWs zu.

**Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)**  
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich im Juli etwas eingetrübt, wobei sich die Einschätzung der Geschäftslage nach oben entwickelte. Das Geschäftsklima liegt immer noch deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die Konsumstimmung der Verbraucher zeigt sich unverändert positiv und der prognostizierte GfK-Konsumklimaindex für August liegt nur geringfügig unter dem Niveau des Vormonats.

## 4. Außenwirtschaft

Die Exporte gingen leicht zurück, während sich die Importe weiter belebt haben.

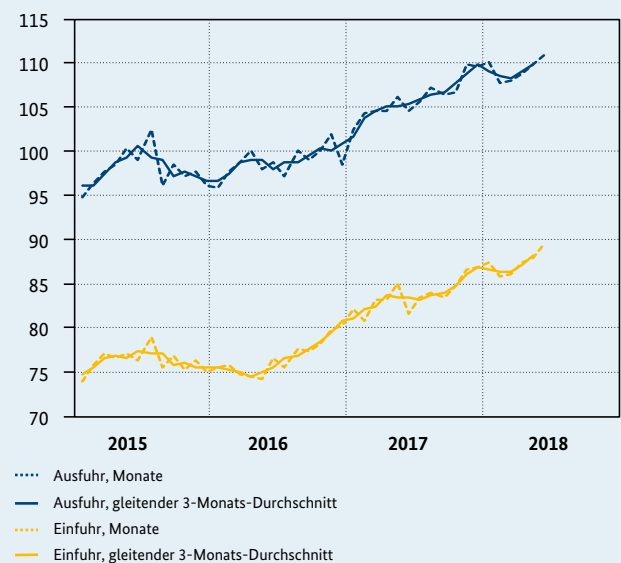
Die gedämpfte Entwicklung der Weltwirtschaft spiegelt sich auch in den nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft wider.

Im Juni 2018 wurden von Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 139,0 Mrd. Euro exportiert. Damit gingen die Ausfuhren nach ihrem kräftigen Wachstum im Mai gegenüber dem Vormonat leicht zurück (-0,3%). Für das zweite Quartal insgesamt ergibt sich in jeweiligen Preisen ein Plus von 1,1%. Allerdings haben sich die Ausfuhrpreise im gleichen Zeitraum etwas erhöht, so dass der Anstieg der Ausfuhren in realer Rechnung geringer ausfallen dürfte.

Den Ausfuhren standen im Juni Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 116,7 Mrd. Euro gegenüber. Im Vergleich zum Vormonat resultiert daraus saisonbereinigt eine Zunahme um 0,9%. Bei Betrachtung des gesamten zweiten Quartals fiel der Anstieg im Zuge eines starken Aprils deutlicher aus (+2,5%), dürfte aber angesichts steigender Einfuhrpreise real ebenfalls etwas niedriger ausfallen.

### Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk.

Der Saldo von Aus- und Einfuhren beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag im Juni in Ursprungszahlen bei 22,3 Mrd. Euro und somit kumuliert seit Jahresbeginn 3,5 Mrd. Euro über dem Vorjahreswert.

### Außenhandel\*

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
<b>Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)</b>					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
<b>Ausfuhr</b>	-0,1	1,1	0,9	1,7	-0,3
<b>Einfuhr</b>	-0,6	2,5	2,0	0,6	0,9
<b>Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)</b>					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
<b>Ausfuhr</b>	2,8	5,1	9,4	-1,3	7,8
Eurozone	6,9	5,7	9,6	0,1	7,6
EU Nicht-Eurozone	1,9	5,7	7,8	6,5	3,0
Drittländer	-0,5	4,3	9,9	-6,4	10,5
<b>Einfuhr</b>	3,2	6,5	8,6	0,9	10,2
Eurozone	4,8	6,9	9,4	0,1	11,5
EU Nicht-Eurozone	4,5	9,1	9,6	8,9	9,0
Drittländer	0,5	4,2	6,9	-3,0	9,3

Quellen: StBA, BBK.

\* Angaben in jeweiligen Preisen

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft zeichnen aktuell ein verhaltenes Bild. Zwar haben sich die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe im Juli nach sieben Eintrübungen in Folge leicht verbessert, sie bleiben jedoch im Lichte der aktuellen handelspolitischen Debatten abwartend niedrig. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland sind nach dem ersten Quartal nun auch im zweiten Quartal weiter rückläufig (-1,4%). Dabei entwickelte sich die Nachfrage aus dem Nicht-Euroraum deutlich günstiger als die aus dem Euroraum. Der effektive reale Wechselkurs des Euro gegenüber den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands wertete im Juli deutlich auf. Angesichts der insgesamt weiterhin gedämpft aufwärtsgerichteten Weltkonjunktur bleiben die Perspektiven für den deutschen Außenhandel bei allen Unsicherheiten jedoch grundsätzlich positiv.

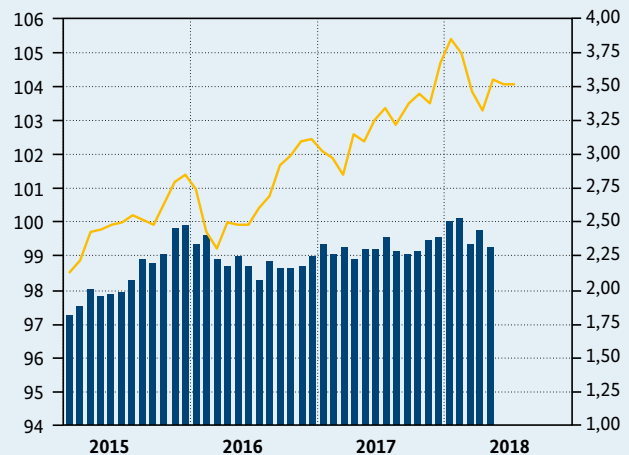
## 5. Arbeitsmarkt

Die Erwerbstätigkeit nimmt weiter zu, seit Februar aber etwas verlangsamt.

Der Rückgang von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung setzte sich im Juli fort.

Die hohe Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften hielt zu Beginn des Sommers an. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nehmen daher weiter zu, wenn auch nicht mehr ganz so kräftig wie im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung gehen schrittweise zurück.

### ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

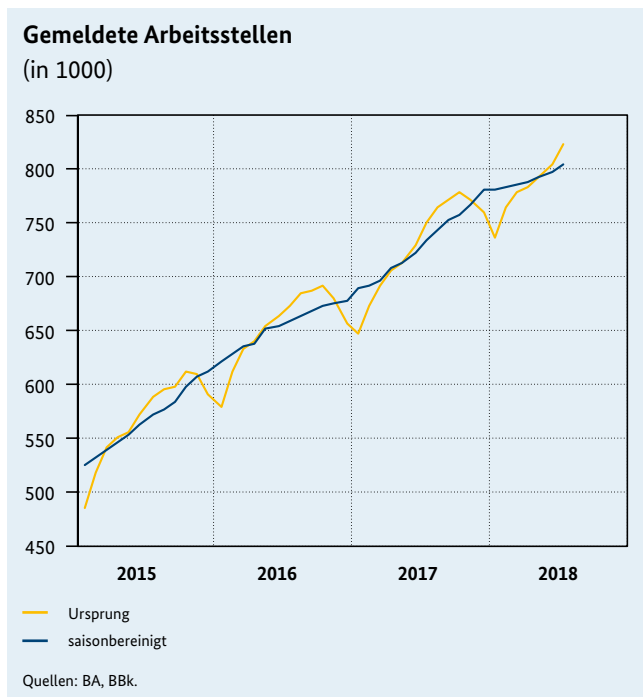


■ sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Veränderung gegen Vorjahr in %, rechte Skala)  
 — ifo Beschäftigungsbarometer (Index 2015=100, linke Skala)

Quellen: BA, ifo Institut.

Die Frühindikatoren der Bundesagentur für Arbeit (BA), des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) befinden sich auf sehr hohem Niveau, entwickelten sich jedoch zuletzt unterschiedlich. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), der die Nachfrage nach Arbeitskräften beschreibt, erreichte im Juli den zweiten Höchststand in Folge. Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot für den ersten Arbeitsmarkt erhöhte sich laut Umfrage des IAB im zweiten Quartal 2018 auf 1,21 Mio. Stellen. Die bei der BA gemeldeten Stellen nahmen im Juli

ebenfalls zu. Das ifo Beschäftigungsbarometer hielt das hohe Niveau des Vormonats. Der Befragung zufolge zog die Nachfrage im Bauhauptgewerbe wieder kräftig und im Handel sowie den übrigen Dienstleistungssektoren leicht an, während die Beschäftigungserwartungen in der Industrie weniger stark waren. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat sich hingegen ein weiteres Mal vom Allzeithoch im März leicht entfernt. Die Erwartungen zur Entwicklung der Beschäftigung gingen etwas zurück, sie zeigen aber weiterhin sehr gute Beschäftigungsaussichten an. Der Teilindikator zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit war zuletzt unverändert, im Trend dürfte die Arbeitslosigkeit weiterhin leicht sinken.

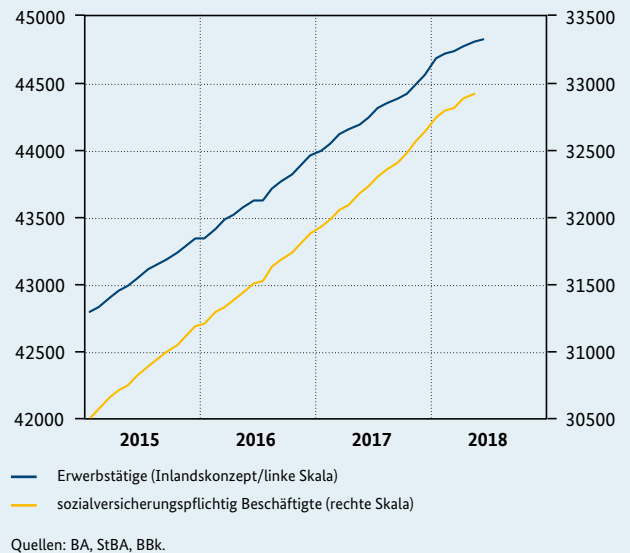


Der monatliche Zuwachs bei der Erwerbstätigkeit im Inland liegt seit Februar in der Größenordnung von monatlich rund 30.000 Personen. Im vergangenen Jahr erhöhte sie sich monatlich durchschnittlich noch um rund 50.000 Personen. Im Juni 2018 lag der Anstieg bei 28.000 Personen. In Ursprungszahlen gemessen gab es mehr als 44,9 Mio. Erwerbstätige. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr ging leicht auf 580.000 Personen zurück.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit basiert in erster Linie auf der steigenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Saisonbereinigt lag der Zuwachs im Mai mit 43.000 Personen auf dem durchschnittlichen Niveau der letzten

### Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

(in 1000, saisonbereinigt)



vier Monate. In Ursprungszahlen wurde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit knapp 32,9 Mio. Personen beziffert. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Zuwachs 746.000 Personen bzw. 2,3%. In nahezu allen Branchen waren mehr Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahresmonat.

### Arbeitsmarkt

#### Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,525	2,325	2,315	2,276	2,325
gg. Vorjahr in 1.000	-209	-188	-182	-197	-193
gg. Vorperiode in 1.000*	-69	-39	-11	-14	-6
Arbeitslosenquote	5,7	5,1	5,1	5,0	5,1

#### Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,4	44,8	44,6	44,8	44,9
gg. Vorjahr in 1.000	656	599	611	605	580
gg. Vorperiode in 1.000*	226	86	29	32	28

#### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q4	Q1	März	Apr.	Mai
in Mio. (Ursprungszahlen)	32,7	32,6	32,7	32,8	32,9
gg. Vorjahr in 1.000	752	782	748	779	746
gg. Vorperiode in 1.000*	208	221	18	63	43

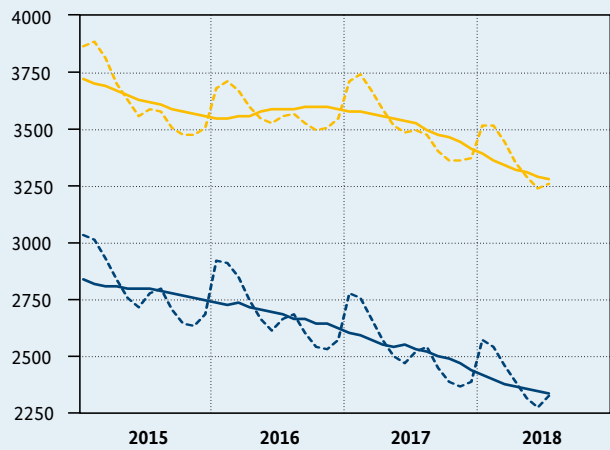
Quellen: BA, StBA, BBk.

\* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Juli saisonbereinigt um 6.000 Personen. Die Einflüsse der Fluchtmigration sind am aktuellen Rand wegen des umfangreichen Einsatzes aktiver Maßnahmen weiterhin gering. Nach Ursprungszahlen stieg die Arbeitslosigkeit mit Ferienbeginn im saisonüblichen Umfang auf 2,32 Mio. Personen (+49.000 zum Vormonat). Der Vorjahresstand wurde um 193.000 Personen (-7,7%) unterschritten<sup>3</sup>. Die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente hat im Vorjahresvergleich per saldo insgesamt abgenommen. Die sogenannte Fremdförderung, die unter anderem Integrations- und Sprachkurse umfasst, ging zum Vorjahr am stärksten zurück. Die Arbeitslosenquote stieg leicht auf 5,1%. Dabei sind die regionalen Unterschiede auf Ebene der Städte und Landkreise hoch: wirtschaftsstarken Regionen mit Vollbeschäftigung stehen Städte mit Arbeitslosenquoten von mehr als 13% gegenüber. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen verringerte sich im Juli auf 810.000 Personen, dies sind 89.000 weniger als vor einem Jahr. Die Langzeitarbeitslosigkeit deutet gleichfalls auf fortbestehende strukturelle Herausforderungen am Arbeitsmarkt hin.

**Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung**

(in 1000)

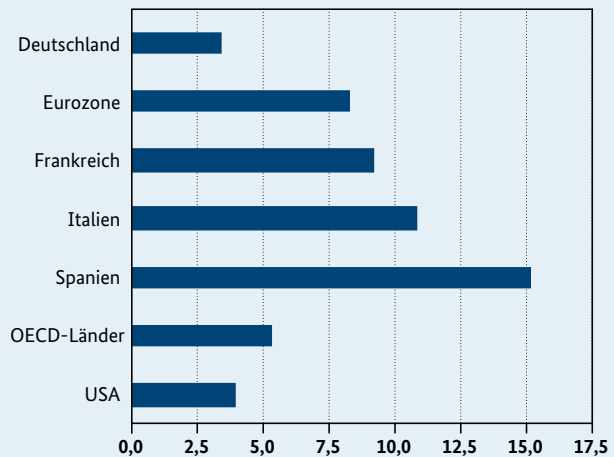


..... Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), Ursprung  
 — Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), saisonbereinigt  
 ..... Arbeitslose, Ursprung  
 — Arbeitslose, saisonbereinigt

Quellen: BA, IAB, BBk.

**Internationale Erwerbslosenquoten**

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Juni 2018)



Quelle: Eurostat.

Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) lag im Juni bei 3,4%. Die Quote ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig.

Die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosen auch Personen umfasst, die ihren Wunsch nach Beschäftigung nicht realisieren können und daher zunächst an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder kurzfristig arbeitsunfähig sind, verringerte sich im Juli saisonbereinigt um 12.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen wurden 3,26 Mio. Personen als unterbeschäftigt (ohne Kurzarbeiter) ausgewiesen. Die Unterbeschäftigung ist damit weiterhin um knapp eine Million Personen höher als die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Rückgang um 242.000 Personen erneut sehr kräftig.

Die Arbeitslosigkeit sinkt weiterhin nicht in dem Maße wie die Beschäftigung zunimmt. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt überwiegend aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials durch Zuwanderung<sup>4</sup> sowie eine steigende Erwerbsneigung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen. Arbeitslose und andere Unterbeschäftigte profitieren weniger von der gestiegenen Nachfrage

- 3 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Juli im Vorjahresvergleich um 159.000 Personen bzw. 8,6%. Auch bei ausländischen Staatsbürgern ging sie weiter zurück (um 34.000 Personen bzw. 5,2%).
- 4 Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots infolge der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Fluchtmigration hat zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Menschen aus den wichtigsten Zuwanderungsländern – neue osteuropäische Mitgliedsstaaten, GIPS-Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, 8 nicht-europäische Asylherkunftsländer, West-Balkanstaaten, Russland und Ukraine – geführt (im Mai gegenüber dem Vorjahr um 312.000 Personen). Die Zahl der Arbeitslosen aus diesen Ländern war im Juli erneut rückläufig (Rückgang um 14.000 Personen aus Arbeitsmigrationsländern gegenüber dem Vorjahr und Anstieg um 1.000 Personen aus nicht-europäischen Asylherkunftsländern).

nach Arbeitskräften, da oftmals die Profile der Arbeitslosen hinsichtlich Beruf und Qualifikation nicht den Anforderungen der Unternehmen entsprechen oder größere räumliche Distanzen der Vermittlung entgegenstehen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung erfolgt dadurch schleppender.

## 6. Preise

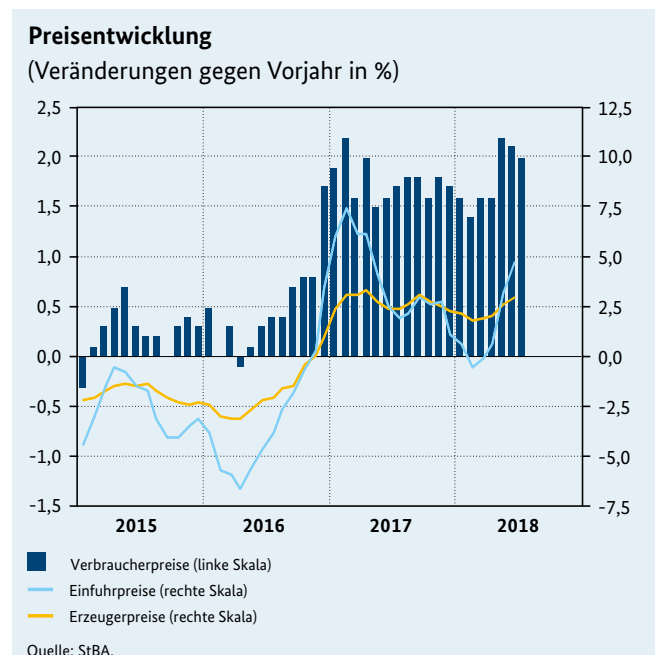
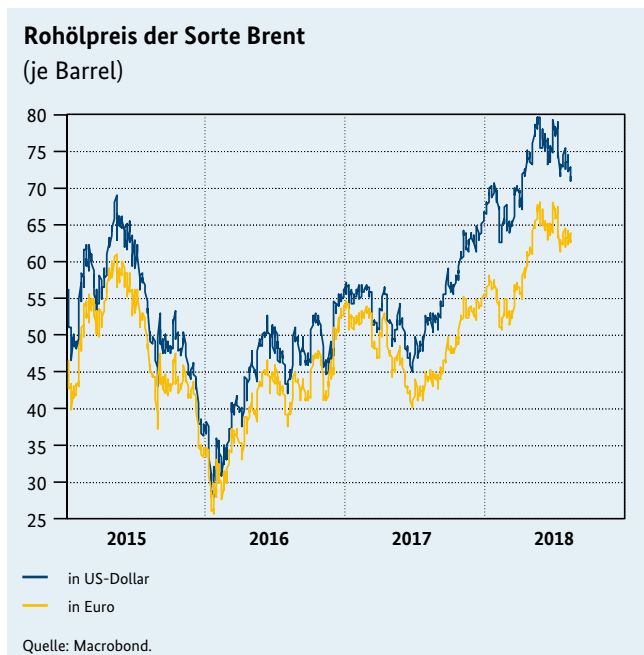
### Die aufwärts tendierenden Rohölpreise verstärken den Preisauftrieb.

Nach einer ruhigen Preisentwicklung im ersten Quartal dieses Jahres hat die Preisdynamik im zweiten Jahresviertel etwas angezogen. Die Verbraucherpreise erhöhten sich mit einer Verlaufsrate von 0,7% deutlich kräftiger als noch im ersten Quartal (+0,3%). Maßgeblich hierfür war die Entwicklung der Rohölpreise, die ihren seit Mitte 2017 anhaltenden Aufwärtstrend beschleunigt fortsetzten. Der Preis der europäischen Leitsorte Brent erhöhte sich im zweiten Quartal auf durchschnittlich knapp 75 US-Dollar und lag damit etwa 12% höher als noch im ersten Jahresviertel. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Ölpreis noch spürbarer und nahm um nahezu 50% zu. Insgesamt hat sich dadurch der Preisdruck auf allen Preisebenen in den vergangenen Monaten erhöht. Er dürfte aber dennoch im weiteren Jahresverlauf relativ maßvoll bleiben.

Die Einfuhrpreise stiegen im Juni (letzter Datenstand) um 0,5% im Vergleich zum Vormonat an, hauptsächlich weil sich Energie um 2,0% und Vorleistungsgüter um 0,6% verteuerten. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Preise für Importwaren im Juni um 4,8%. Auch hier waren in erster Linie Preisanhebungen im Energiebereich ausschlaggebend. Bleibt dieser schwankungsanfällige Posten außen vor, lagen die Preise für Importgüter 1,2% über Vorjahresniveau.

Die Preise für deutsche Exportwaren erhöhten sich im Juni gegenüber dem Vormonat um 0,3%. Wie auch bei den Einfuhrpreisen waren hierfür im Schwerpunkt die Energie- und Vorleistungsgüterprodukte verantwortlich. Binnen Jahresfrist legten die Ausfuhrpreise mit 1,8% verstärkt zu. Die Terms of Trade verschlechterten sich im Juni gegenüber dem Niveau des Vormonats um 0,2% und gegenüber dem des Vorjahres um 2,8%.

Im Inlandsabsatz nahmen die Erzeugerpreise im Juni im Vergleich zum Mai um 0,3% zu, vor allem weil auch auf dieser Preisstufe die Energiepreise den dritten Monat in Folge anzogen. Im Vorjahresvergleich stiegen die Preise auf der Produzentenstufe um 3,0%. Energie war um 6,2% teurer als ein Jahr zuvor, was der höchsten Teuerungsrate seit Anfang 2012 entspricht. Auch bei den Vorleistungsgütern war ein Preisanstieg von 3,2% zu verzeichnen. Ohne Energie gerechnet erhöhten sich die Preise für die deutschen Produzenten um 2,0%.



## Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Juni	Juli	Juni	Juli
Insgesamt	0,1	0,3	2,1	2,0
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,1	0,5	1,4	1,4
Nahrungsmittel	-0,3	-0,5	3,4	2,6
alkoholische Getränke, Tabakwaren	0,7	0,2	3,3	3,3
Bekleidung und Schuhe	-2,3	-5,9	0,8	-1,5
Wohnung, Betriebskosten	0,1	0,1	2,1	2,0
Möbel, Geräte für den Haushalt	0,1	-0,2	0,9	0,7
Gesundheitspflege	0,0	0,1	1,3	1,2
ambulante Gesundheitsdienstleistungen	0,1	0,1	0,5	0,7
Verkehr	0,5	0,3	4,1	4,3
Nachrichtenübermittlung	0,0	-0,1	-0,6	-0,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	0,6	4,5	1,1	2,0
Pauschalreisen	2,5	19,3	0,2	4,2
Bildungswesen	0,0	-0,1	2,9	2,8
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,4	0,0	2,2	2,0
Andere Waren und Dienstleistungen	0,0	0,1	0,8	0,8
Energie	0,5	-0,1	6,4	6,6
Haushaltsenergie	-0,1	-0,1	4,1	3,9
Strom	0,0	0,0	1,2	1,0
Gas	-0,6	0,0	-1,6	-1,3
Heizöl	-0,4	-0,8	30,3	28,5
Feste Brennstoffe	0,5	-0,1	-0,8	-0,1
Zentralheizung, Fernwärme	0,4	0,5	0,9	1,5
Kraftstoffe	1,5	-0,2	11,3	12,0
Dienstleistungen	0,3	1,1	1,5	1,6
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,2	0,0	-	-

Quellen: StBA, BBk.

Die Verbraucherpreise nahmen von Juni auf Juli um 0,3 % zu. Teurer wurden mit der einsetzenden Haupturlaubszeit in Deutschland vor allem Dienstleistungen, insbesondere Pauschalreisen und Freizeitangebote. Die Inflationsrate – die Preissteigerung auf Jahressicht – schwächte sich im Juli nochmals leicht ab. Sie sank um 0,1 Prozentpunkte auf 2,0%. Kennzeichnend für die Preisentwicklung war neben den gestiegenen Energiepreisen (+6,6%) auch die Verteuerung von Nahrungsmitteln (+2,6%). Die Kerninflation – ohne die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise – blieb dementsprechend im Juli bei 1,4%.

## 7. Monetäre Entwicklung

Die Inflationsrate in der Eurozone stieg im Juli auf den höchsten Wert seit Ende 2012.

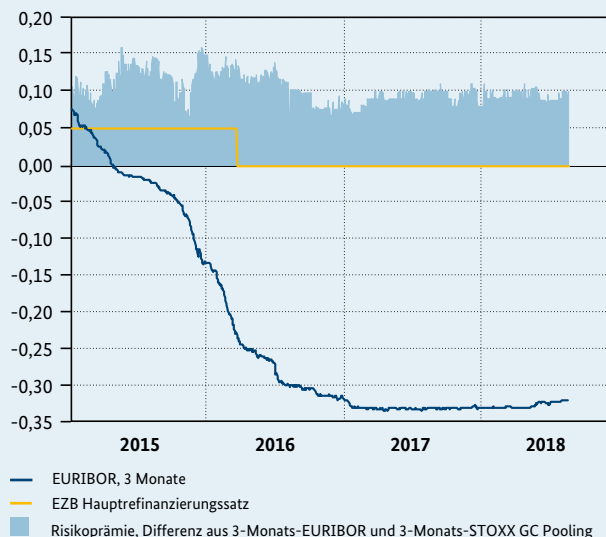
Die Zinsspanne für Staatsanleihen im Euroraum hat sich leicht erhöht.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,0%. Für die Einlagefazilität fällt ein Zins in Höhe von -0,4% an, der Spitzenrefinanzierungssatz liegt bei 0,25%. Seit Jahresbeginn hat die EZB ihre monatlichen Anleihekäufe auf 30 Mrd. Euro halbiert. Im Juni kündigte die EZB an, die Anleihekäufe zum Jahresende einzustellen. Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit ca. 4,6 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Seit November des letzten Jahres befindet sich die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität in etwa auf gleichem Niveau, im Juli bezifferte sie sich auf 1.844 Mrd. Euro. Die nach wie vor hohe Überschussliquidität führt dazu, dass die Zinsen auf dem Interbankenmarkt nahe dem Einlagesatz liegen: Der besicherte Interbankenzins beträgt derzeit -0,4%, der unbesicherte -0,3%.

### Geldmarktsätze in der Eurozone

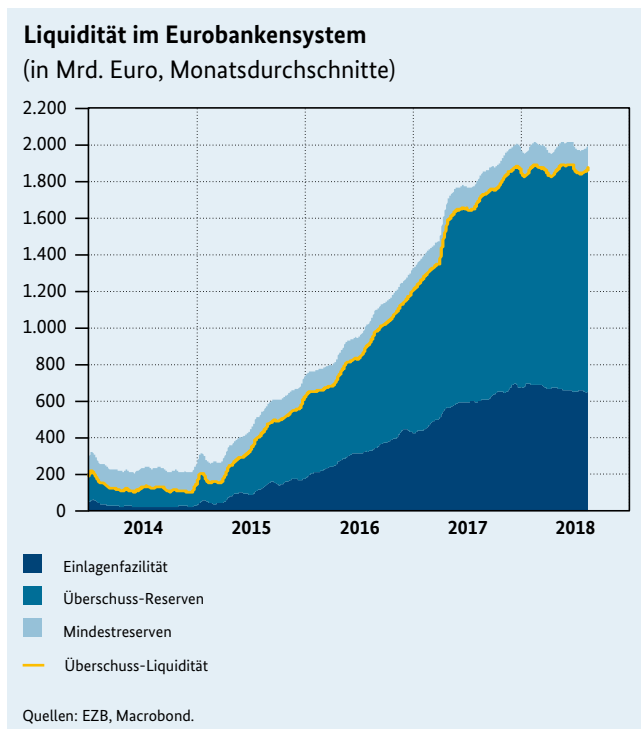
(in %)



Quelle: Macrobond.



Jüngst betonte die EZB zunehmend eine sich fortsetzende, solide Erholung der Konjunktur im Euroraum. Die Inflationsrate in der Eurozone zog im Juli erneut an und erreichte mit 2,1% den höchsten Wert seit Ende 2012. Damit wurde das von der EZB verfolgte Ziel, die Inflationsrate auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2% zu halten, zuletzt leicht überschritten. Die Entwicklung ist maßgeblich auf höhere Energiepreise zurückzuführen. Die Kerninflationsrate (ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak) stieg im Juli im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 1,1%.



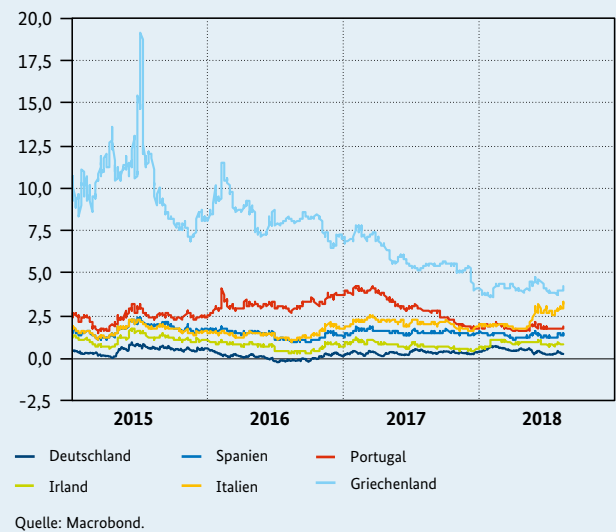
Die US-amerikanische Notenbank (Fed) setzt die geldpolitische Wende weiter fort. Im Juni hob sie den US-Leitzins erneut um 25 Basispunkte an. Derzeit liegt er in einer Bandbreite von 1¾ bis 2%. Die Zinsen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen liegen aktuell bei etwa 2,9% und damit deutlich über den Sätzen für Staatsanleihen aus fast allen Ländern der Eurozone.

Nach einer kräftigen Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar im Mai bewegt sich der Kurs seitwärts. Zuletzt hat er wieder etwas nachgegeben und der Euro notierte bei 1,13 Dollar. Auch gegenüber dem japanischen Yen wertete der Euro zuletzt ab und lag bei etwa 126 Yen. Gegenüber dem britischen Pfund hingegen legte der Euro zu und erreichte rund 0,90 Pfund. Der reale effektive Wechselkurs

Deutschlands gegenüber 56 Handelspartnern erhöhte sich im Juli im Vergleich zum Vormonat.

Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit schwankte im Berichtszeitraum um etwa 0,3%. Wenngleich Zinsniveauunterschiede existieren, rangieren die Renditen auf Staatsanleihen der Eurostaaten allgemein auf niedrigem Niveau. Die Zinsspanne hat sich in den letzten Monaten erhöht, mit Ausnahme Griechenlands liegt sie derzeit bei 0,3 bis 3,2%. Dies geht auf die gestiegenen Zinsen auf italienische Staatsanleihen zurück, die am oberen Rand der Spanne rangieren. Die Türkei-Krise hat sich am aktuellen Rand nur geringfügig ausgewirkt. Auch die Renditen auf Unternehmensanleihen verharren weiterhin auf sehr niedrigem Niveau; Anleihen mit sehr guter Bonität (AA) und einer Laufzeit von zehn Jahren liegen derzeit bei etwa 1,0%.

**Renditen zehnjähriger Staatsanleihen**  
(Tageswerte in %)



Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland zieht weiter etwas an. Im Juni 2018 lagen die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rund 5,9% über dem Vorjahresniveau. Nachfrageseitig zeigen die Juli-Ergebnisse der Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey), dass die Anfragen von Unternehmen nach Krediten weiter zunehmen. Auf der Angebotsseite ist zu sehen, dass die Lockerung der Vergabestandards anhält.

Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im Juni um 3,3 % über Vorjahreswert. Der stärkste Treiber dieser Entwicklung blieb weiterhin der Zuwachs bei den Wohnungsbaukrediten (+4,7%), die durch das niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

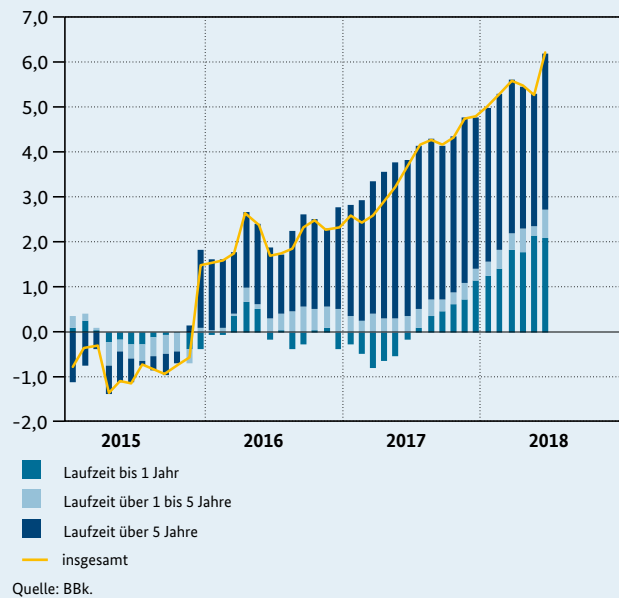
Die Kreditvergabe im Euroraum hat in den zurückliegenden Monaten ebenfalls weiter angezogen. Im Juni stieg das Kreditvolumen für private Haushalte um 2,8 %. Für nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften zog das Wachstum des Kreditvolumens mit 4,1 % im Vergleich zum Vorjahr etwas an.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums ist in der Tendenz weiter fallend. Nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften im Euroraum müssen aktuell durchschnittlich 0,7 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen bezahlen als deutsche Unternehmen.

Die Geldmenge M3 des Euroraums wächst weiter. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im Juni 2018 um 4,4 % zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 % gestiegen ist.

### Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



# III. Übersichten und Grafiken

# 1. Gesamtwirtschaft

## 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>2</sup>										
	2015		2016		2017				2018		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4	-
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,4	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,5	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,5	+ 1,2	- 1,2	+ 0,5	- 0,0	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,7	-
Ausrüstungen	+ 2,6	+ 0,4	- 1,8	+ 0,7	- 1,3	+ 2,6	+ 3,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	-
Bauten	+ 2,4	+ 2,0	- 1,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,9	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 2,1	-
Sonstige Anlagen	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	- 0,4	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,6	- 0,1	+ 1,5	-
Exporte	- 0,5	+ 1,0	+ 1,3	- 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,6	- 1,0	-
Importe	+ 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,7	+ 2,5	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,8	- 1,1	-
<b>Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten<sup>4</sup></b>											
Inländische Verwendung	+ 0,9	+ 0,8	- 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	-
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,2	-
Konsumausgaben des Staates	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	-
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-
Ausrüstungen	+ 0,2	0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,1	-
Bauten	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,2	-
Sonstige Anlagen	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	+ 0,1	-
Vorratsveränderung <sup>5</sup>	- 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	-
Außenbeitrag	- 0,5	- 0,2	+ 0,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,5	- 0,1	-

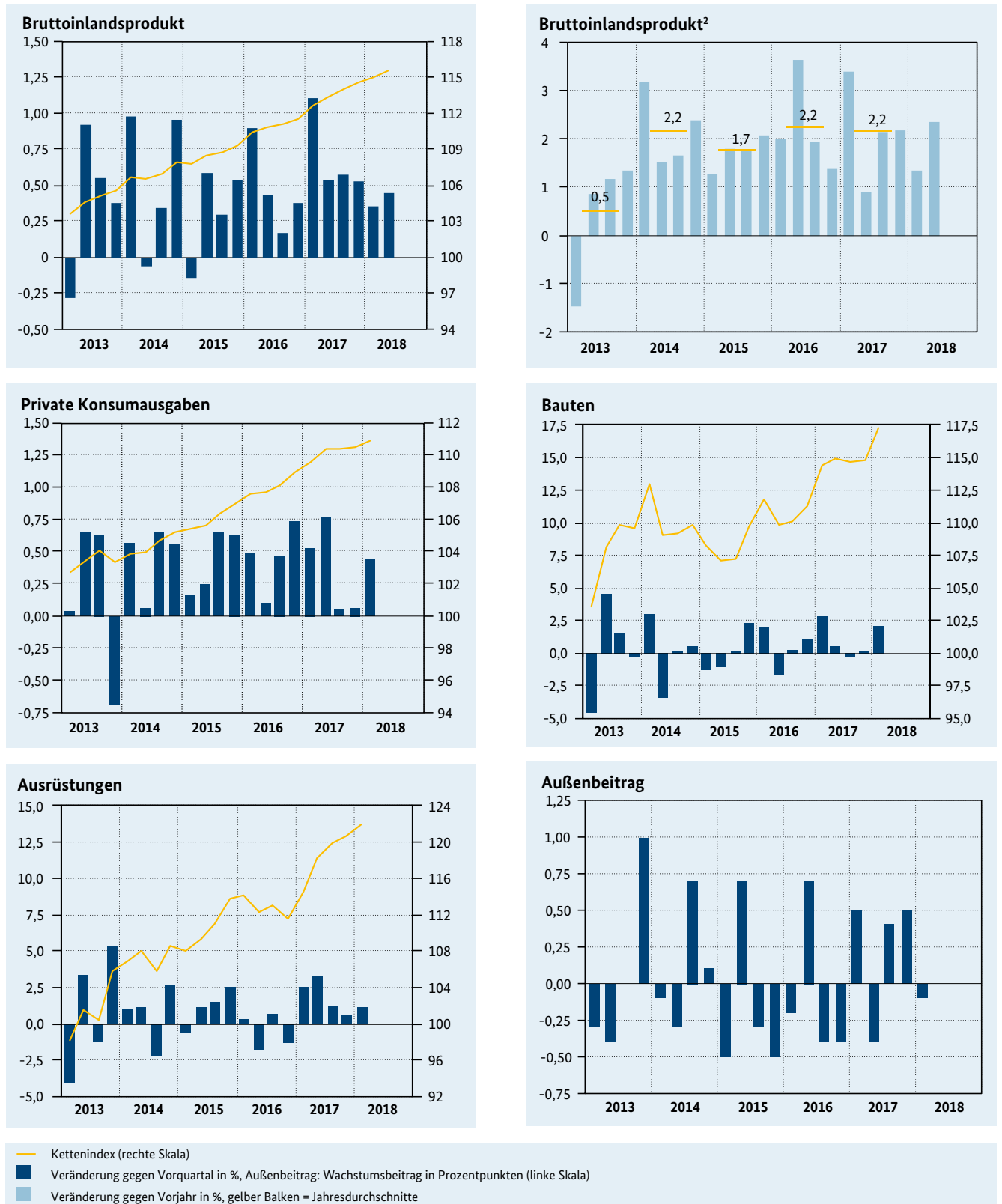
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>6</sup>										
	2017						2018				
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt und Komponenten</b>											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,3
Inländische Verwendung	- 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,6	-
Private Konsumausgaben <sup>3</sup>	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	-
Konsumausgaben des Staates	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0	-
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	- 1,3	+ 3,7	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,3	+ 1,8	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,7	-
Ausrüstungen	- 3,2	- 2,3	+ 5,9	+ 3,9	+ 2,2	+ 4,0	+ 1,7	+ 4,5	+ 6,0	+ 4,4	-
Bauten	+ 0,5	- 1,1	+ 2,3	- 1,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,3	-
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 0,5	+ 4,0	+ 5,5	+ 5,5	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,1	-
Exporte	+ 2,8	+ 1,7	+ 4,6	+ 5,2	+ 2,6	+ 4,6	+ 1,4	+ 4,9	+ 5,5	+ 3,0	-
Importe	- 0,1	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,6	+ 3,9	+ 5,2	+ 4,7	+ 5,8	+ 4,6	+ 3,3	-

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

## 1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

<sup>2</sup> Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

## 1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % <sup>1</sup>										
	2015	2016			2017				2018		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<b>Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>2</sup></b>											
Bruttowertschöpfung	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,2	-
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	- 0,4	+ 1,6	- 0,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,5	- 0,6	-
Baugewerbe	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,6	+ 2,5	+ 1,1	- 0,1	+ 1,0	+ 0,4	-
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,3	-
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 1,0	+ 2,2	+ 0,1	+ 0,7	- 0,4	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	-
Unternehmensdienstleister	+ 0,1	- 0,2	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,5	-
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	-

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % <sup>3</sup>										
	2017						2018				
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<b>Preisentwicklung</b>											
Preisindex	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	-
Private Konsumausgaben	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	-
<b>Kennzahlen</b>											
Erwerbstätige <sup>3</sup>	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4
Arbeitsvolumen <sup>4</sup>	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,3	- 0,4	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,1	-
Arbeitsproduktivität <sup>5</sup>	- 0,7	- 0,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	- 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2	-
Lohnkosten je Arbeitnehmer <sup>6</sup>	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,8	-
Lohnstückkosten <sup>7</sup>	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,6	-
verfügbares Einkommen <sup>8</sup>	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,1	+ 3,3	-
Terms of Trade	- 0,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,5	- 1,0	- 1,2	- 0,1	- 0,4	+ 0,3	-

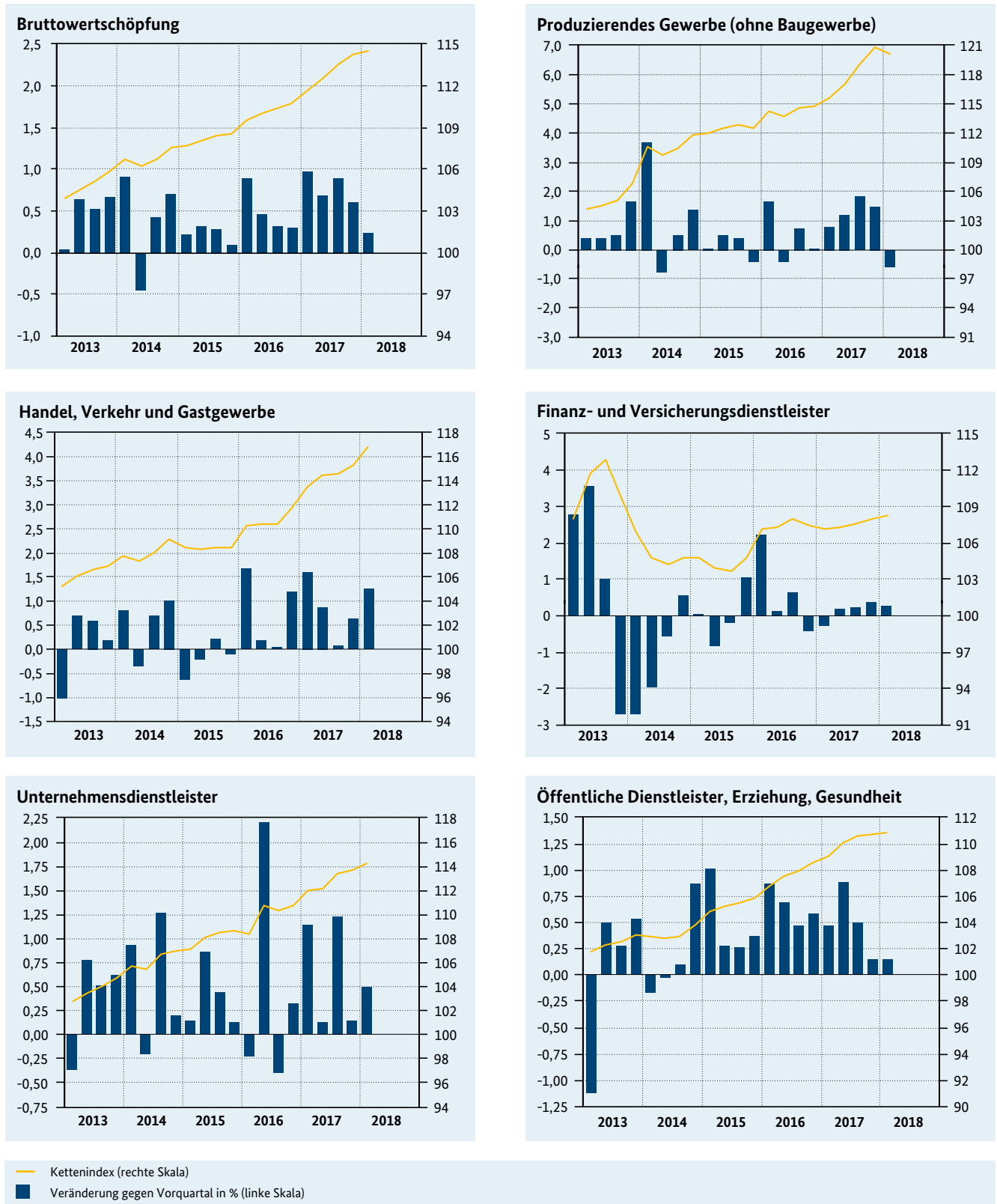
Prognose Bruttoinlandsprodukt <sup>9</sup>		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2018	2019
EU	Europäische Kommission	07/2018	+ 1,9	+ 1,9
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/2018	(+ 2,0) <sup>a</sup>	(+ 2,1) <sup>a</sup>
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2018	+ 1,9	+ 1,7
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2018	+ 1,8	+ 1,8
IfW	Institut für Weltwirtschaft	06/2018	+ 2,0	+ 2,3
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2018	+ 1,7	+ 1,6
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	06/2018	+ 1,8	+ 1,5
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	05/2018	+ 2,1	+ 2,1
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2018	+ 2,3	+ 2,1
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2018	+ 2,2	+ 2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

# 1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



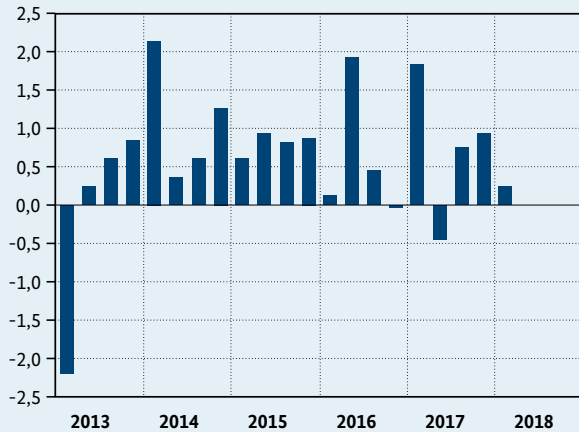
Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

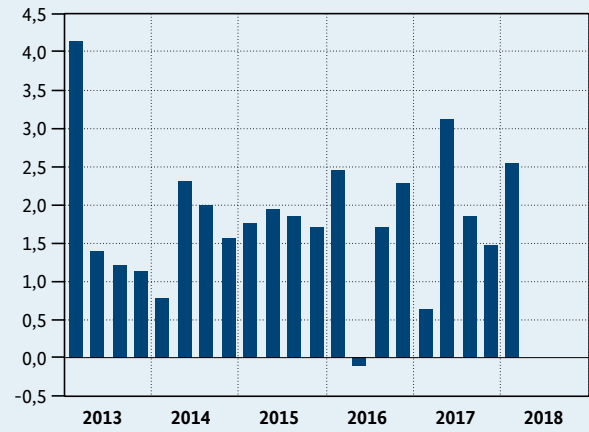
## 1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland

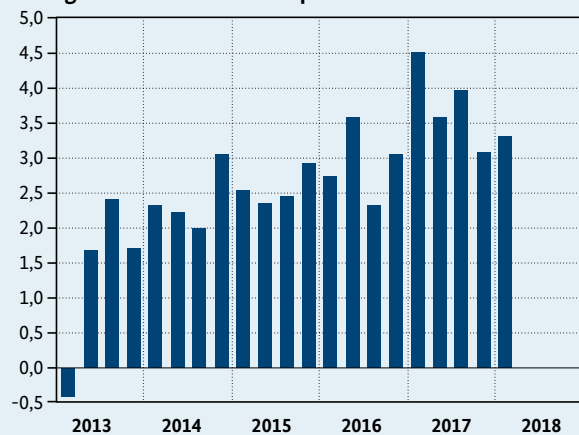
### Arbeitsproduktivität<sup>2</sup>



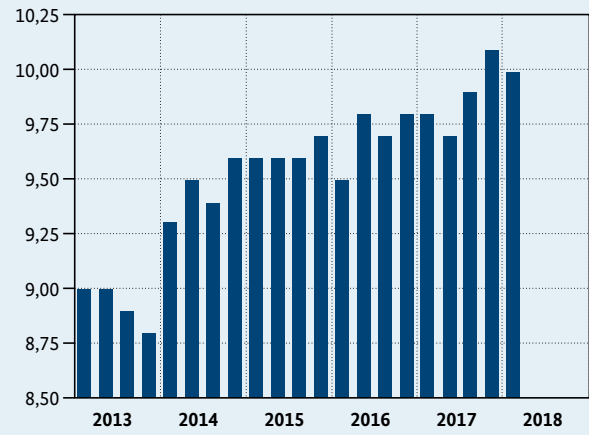
### Lohnstückkosten<sup>3</sup>



### Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte<sup>4</sup>



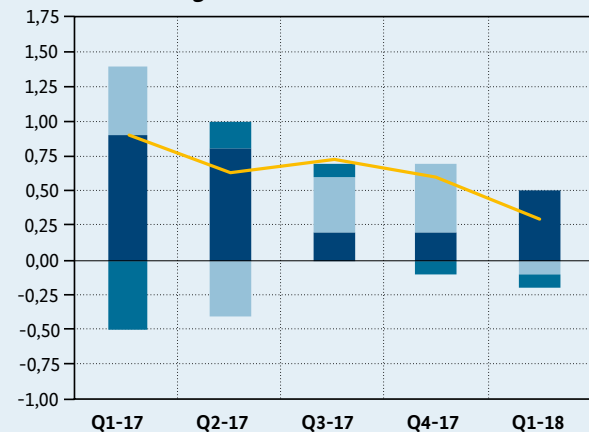
### Sparquote<sup>5</sup>



### Terms of Trade<sup>4</sup>



### Wachstumsbeiträge<sup>6</sup>



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen  
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)  
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.



## 1.6 Internationaler Vergleich

					2015		2016			2017				2018		
	2014	2015	2016	2017	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup></b>	<b>Veränderungen gg. Vorperiode in %</b>															
Deutschland	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4
Japan	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,5
USA	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,0
China	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,8	+ 6,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,8

	<b>in % des BIP<sup>4</sup></b>															
	2014	2015	2016	2017	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
<b>Leistungsbilanzsaldo</b>	<b>in % des BIP<sup>4</sup></b>															
Deutschland	+ 7,5	+ 8,9	+ 8,4	+ 7,9	+ 9,7	+ 9,0	+ 8,9	+ 8,7	+ 8,1	+ 8,1	+ 8,1	+ 7,0	+ 8,2	+ 8,1	+ 8,7	+ 7,8
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,8	+ 4,1	+ 3,7	+ 3,9	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	-
Japan	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0
USA	- 2,0	- 2,2	- 2,3	- 2,3	- 2,4	- 2,2	- 2,4	- 2,2	- 2,3	- 2,3	- 2,2	- 2,5	- 2,1	- 2,3	- 2,5	-
China	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	0,0

				2017				2018								
	2015	2016	2017	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
<b>Arbeitslosenquoten<sup>5</sup></b>	<b>in %</b>															
Deutschland	4,6	4,2	3,7	3,7	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,4	-
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	10,9	10,0	9,1	9,0	9,0	8,9	8,8	8,7	8,7	8,7	8,6	8,5	8,4	8,3	8,3	-
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	9,4	8,6	7,6	7,6	7,5	7,5	7,4	7,3	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	6,9	6,9	-
Japan	3,4	3,1	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	2,7	2,4	2,5	2,5	2,5	2,2	2,4	-
USA	5,3	4,9	4,4	4,3	4,4	4,2	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	3,9	3,8	4,0	3,9
China	4,1	4,0	3,9	3,6	3,6	3,6	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	-

	<b>Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %</b>															
	2014	2015	2016	2017	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
<b>Verbraucherpreise</b>	<b>Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %</b>															
Deutschland	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1
Eurozone (EZ 19) <sup>2</sup>	+ 0,0	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1
Europäische Union (EU 28) <sup>3</sup>	- 0,0	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0	-
Japan	+ 0,8	- 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	-
USA	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9
China	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

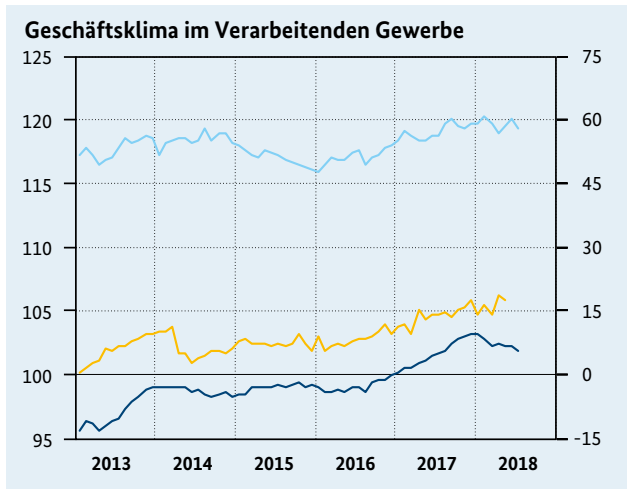
## 1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2017		2018		2018					
	2015	2016	2017	3.Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
<b>Welt</b>													
OECD & major six CLI <sup>1</sup>	99,9	99,6	100,0	100,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,1	-	-
CPB Welt Industrieproduktion <sup>2</sup>	115,0	117,2	121,3	121,8	123,2	124,2	-	124,7	125,1	125,1	-	-	-
CPB Welthandel <sup>2</sup>	113,6	115,4	120,6	121,3	122,6	124,0	-	122,8	123,6	124,2	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	2852	2225	2305	2236	2416	2586	2736	2613	2744	2784	2822	2722	-
<b>Eurozone</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>3</sup>	- 2,8	- 2,6	5,0	6,1	8,9	8,5	7,0	7,0	7,3	6,9	6,9	5,8	-
Industrieproduktion <sup>4</sup>	100,0	101,7	104,7	105,5	106,8	106,1	106,0	106,1	105,2	106,7	106,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,2	0,9	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	1,0	-
Konsumentenvertrauen <sup>5</sup>	- 6,2	- 7,8	- 2,5	- 1,5	- 0,2	0,5	- 0,0	0,1	0,3	0,2	- 0,6	- 0,6	-
<b>USA</b>													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe <sup>6</sup>	51,3	51,4	57,4	58,7	58,7	59,7	58,7	59,3	57,3	58,7	60,2	58,1	-
Industrieproduktion <sup>7</sup>	104,1	102,1	103,7	103,3	105,3	105,9	107,5	106,5	107,7	106,8	107,9	108,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,1	1,8	2,3	2,2	2,4	2,8	2,9	2,8	2,9	3,0	2,9	2,9	-
Konsumentenvertrauen <sup>8</sup>	98,0	99,8	120,5	120,3	126,0	127,1	127,2	127,0	125,6	128,8	127,1	127,4	-
<b>Japan</b>													
All-Industry-Activity-Index <sup>9</sup>	102,5	102,9	104,7	104,8	105,5	105,1	-	104,8	106,3	105,9	-	-	-
Industrieproduktion <sup>10</sup>	97,9	97,6	102,0	102,3	103,9	102,6	103,9	104,2	104,6	104,5	102,6	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,3	- 0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Konsumentenvertrauen <sup>11</sup>	41,3	41,7	43,8	43,8	44,5	44,4	43,7	44,3	43,6	43,8	43,7	43,5	-
<b>China</b>													
Vertrauensindikator für die Industrie <sup>12</sup>	49,9	50,3	51,6	51,8	51,7	51,0	51,6	51,5	51,4	51,9	51,5	51,2	-
Industrieproduktion <sup>13</sup>	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,5	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,6	+ 6,0	+ 7,0	+ 6,8	+ 6,0	+ 6,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,4	2,9	3,6	3,6	3,9	3,9	3,6	3,7	3,6	3,6	3,5	3,5	-
Konsumentenvertrauen <sup>14</sup>	105,9	104,4	115,6	116,0	122,6	122,9	121,3	122,3	122,9	122,9	118,2	-	-

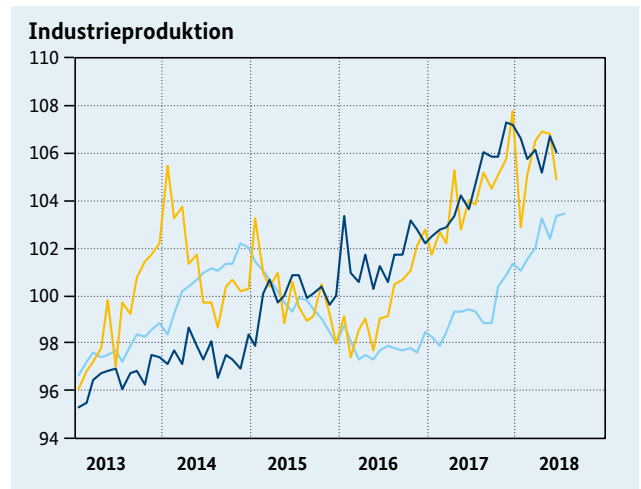
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

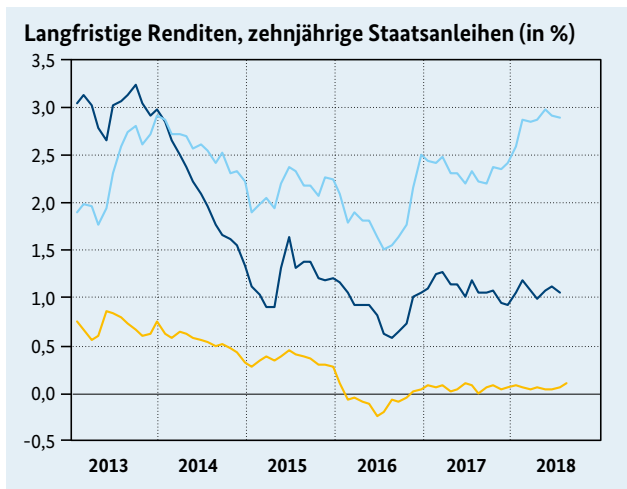
## 1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



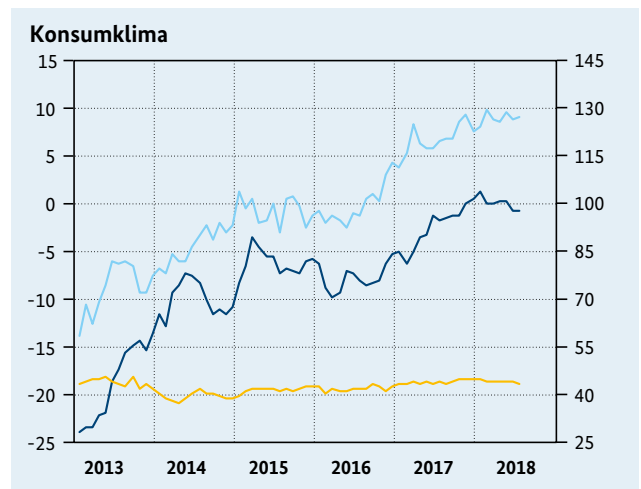
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)<sup>1</sup>  
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)<sup>2</sup>  
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)<sup>3</sup>



— Eurozone<sup>6</sup>  
 — USA<sup>4</sup>  
 — Japan<sup>5</sup>



— Eurozone  
 — USA  
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)<sup>9</sup>  
 — USA (rechte Skala)<sup>7</sup>  
 — Japan (rechte Skala)<sup>8</sup>  
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

## 2. Produzierendes Gewerbe

### 2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

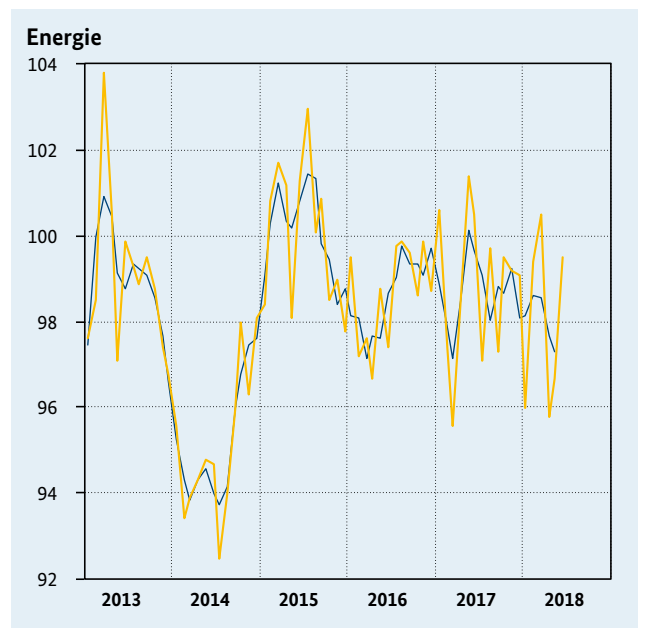
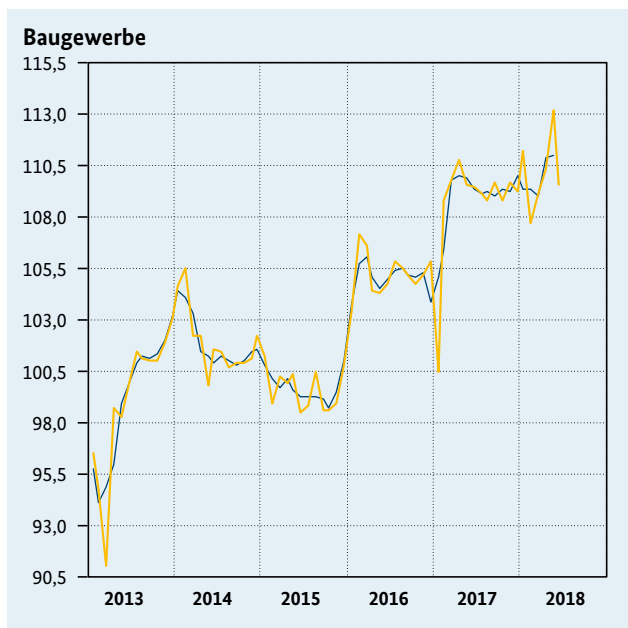
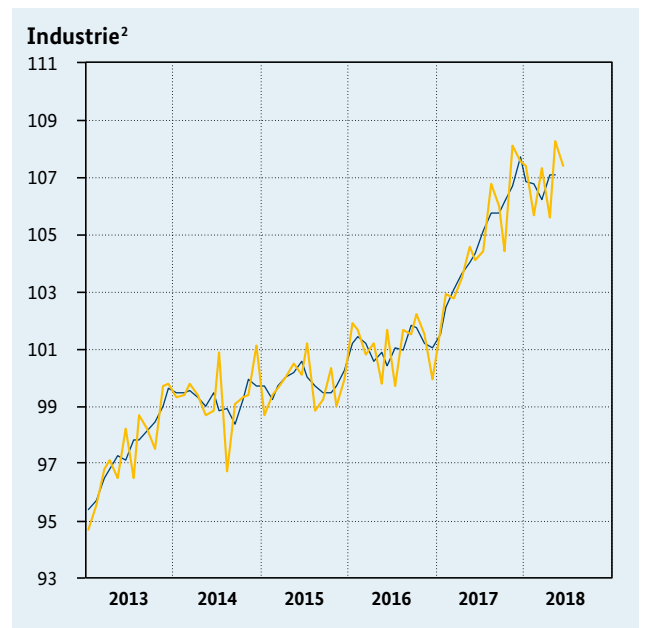
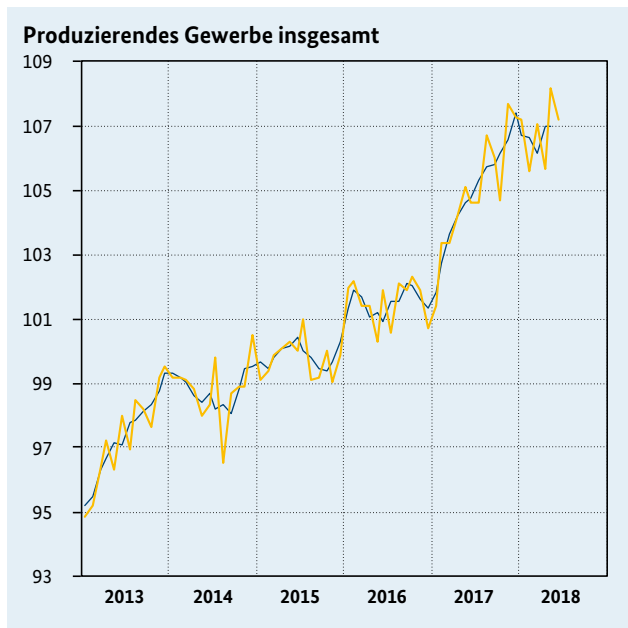
		2017			2018				2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
<b>Produktion<sup>1</sup></b>														
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	Index	99,8	101,6	104,9	105,8	106,6	106,6	107,0	107,2	105,6	107,1	105,7	108,2	107,2
	gg. Vp. in %	1,0	1,8	3,2	1,1	0,8	0,0	0,4	-0,1	-1,5	1,4	-1,3	2,4	-0,9
	gg. Vj. in %	1,0	1,8	3,2	4,1	4,8	3,8	2,3	6,1	2,1	3,6	1,4	3,0	2,5
<b>Industrie<sup>2</sup></b>	Index	99,7	101,1	104,7	105,7	106,7	106,8	107,1	107,4	105,7	107,3	105,6	108,3	107,4
	gg. Vp. in %	0,4	1,4	3,6	1,5	0,9	0,1	0,3	-0,2	-1,6	1,5	-1,6	2,6	-0,8
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	3,7	4,8	5,4	4,3	3,0	5,8	2,6	4,3	2,0	3,6	3,2
Vorleistungsgüter	Index	99,8	100,9	105,0	105,9	107,3	106,4	106,2	106,9	106,2	106,2	104,4	107,5	106,6
	gg. Vp. in %	-0,1	1,1	4,1	1,6	1,3	-0,8	-0,2	-1,4	-0,7	0,0	-1,7	3,0	-0,8
	gg. Vj. in %	-0,1	1,1	4,0	5,2	6,3	3,8	2,0	5,0	3,5	3,0	0,3	3,3	2,3
Investitionsgüter	Index	99,7	101,3	105,0	106,0	107,0	107,1	107,3	107,9	105,1	108,3	106,8	107,8	107,2
	gg. Vp. in %	0,9	1,6	3,7	1,6	0,9	0,1	0,2	-0,1	-2,6	3,0	-1,4	0,9	-0,6
	gg. Vj. in %	0,9	1,6	3,7	4,8	5,4	4,3	2,9	6,0	1,6	5,4	3,2	2,6	2,9
Konsumgüter	Index	99,8	101,3	103,7	104,8	104,7	106,9	108,7	107,4	106,0	107,2	105,1	111,4	109,6
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	2,4	1,6	-0,1	2,1	1,7	2,6	-1,3	1,1	-2,0	6,0	-1,6
	gg. Vj. in %	0,2	1,5	2,4	3,5	3,3	4,8	5,3	6,6	3,5	4,4	2,8	7,0	6,1
<b>Baugewerbe</b>	Index	99,7	105,3	108,7	109,2	109,3	109,4	111,1	111,2	107,7	109,2	110,4	113,2	109,6
	gg. Vp. in %	-2,3	5,6	3,2	-0,7	0,1	0,1	1,6	1,7	-3,1	1,4	1,1	2,5	-3,2
	gg. Vj. in %	-2,3	5,7	3,2	3,2	3,3	3,5	1,1	16,6	-1,3	-0,6	-0,1	3,3	0,1
Bauhauptgewerbe <sup>3</sup>	Index	99,7	103,1	109,4	110,9	109,0	110,1	117,2	114,6	107,3	108,3	115,8	119,9	116,0
	gg. Vp. in %	-0,7	3,4	6,1	-0,6	-1,7	1,0	6,4	7,1	-6,4	0,9	6,9	3,5	-3,3
	gg. Vj. in %	-0,7	3,5	6,0	5,9	4,9	4,7	4,7	36,0	-4,5	-4,7	2,3	7,5	4,4
Ausbaugewerbe	Index	99,7	106,9	108,2	108,0	109,5	108,8	106,4	108,7	108,0	109,8	106,4	108,1	104,8
	gg. Vp. in %	-3,9	7,2	1,2	-0,6	1,4	-0,6	-2,2	-2,1	-0,6	1,7	-3,1	1,6	-3,1
	gg. Vj. in %	-4,0	7,3	1,2	1,0	2,2	2,7	-2,0	4,7	0,9	2,8	-2,3	-0,3	-3,5
<b>Energie<sup>4</sup></b>	Index	100,1	98,6	98,8	98,0	99,3	98,6	97,3	96,0	99,4	100,5	95,8	96,7	99,5
	gg. Vp. in %	5,3	-1,5	0,2	-2,1	1,3	-0,7	-1,3	-3,1	3,5	1,1	-4,7	0,9	2,9
	gg. Vj. in %	5,1	-1,4	0,1	-1,8	0,3	0,6	-2,8	-4,6	1,9	5,0	-2,8	-4,5	-1,0
<b>Umsätze in der Industrie<sup>1</sup></b>														
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	99,7	100,4	104,7	105,8	106,8	106,3	106,2	107,5	105,4	106,0	106,0	106,8	105,7
	gg. Vp. in %	1,4	0,7	4,3	1,5	0,9	-0,5	-0,1	-0,2	-2,0	0,6	0,0	0,8	-1,0
	gg. Vj. in %	1,4	0,7	4,4	5,6	6,2	4,0	2,0	6,8	2,5	3,0	2,3	2,5	1,0
Inland	Index	99,7	99,7	102,6	103,3	103,9	104,1	103,6	104,9	103,7	103,6	103,1	103,9	103,7
	gg. Vp. in %	0,5	0,0	2,9	0,7	0,6	0,2	-0,5	0,4	-1,1	-0,1	-0,5	0,8	-0,2
	gg. Vj. in %	0,5	0,0	2,9	3,9	4,2	3,5	1,0	6,1	2,1	2,6	1,1	1,2	0,7
darunter: Investitionsgüter	Index	99,6	100,1	102,8	103,9	103,3	105,7	104,1	107,1	104,8	105,1	104,6	102,9	104,8
	gg. Vp. in %	2,4	0,5	2,7	1,0	-0,6	2,3	-1,5	2,4	-2,1	0,3	-0,5	-1,6	1,8
	gg. Vj. in %	2,4	0,5	2,7	4,7	3,1	4,4	1,2	7,3	2,1	4,0	2,7	0,1	0,6
Ausland	Index	99,7	101,1	106,8	108,3	109,7	108,5	108,7	110,0	107,0	108,4	108,8	109,7	107,6
	gg. Vp. in %	2,5	1,4	5,6	2,5	1,3	-1,1	0,2	-0,7	-2,7	1,3	0,4	0,8	-1,9
	gg. Vj. in %	2,5	1,4	5,7	7,1	8,1	4,5	3,0	7,6	2,9	3,3	3,6	3,9	1,4
darunter: Eurozone	Index	99,7	103,4	109,7	111,0	112,3	112,4	111,5	113,6	111,5	112,0	111,0	113,9	109,6
	gg. Vp. in %	4,3	3,7	6,1	2,0	1,2	0,1	-0,8	0,9	-1,8	0,4	-0,9	2,6	-3,8
	gg. Vj. in %	4,3	3,6	6,2	6,6	8,1	5,2	2,5	7,7	5,1	3,1	2,7	4,8	0,2
		2015	2016		2017				2018					
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<b>Kapazitäts- und Geräteauslastung<sup>5</sup></b>	in %	84,2	84,1	84,4	84,2	84,6	85,3	85,4	86,2	87,0	87,7	88,0	87,7	87,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren X13 JDemetra+); Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

## 2.2 Entwicklung der Produktion<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt  
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+; preisbereinigt, Index 2015 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

## 2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2017			2018				2018						
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>															
<b>Industrie insgesamt</b>	Index	99,8	101,3	107,5	108,1	111,8	109,3	107,5	109,7	109,5	108,8	107,1	109,9	105,5	
	gg. Vp. in %	0,9	1,5	6,1	2,2	3,4	-2,2	-1,6	-3,6	-0,2	-0,6	-1,6	2,6	-4,0	
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	6,2	7,5	8,1	4,7	1,5	8,6	3,0	2,9	0,8	4,7	-0,8	
Inland	Index	99,7	100,3	105,5	105,9	107,3	105,0	102,9	105,3	104,0	105,6	101,0	105,3	102,3	
	gg. Vp. in %	1,6	0,6	5,2	1,0	1,3	-2,1	-2,0	-2,3	-1,2	1,5	-4,4	4,3	-2,8	
	gg. Vj. in %	1,8	0,5	5,1	7,6	4,0	1,3	-2,1	6,7	-5,0	2,8	-6,1	3,3	-3,1	
Ausland	Index	99,9	102,0	109,1	109,8	115,2	112,6	111,0	113,1	113,6	111,2	111,8	113,3	108,0	
	gg. Vp. in %	0,5	2,1	7,0	3,1	4,9	-2,3	-1,4	-4,5	0,4	-2,1	0,5	1,3	-4,7	
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	7,1	7,4	11,3	7,3	4,1	10,0	9,5	3,0	6,2	5,5	0,9	
Eurozone	Index	100,0	104,6	111,8	111,2	117,7	117,6	111,8	116,3	119,4	117,2	108,8	114,8	111,7	
	gg. Vp. in %	4,1	4,6	6,9	0,6	5,8	-0,1	-4,9	-5,1	2,7	-1,8	-7,2	5,5	-2,7	
	gg. Vj. in %	3,9	4,8	7,1	4,8	10,1	8,9	1,2	8,9	13,3	4,9	-0,6	2,8	1,2	
Nicht-Eurozone	Index	99,8	100,3	107,4	108,9	113,6	109,5	110,6	111,1	110,0	107,5	113,6	112,4	105,8	
	gg. Vp. in %	-1,7	0,5	7,1	4,6	4,3	-3,6	1,0	-4,1	-1,0	-2,3	5,7	-1,1	-5,9	
	gg. Vj. in %	-1,6	0,6	7,0	9,1	12,0	6,2	6,0	10,9	7,0	1,7	10,7	7,3	0,5	
<b>Vorleistungsgüter</b>	Index	99,8	100,9	108,2	109,7	111,9	108,6	109,7	109,3	108,5	107,9	111,1	110,3	107,8	
	gg. Vp. in %	-0,6	1,1	7,2	3,5	2,0	-2,9	1,0	-3,2	-0,7	-0,6	3,0	-0,7	-2,3	
	gg. Vj. in %	-0,5	1,1	7,1	9,4	9,6	3,1	3,4	7,4	0,0	2,2	5,4	4,7	0,2	
Inland	Index	99,8	99,5	105,3	107,3	108,0	106,1	104,3	106,5	105,5	106,4	102,3	105,8	104,9	
	gg. Vp. in %	-0,8	-0,3	5,8	5,0	0,7	-1,8	-1,7	-2,5	-0,9	0,9	-3,9	3,4	-0,9	
	gg. Vj. in %	-0,7	-0,3	5,7	9,1	7,5	2,4	1,9	7,6	-3,5	3,7	0,7	3,5	1,7	
Ausland	Index	99,8	102,4	111,4	112,3	116,1	111,2	115,6	112,3	111,7	109,6	120,6	115,2	110,9	
	gg. Vp. in %	-0,3	2,6	8,8	2,0	3,4	-4,2	4,0	-4,0	-0,5	-1,9	10,0	-4,5	-3,7	
	gg. Vj. in %	-0,2	2,6	8,7	9,7	11,6	3,8	4,8	7,4	3,8	0,6	10,2	5,7	-1,2	
<b>Investitionsgüter</b>	Index	99,8	101,6	107,4	107,5	112,4	110,1	106,2	110,2	110,7	109,5	104,9	109,5	104,3	
	gg. Vp. in %	1,7	1,8	5,7	1,5	4,6	-2,0	-3,5	-4,5	0,5	-1,1	-4,2	4,4	-4,7	
	gg. Vj. in %	1,7	1,9	5,8	6,7	7,8	5,8	0,2	9,4	5,5	3,3	-2,0	4,6	-1,7	
Inland	Index	99,7	101,5	106,4	105,5	107,5	104,6	101,3	105,1	103,4	105,4	99,7	104,1	100,2	
	gg. Vp. in %	4,1	1,8	4,8	-2,3	1,9	-2,7	-3,2	-2,5	-1,6	1,9	-5,4	4,4	-3,7	
	gg. Vj. in %	4,2	1,6	4,9	6,5	1,2	0,3	-6,3	6,5	-7,1	2,0	-12,4	2,2	-7,5	
Ausland	Index	99,9	101,7	108,0	108,7	115,3	113,5	109,2	113,3	115,1	112,0	108,0	112,8	106,8	
	gg. Vp. in %	0,6	1,8	6,2	3,9	6,1	-1,6	-3,8	-5,6	1,6	-2,7	-3,6	4,4	-5,3	
	gg. Vj. in %	0,5	2,0	6,3	6,5	11,6	9,4	4,3	11,2	14,0	4,2	5,3	5,9	1,8	
<b>Konsumgüter</b>	Index	99,9	100,4	105,0	105,6	106,7	106,5	106,8	108,2	104,2	107,0	105,1	110,1	105,1	
	gg. Vp. in %	2,3	0,5	4,6	0,8	1,0	-0,2	0,3	2,9	-3,7	2,7	-1,8	4,8	-4,5	
	gg. Vj. in %	2,1	0,5	4,7	6,0	6,0	3,5	1,9	8,8	-1,1	3,1	-0,4	5,2	0,9	
Inland	Index	99,8	97,6	100,4	101,4	102,2	100,5	104,5	100,3	99,3	101,8	101,9	109,9	101,8	
	gg. Vp. in %	2,0	-2,2	2,9	1,7	0,8	-1,7	4,0	1,1	-1,0	2,5	0,1	7,9	-7,4	
	gg. Vj. in %	2,0	-2,2	2,9	5,8	5,2	2,2	4,7	3,5	0,0	3,1	4,3	9,5	0,5	
Ausland	Index	99,9	102,5	108,5	108,9	110,2	111,1	108,5	114,3	108,0	111,0	107,5	110,3	107,6	
	gg. Vp. in %	2,4	2,6	5,9	0,3	1,2	0,8	-2,3	4,0	-5,5	2,8	-3,2	2,6	-2,4	
	gg. Vj. in %	2,3	2,7	5,9	6,0	6,6	4,5	-0,1	12,7	-1,8	3,3	-3,5	2,2	1,2	
<b>Industrie ohne Großaufträge<sup>2</sup></b>	Index	99,8	101,2	107,4	109,0	111,2	109,2	108,1	110,0	108,7	108,8	107,7	110,1	106,6	
	gg. Vp. in %	1,3	1,4	6,1	3,4	2,0	-1,8	-1,0	-2,3	-1,2	0,1	-1,0	2,2	-3,2	
	gg. Vj. in %	1,3	1,4	6,1	8,3	7,8	4,7	2,6	7,2	3,8	3,5	2,7	5,0	0,0	

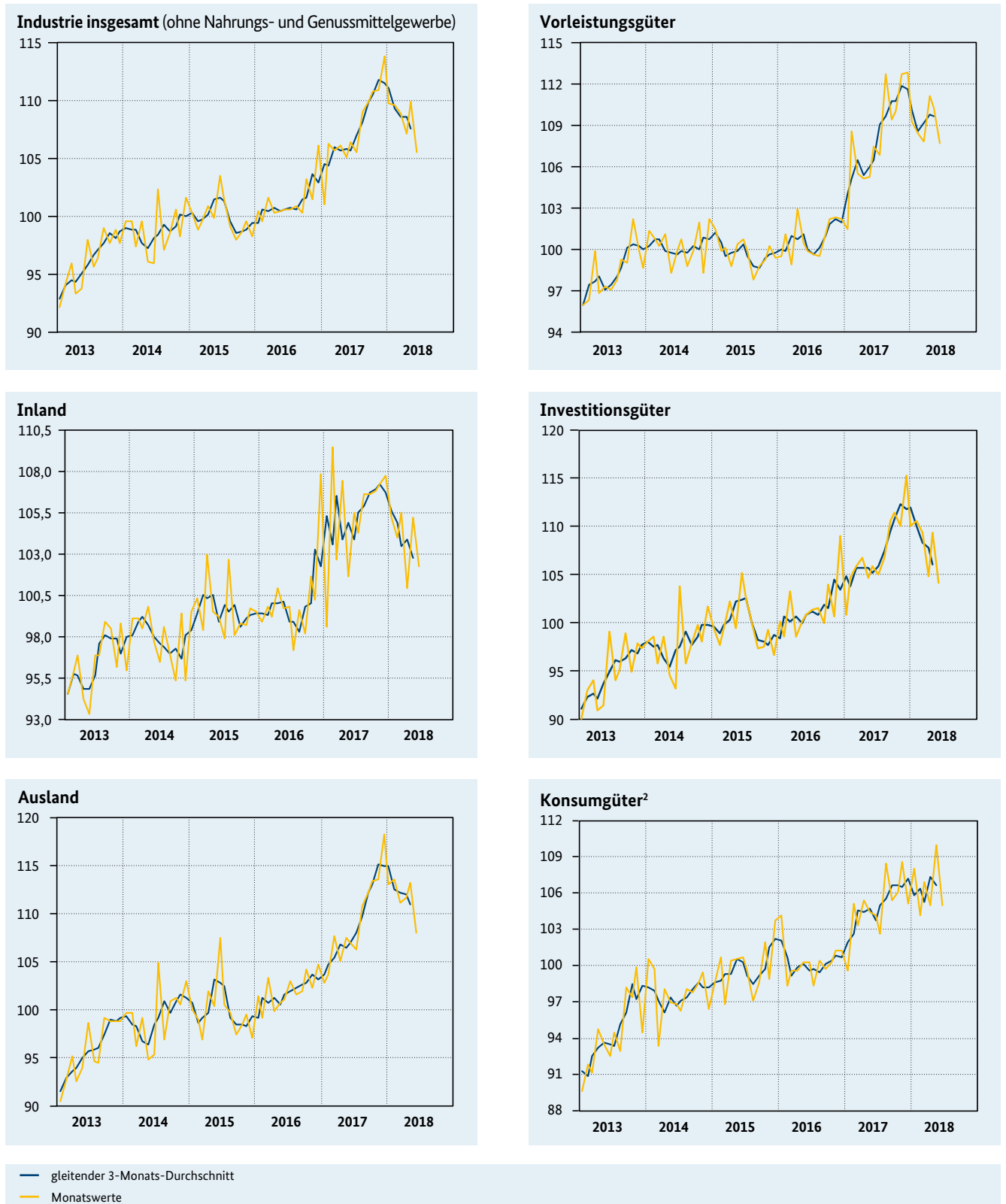
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

## 2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

<sup>1</sup> Preisbereinigt, Index 2015 = 100; saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+;

<sup>2</sup> Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

## 2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

					2017		2018		2018						
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	
<b>Auftragseingang<sup>1</sup></b>															
<b>Bauhauptgewerbe</b>		Index	113,6	128,3	132,8	127,7	140,7	138,4	-	137,0	150,5	127,7	131,0	137,0	-
		gg. Vp. in %	4,0	12,9	3,5	-1,7	10,2	-1,6	-	-12,8	9,9	-15,1	2,6	4,6	-
		gg. Vj. in %	3,8	13,1	3,5	2,2	6,7	3,6	-	4,4	13,0	-3,7	-2,5	8,6	-
Hochbau		Index	121,8	137,7	143,1	135,6	153,6	144,4	-	145,9	151,8	135,5	141,8	144,4	-
		gg. Vp. in %	3,8	13,1	3,9	-3,0	13,3	-6,0	-	-17,7	4,0	-10,7	4,6	1,8	-
		gg. Vj. in %	3,8	13,3	3,9	-0,9	10,0	0,1	-	4,1	4,6	-6,0	-1,7	7,5	-
Wohnungsbau		Index	150,1	172,4	176,7	165,2	193,3	175,6	-	186,3	180,3	160,2	183,3	169,5	-
		gg. Vp. in %	11,3	14,9	2,5	-2,9	17,0	-9,2	-	-17,1	-3,2	-11,1	14,4	-7,5	-
		gg. Vj. in %	11,4	14,9	2,3	-5,4	10,8	-2,0	-	6,0	1,8	-9,9	9,9	2,3	-
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	107,8	120,4	126,5	120,9	133,9	129,0	-	125,9	137,7	123,3	121,2	132,0	-
		gg. Vp. in %	-0,7	11,7	5,1	-3,0	10,8	-3,7	-	-18,2	9,4	-10,5	-1,7	8,9	-
		gg. Vj. in %	-0,8	12,1	4,9	2,4	9,4	1,6	-	2,9	6,5	-3,2	-9,4	11,2	-
Tiefbau		Index	105,4	119,0	122,4	119,9	128,0	132,4	-	128,1	149,2	119,8	120,2	129,5	-
		gg. Vp. in %	4,4	12,9	2,9	-0,2	6,8	3,4	-	-6,5	16,5	-19,7	0,3	7,7	-
		gg. Vj. in %	3,6	12,8	3,1	5,9	2,8	7,8	-	4,8	23,3	-1,2	-3,2	9,9	-
Straßenbau		Index	100,7	120,1	121,9	115,5	123,5	136,3	-	132,6	139,1	137,1	116,5	131,7	-
		gg. Vp. in %	1,9	19,3	1,5	-4,9	6,9	10,4	-	-7,7	4,9	-1,4	-15,0	13,0	-
		gg. Vj. in %	1,4	17,5	2,5	0,1	-4,2	9,0	-	2,8	12,9	9,6	-7,7	12,3	-
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	108,2	118,4	122,7	122,6	130,6	130,0	-	125,3	155,3	109,4	122,5	128,2	-
		gg. Vp. in %	5,7	9,4	3,6	2,7	6,5	-0,5	-	-5,7	23,9	-29,6	12,0	4,7	-
		gg. Vj. in %	5,0	10,1	3,5	9,8	6,4	7,1	-	5,7	29,5	-8,1	0,2	8,2	-
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,6	123,7	128,8	124,8	137,2	139,2	-	129,5	163,8	124,2	129,0	142,0	-
		gg. Vp. in %	-0,2	9,9	4,1	0,7	9,9	1,5	-	-16,7	26,5	-24,2	3,9	10,1	-
		gg. Vj. in %	-0,3	10,4	3,7	4,5	7,7	6,6	-	0,3	25,2	-2,7	-3,4	20,5	-
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	100,0	115,3	119,2	115,6	123,3	122,6	-	124,8	124,9	118,1	112,1	118,7	-
		gg. Vp. in %	5,0	15,3	3,4	-3,6	6,7	-0,6	-	-5,3	0,1	-5,4	-5,1	5,9	-
		gg. Vj. in %	4,1	15,0	4,0	4,4	2,9	3,6	-	9,6	5,8	-1,2	-7,7	1,0	-
<b>Baugenehmigungen (Neubau)<sup>2</sup></b>															
<b>Hochbau (veranschlagte Kosten)</b>		Mio. €	83667	98125	99302	26441	25811	23131	28422	7415	7136	8580	9987	9327	9108
		gg. Vj. in %	6,7	17,3	1,2	6,0	0,7	7,8	11,1	13,9	0,8	9,0	28,1	10,3	-2,5
Wohngebäude		Mio. €	51206	58976	58661	15132	14919	13748	16137	4317	4368	5063	5235	5631	5271
		gg. Vj. in %	10,2	15,2	-0,5	1,9	-1,2	4,3	4,6	7,4	3,8	2,3	10,3	5,2	-1,1
Nichtwohngebäude		Mio. €	32461	39149	40641	11309	10893	9383	12285	3098	2768	3517	4752	3696	3837
		gg. Vj. in %	1,7	20,6	3,8	12,2	3,4	13,2	21,0	24,3	-3,6	20,3	56,0	19,3	-4,3
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	24355	29235	29987	8351	7954	6991	9177	2287	2095	2608	3318	2939	2921
		gg. Vj. in %	0,9	20,0	2,6	13,3	-0,4	12,9	22,6	18,9	0,9	18,9	49,3	24,6	0,4
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	8106	9915	10654	2959	2939	2393	3108	811	673	909	1434	757	916
		gg. Vj. in %	4,3	22,3	7,5	9,1	15,5	14,4	16,6	42,8	-15,3	24,6	73,8	2,2	-16,6
Wohngebäude (Rauminhalt) <sup>3</sup>		Mio. m <sup>3</sup>	150	168	162	41,3	40,8	37,3	42,9	11,7	11,8	13,8	13,8	15,1	14,0
		gg. Vj. in %	6,7	12,2	-4,0	-1,2	-4,3	1,0	0,7	3,1	1,6	-1,2	5,3	3,6	-6,2
		gg. Vp. in %	6,0	12,4	-3,7	-2,2	5,1	-2,8	0,2	-7,5	1,4	1,4	-2,4	8,6	-12,5
					2017		2018		2018						
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	
<b>ifo Konjunkturtest<sup>4</sup></b>															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	73,9	76,3	78,1	83,9	82,5	68,3	80,1	67,4	65,0	75,0	81,9	83,5	85,5
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	13,8	14,8	18,5	5,0	9,7	47,3	20,7	47,0	66,0	47,0	12,0	3,0	1,0

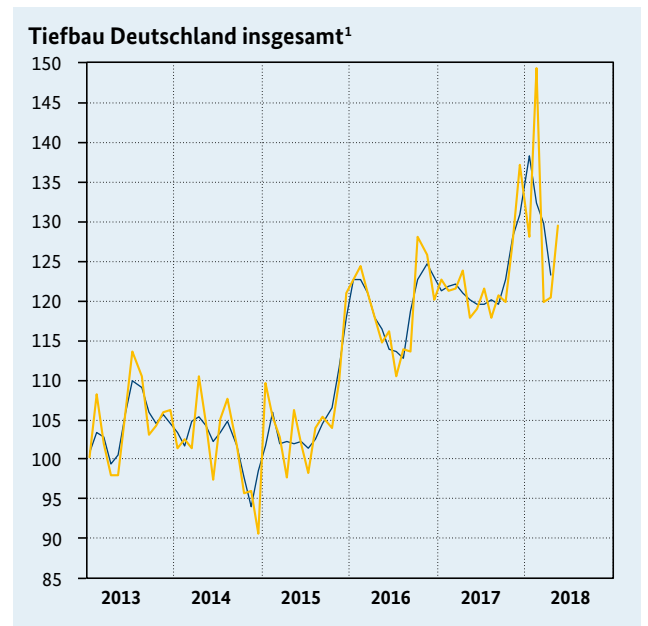
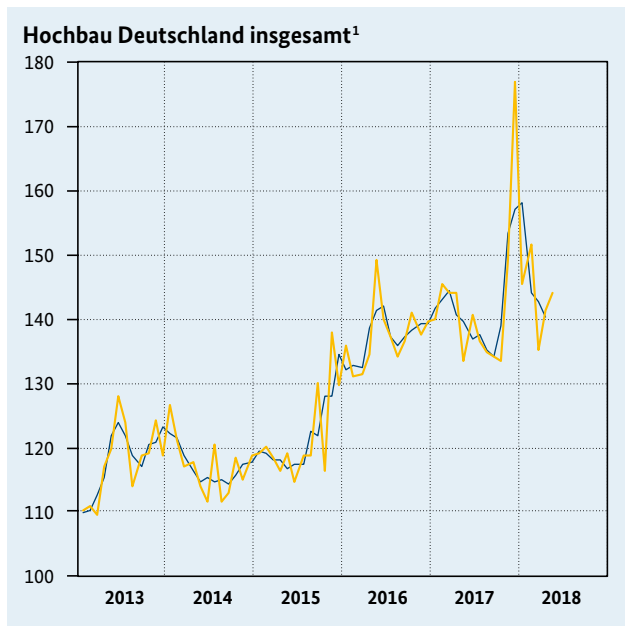
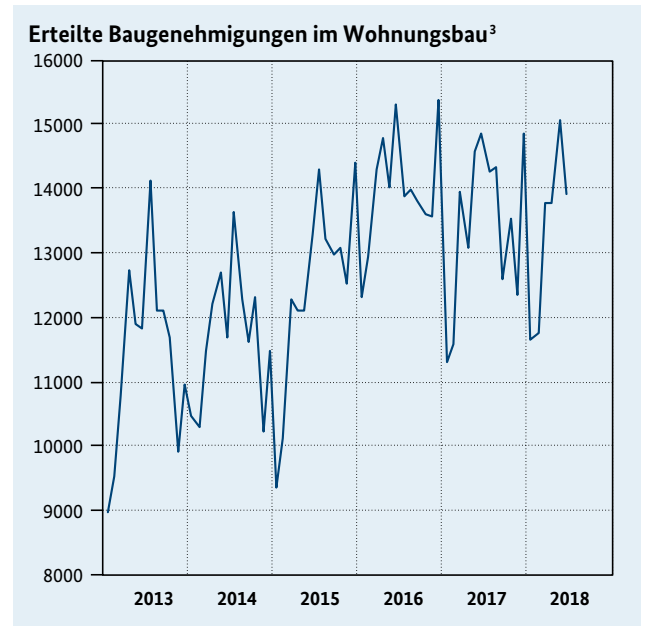
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.



## 2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt  
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

## 2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2017		2018		2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
<b>ifo Konjunkturtest<sup>1</sup></b>														
<b>Gesamtwirtschaft</b>														
Geschäftsklima	Salden	18,7	19,0	25,7	27,7	29,7	27,8	23,3	26,2	23,6	23,7	22,6	22,4	-
Geschäftslage	Salden	27,9	29,0	39,4	42,2	44,1	45,9	41,2	43,7	41,5	42,1	39,9	40,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	9,7	9,4	12,8	14,1	16,1	11,0	6,8	9,9	7,0	6,8	6,6	5,9	-
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	13,8	11,2	27,6	30,7	33,0	30,6	24,2	27,5	24,4	24,2	23,9	22,4	-
Geschäftslage	Salden	23,2	21,4	41,8	46,5	46,8	50,5	47,0	48,8	46,8	47,4	46,7	43,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,8	1,6	14,2	16,0	20,0	12,2	3,5	8,0	4,1	3,2	3,2	3,0	-
<b>Vorleistungsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	11,5	9,7	26,5	30,5	32,4	31,0	24,0	28,9	23,1	23,6	25,3	22,8	-
Geschäftslage	Salden	19,2	19,2	40,1	44,8	45,0	51,4	47,1	51,1	46,2	45,3	49,8	46,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	0,7	13,7	17,0	20,6	12,4	3,1	8,7	2,2	3,8	3,2	1,5	-
<b>Investitionsgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	14,0	11,2	31,4	35,7	39,8	34,0	25,6	31,5	27,8	26,2	22,8	22,2	-
Geschäftslage	Salden	23,6	23,0	47,2	53,6	56,5	60,0	54,0	57,8	55,2	55,5	51,4	46,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,8	0,1	16,7	19,1	24,2	10,7	0,3	7,9	3,2	0,3	-2,6	0,3	-
<b>Konsumgüter</b>														
Geschäftsklima	Salden	10,4	10,3	15,6	18,6	14,1	16,2	13,9	13,4	14,1	14,6	13,0	12,5	-
Geschäftslage	Salden	20,1	18,5	26,1	29,7	23,9	25,0	23,1	26,2	23,0	23,8	22,5	23,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,2	2,3	5,7	8,0	4,7	7,8	5,1	1,3	5,6	5,9	3,9	2,5	-
<b>Bauhauptgewerbe</b>														
Geschäftsklima	Salden	-2,9	5,5	14,5	16,6	18,1	17,1	19,8	18,4	19,6	20,4	19,4	27,4	-
Geschäftslage	Salden	-3,8	9,9	23,2	26,4	26,0	31,8	34,8	33,4	33,3	36,6	34,5	49,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,0	1,1	6,1	7,2	10,5	3,3	5,8	4,4	6,7	5,3	5,3	7,6	-
<b>Handel</b>														
Geschäftsklima	Salden	8,0	10,0	16,0	16,6	18,1	17,1	12,1	14,1	10,4	14,5	11,4	10,4	-
Geschäftslage	Salden	13,3	16,0	25,3	26,7	26,8	28,6	23,9	25,1	19,2	28,0	24,5	25,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	2,8	4,3	7,1	6,9	9,7	6,2	0,9	3,6	1,9	1,8	-1,0	-3,5	-
<b>Dienstleistungen</b>														
Geschäftsklima	Salden	27,1	27,8	28,9	31,1	32,3	30,6	26,5	29,8	26,2	27,2	26,0	26,7	-
Geschäftslage	Salden	38,5	39,3	43,9	46,3	47,9	49,5	44,3	47,3	45,4	44,6	43,0	43,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	16,3	16,9	14,8	16,8	17,8	13,1	9,9	13,4	8,6	11,0	10,2	10,8	-
<b>ZEW-Konjunkturerwartungen<sup>2</sup></b>														
konjunkturelle Lage	Salden	57,0	55,2	84,1	87,0	88,4	92,7	85,3	90,7	87,9	87,4	80,6	72,4	72,6
Konjunkturerwartungen	Salden	31,5	6,7	16,4	14,8	17,9	14,4	-10,8	5,1	-8,2	-8,2	-16,1	-24,7	-13,7

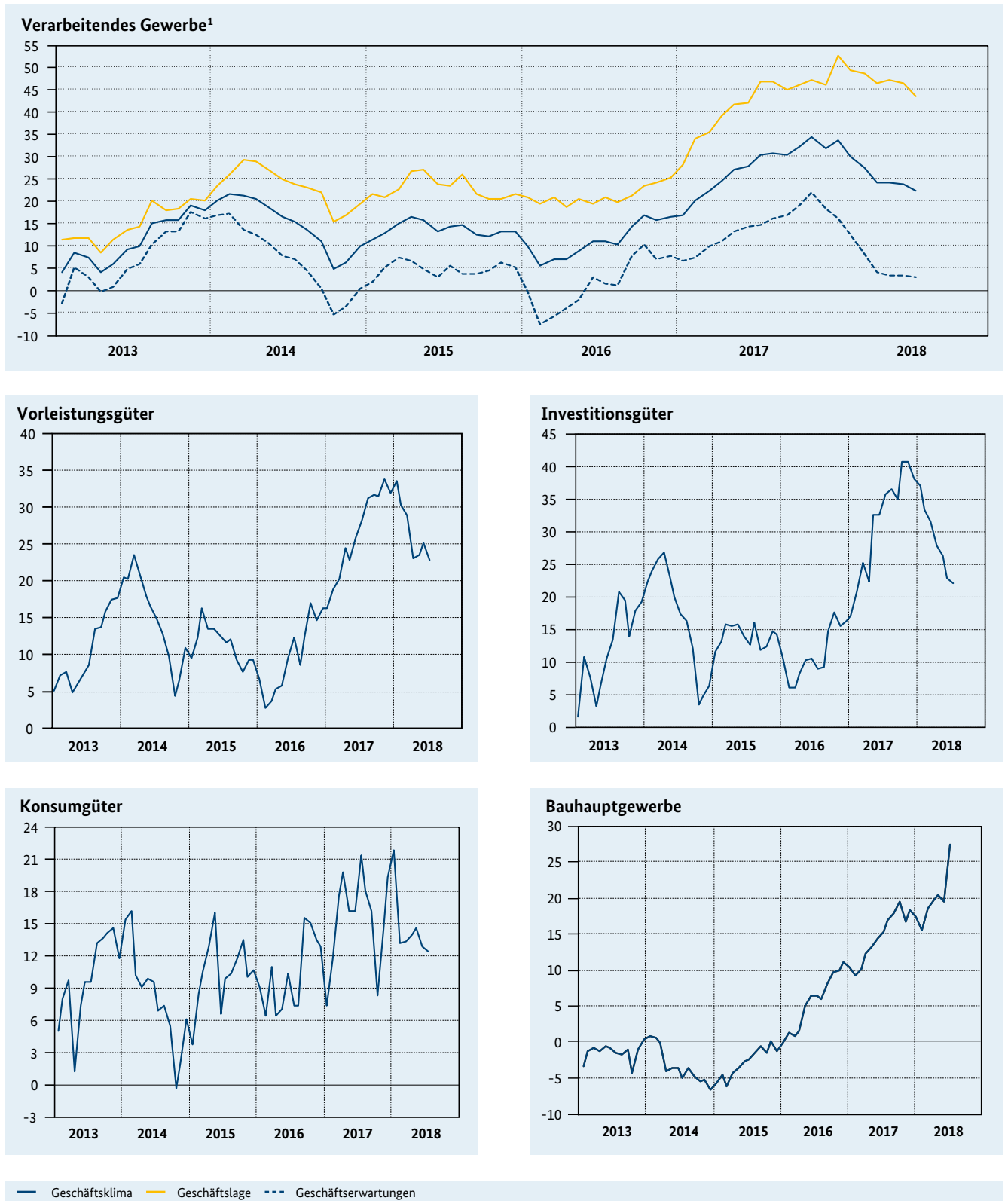
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

## 2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas<sup>1</sup>

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

### 3. Privater Konsum

#### 3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2015	2016			2017				2018	
		2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung</b>														
Private Konsumausgaben <sup>1</sup>	Index	106,1	108,3	110,2	107,1	107,6	107,7	108,2	109,0	109,6	110,4	110,5	110,6	111,1
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	1,7	2,1	1,8	0,6	0,5	0,1	0,5	0,7	0,5	0,8	0,0	0,1	0,4
	gg. Vj. in %	1,7	2,1	1,8	2,1	2,0	2,9	1,7	1,7	2,1	1,9	2,0	1,1	1,4
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1754	1805	1873	444	445	449	451	458	463	467	470	474	477
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,6	2,9	3,8	0,7	0,2	0,9	0,6	1,5	1,1	0,9	0,6	0,8	0,8
	gg. Vj. in %	2,6	2,9	3,8	2,9	2,7	3,6	2,3	3,1	4,5	3,6	4,0	3,1	3,3
<b>Einzelhandelsumsätze<sup>2</sup></b>														
		2015	2016	2017	2017		2018		2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
<b>Einzelhandel</b>	Index	100,1	102,0	105,1	105,5	106,1	105,4	106,4	105,6	107,1	105,6	106,5	-	-
<b>(ohne Handel mit Kfz)</b>	gg. Vp. in %	3,8	1,9	3,0	0,7	0,6	-0,7	0,9	0,4	1,4	-1,4	0,9	-	-
	gg. Vj. in %	3,8	2,0	2,9	3,5	2,5	1,1	1,6	0,1	3,2	0,9	0,8	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,1	101,0	102,5	102,8	102,9	103,0	104,4	103,5	103,6	104,0	105,5	-	-
	gg. Vp. in %	2,4	0,9	1,5	0,3	0,1	0,1	1,4	0,4	0,1	0,4	1,4	-	-
	gg. Vj. in %	2,2	0,9	1,5	1,2	1,3	1,4	1,7	1,0	0,6	1,8	2,9	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,3	100,3	105,9	106,9	107,5	104,9	104,6	103,9	109,6	103,1	101,0	-	-
	gg. Vp. in %	-0,7	0,0	5,6	3,0	0,6	-2,4	-0,3	-0,8	5,5	-5,9	-2,0	-	-
	gg. Vj. in %	-0,4	0,1	5,5	9,7	3,0	-0,8	0,7	-4,9	8,4	0,0	-6,4	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	100,1	100,0	108,3	109,5	108,6	107,7	110,7	110,0	107,7	109,8	114,7	-	-
	gg. Vp. in %	4,1	-0,1	8,3	1,6	-0,8	-0,8	2,8	2,8	-2,1	1,9	4,5	-	-
	gg. Vj. in %	3,9	0,0	8,0	11,5	4,5	0,6	2,8	2,6	-0,7	2,7	6,6	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	100,2	100,7	102,2	102,2	102,3	100,5	102,0	98,7	104,7	100,8	100,6	-	-
	gg. Vp. in %	1,9	0,5	1,5	-0,3	0,1	-1,8	1,5	-1,7	6,1	-3,7	-0,2	-	-
	gg. Vj. in %	1,9	0,5	1,6	1,6	2,0	-1,7	-0,2	-5,5	3,1	-1,6	-2,3	-	-
<b>Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur</b>	Index	99,7	105,2	110,0	110,4	111,8	111,4	-	110,5	110,2	113,6	-	-	-
	gg. Vp. in %	6,5	5,5	4,6	0,8	1,3	-0,4	-	-1,0	-0,3	3,1	-	-	-
	gg. Vj. in %	6,7	5,5	4,6	4,5	4,7	2,9	-	1,1	2,2	3,5	-	-	-
<b>Umsätze im Gastgewerbe<sup>2</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	100,0	100,6	102,4	102,1	101,7	102,3	103,7	101,5	104,6	101,6	104,9	-	-
	gg. Vp. in %	0,6	0,6	1,8	-0,9	-0,4	0,6	1,4	-0,3	3,1	-2,9	3,2	-	-
	gg. Vj. in %	0,7	0,8	1,5	0,5	1,1	-0,1	0,8	-2,1	2,1	-2,0	2,1	-	-
<b>Pkw-Neuzulassungen<sup>3</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	in Tsd.	3206	3352	3441	825	829	879	960	347	314	305	341	318	-
	gg. Vj. in %	5,6	4,5	2,7	0,3	4,2	4,0	1,9	-3,4	8,0	-5,8	4,2	12,3	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1098	1173	1225	303	305	327	369	136	121	118	129	118	-
	gg. Vj. in %	-0,1	6,8	4,4	2,4	10,7	16,0	9,8	7,6	19,3	1,4	9,8	16,1	-
<b>Verbraucherpreise<sup>4</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	106,9	107,4	109,3	109,5	110,0	110,3	111,1	110,7	110,7	111,2	111,3	111,6	-
	gg. Vj. in %	0,2	0,5	1,7	1,7	1,7	1,5	2,0	1,6	1,6	2,2	2,1	2,0	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,8	0,8	3,1	3,1	3,5	2,4	3,4	2,9	3,4	3,5	3,4	2,6	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,2	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-5,5	-4,5	1,7	1,4	1,7	1,1	3,1	1,2	1,6	3,6	4,1	3,9	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-2,6	-1,3	3,0	2,4	1,7	0,8	2,9	0,8	1,1	3,3	4,2	4,4	-
<b>Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum</b>														
<b>ifo Geschäftsklima Einzelhandel<sup>5</sup></b>	Salden	5,0	4,7	5,7	5,0	8,1	6,1	4,5	2,0	3,4	7,5	2,5	1,7	-
Geschäftslage	Salden	11,7	11,9	15,0	15,6	16,8	15,2	15,0	8,5	11,2	20,2	13,6	14,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	-1,5	-2,3	-3,2	-5,2	-0,3	-2,6	-5,5	-4,4	-4,2	-4,3	-8,1	-10,0	-
<b>GfK – Konsumklima<sup>6</sup></b>	Punkte	9,7	9,8	10,4	10,8	10,7	10,9	10,8	10,8	10,9	10,8	10,7	10,7	10,6
Anschaffungsneigung	Punkte	54,7	52,8	55,6	56,8	57,6	58,1	58,1	58,3	58,5	58,0	57,7	57,5	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

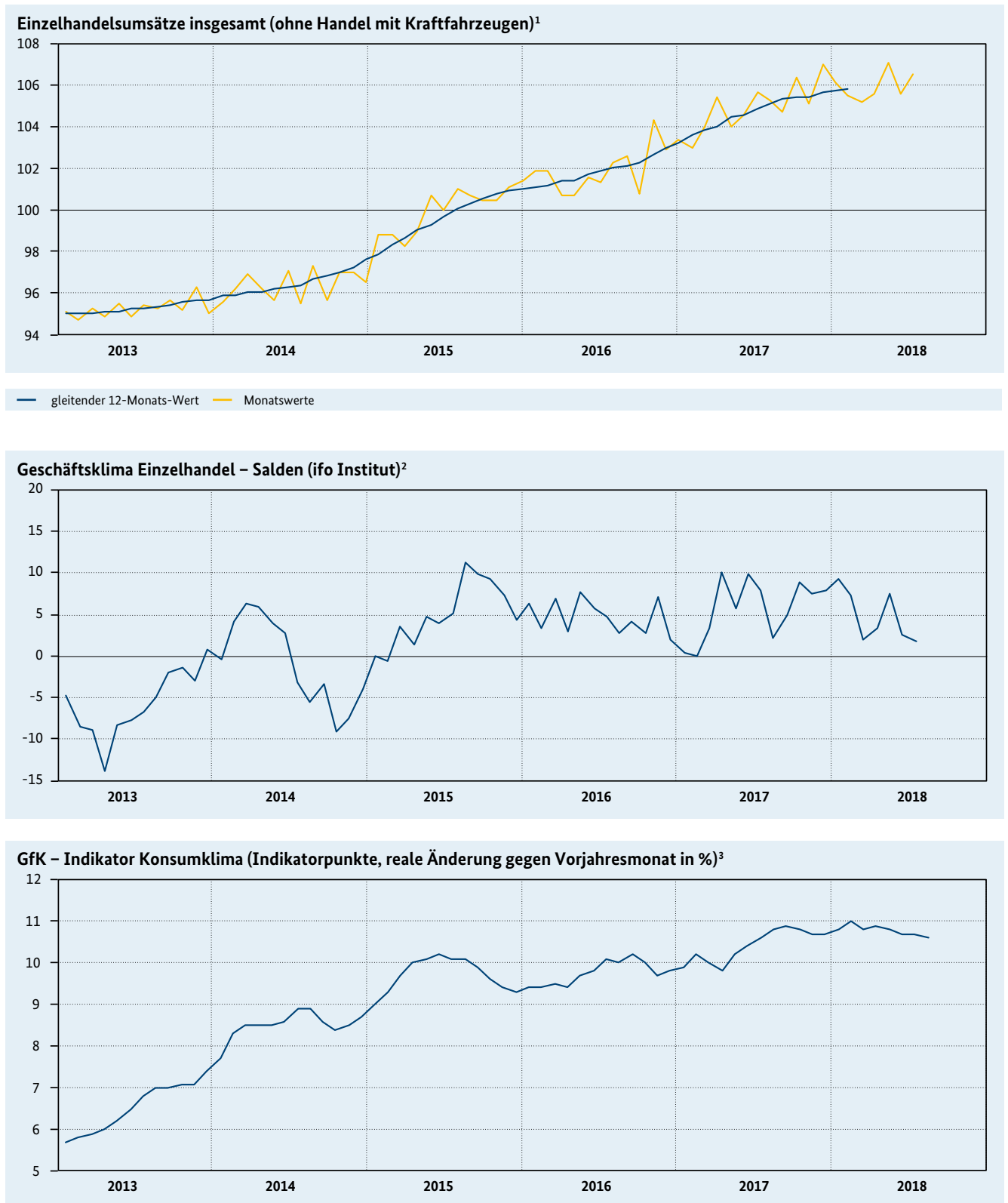
2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

3 Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 5 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo

Instituts; 6 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

## 3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

## 4. Außenwirtschaft

### 4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

Bundesrepublik Deutschland

		2017			2018				2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
<b>Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)<sup>1</sup></b>														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	273	266	258	68	67	73	66	25,7	23,9	23,0	22,3	21,3	22,8
	gg. Vp. in %	23,3	-2,3	-3,2	19,4	-1,0	7,7	-8,7	12,1	-7,0	-3,8	-3,1	-4,7	7,1
Warenhandel	in Mrd. €	259	265	267	68	68	67	65	22,7	21,9	22,0	21,6	21,9	21,4
	gg. Vp. in %	12,7	2,2	0,7	4,2	-0,3	-2,1	-2,6	-0,2	-3,6	0,7	-2,1	1,7	-2,6
Ausfuhr	in Mrd. €	1176	1187	1273	319	326	326	330	110,2	107,8	108,1	109,0	110,0	110,9
	gg. Vp. in %	5,1	0,9	7,3	1,1	2,2	-0,1	1,1	0,6	-2,2	0,3	0,8	1,0	0,8
Einfuhr	in Mrd. €	917	921	1007	251	258	260	265	87,6	86,0	86,1	87,4	88,1	89,5
	gg. Vp. in %	3,1	0,5	9,2	0,3	2,9	0,5	2,1	0,8	-1,8	0,2	1,5	0,8	1,6
Dienstleistungen	in Mrd. €	-17	-19	-22	-5	-5	-2	-5	-0,9	0,1	-1,6	-2,1	-0,9	-1,9
	gg. Vp. in %	-30,4	10,3	13,1	-17,4	7,5	-54,7	96,8	-49,7	-106,4	-2750,0	30,2	-56,0	106,6
Einnahmen	in Mrd. €	248	257	273	69	69	69	69	22,6	23,9	22,5	22,8	24,0	22,7
	gg. Vp. in %	10,0	3,7	6,1	0,6	0,6	-0,2	0,7	0,9	5,7	-6,1	1,6	5,1	-5,5
Ausgaben	in Mrd. €	266	277	295	74	75	72	74	23,6	23,9	24,1	24,9	24,9	24,6
	gg. Vp. in %	6,0	4,1	6,6	-0,9	1,0	-4,2	4,0	-3,0	1,2	0,8	3,5	0,0	-1,4
Primäreinkommen	in Mrd. €	69	61	68	17	17	19	16	7,9	4,6	6,7	6,1	3,0	7,2
	gg. Vp. in %	23,3	-12,6	11,8	14,1	2,0	11,6	-15,0	36,8	-42,2	45,6	-8,4	-50,9	139,3
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-39	-40	-55	-12	-12	-11	-10	-4,0	-2,6	-4,1	-3,3	-2,8	-3,9
	gg. Vp. in %	-4,4	3,8	37,6	-30,4	3,6	-13,3	-6,4	6,5	-34,2	57,7	-19,3	-16,6	41,3

#### Außenhandel nach Ländern<sup>2</sup>

Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1194	1204	1279	316	325	328	335	107,1	104,7	116,1	110,3	109,1	115,5
	gg. Vj. in %	6,2	0,9	6,2	6,4	6,2	2,8	5,1	8,6	2,4	-1,8	9,4	-1,3	7,8
EU-Länder	in Mrd. €	693	706	750	183	190	197	200	64,9	63,3	68,8	66,2	65,7	67,7
	gg. Vj. in %	6,8	1,9	6,2	6,0	8,1	5,1	5,7	10,8	3,5	1,5	9,0	2,4	5,9
Eurozone <sup>1</sup>	in Mrd. €	434	441	471	115	120	126	126	41,0	40,2	44,4	41,9	40,8	43,0
	gg. Vj. in %	5,6	1,5	6,9	7,0	8,5	6,9	5,7	11,1	5,4	4,7	9,6	0,1	7,6
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	259	265	279	69	70	71	74	23,9	23,1	24,5	24,3	24,9	24,7
	gg. Vj. in %	8,9	2,4	5,1	4,3	7,4	1,9	5,7	10,2	0,4	-3,8	7,8	6,5	3,0
Drittländer	in Mrd. €	501	498	529	133	135	131	135	42,2	41,4	47,3	44,1	43,4	47,9
	gg. Vj. in %	5,4	-0,5	6,2	7,0	3,7	-0,5	4,3	5,3	0,8	-6,2	9,9	-6,4	10,5
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	949	955	1034	254	264	268	273	89,9	86,5	91,5	90,2	89,5	93,7
	gg. Vj. in %	4,3	0,6	8,3	7,8	7,2	3,2	6,5	7,0	4,9	-1,6	8,6	0,9	10,2
EU-Länder	in Mrd. €	622	632	682	167	176	178	182	58,1	57,7	61,8	60,2	59,6	62,2
	gg. Vj. in %	4,5	1,7	7,9	7,8	8,6	4,7	7,6	8,1	5,5	0,9	9,5	2,9	10,7
Eurozone	in Mrd. €	426	429	459	112	118	120	122	39,3	39,1	41,9	40,6	39,3	42,2
	gg. Vj. in %	3,7	0,6	7,1	6,8	8,1	4,8	6,9	8,3	5,4	1,1	9,4	0,1	11,5
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	196	204	223	55	58	57	60	18,9	18,6	19,9	19,6	20,3	20,0
	gg. Vj. in %	6,2	4,1	9,5	9,9	9,5	4,5	9,1	7,8	5,6	0,6	9,6	8,9	9,0
Drittländer	in Mrd. €	328	323	352	87	88	90	91	31,8	28,7	29,8	30,0	29,9	31,5
	gg. Vj. in %	3,9	-1,5	9,2	7,6	4,6	0,5	4,2	4,9	3,8	-6,5	6,9	-3,0	9,3

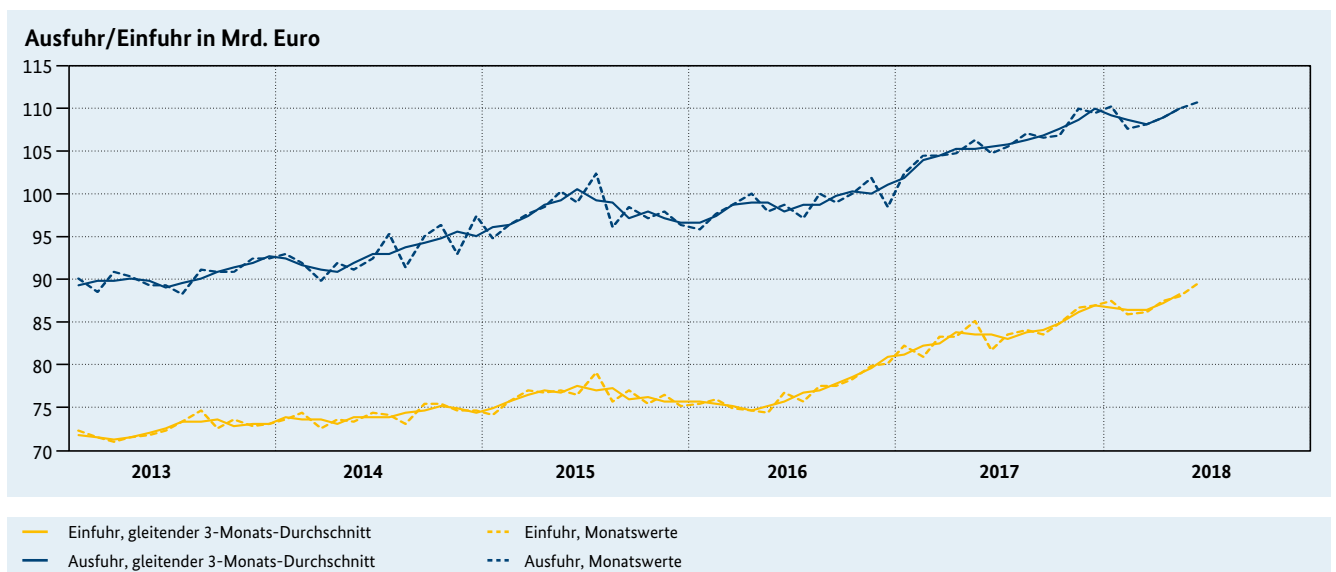
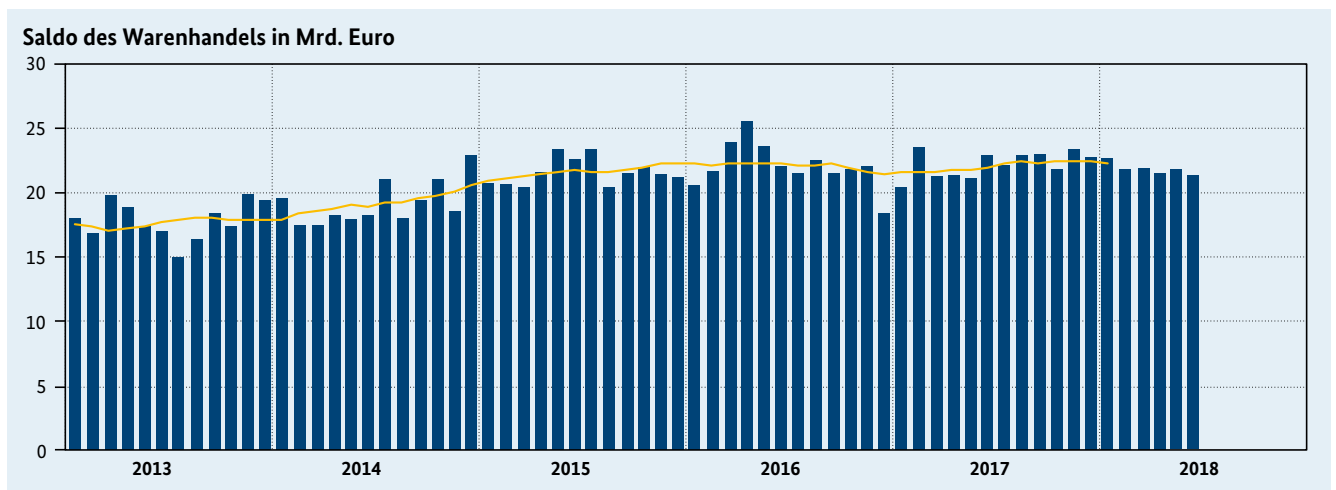
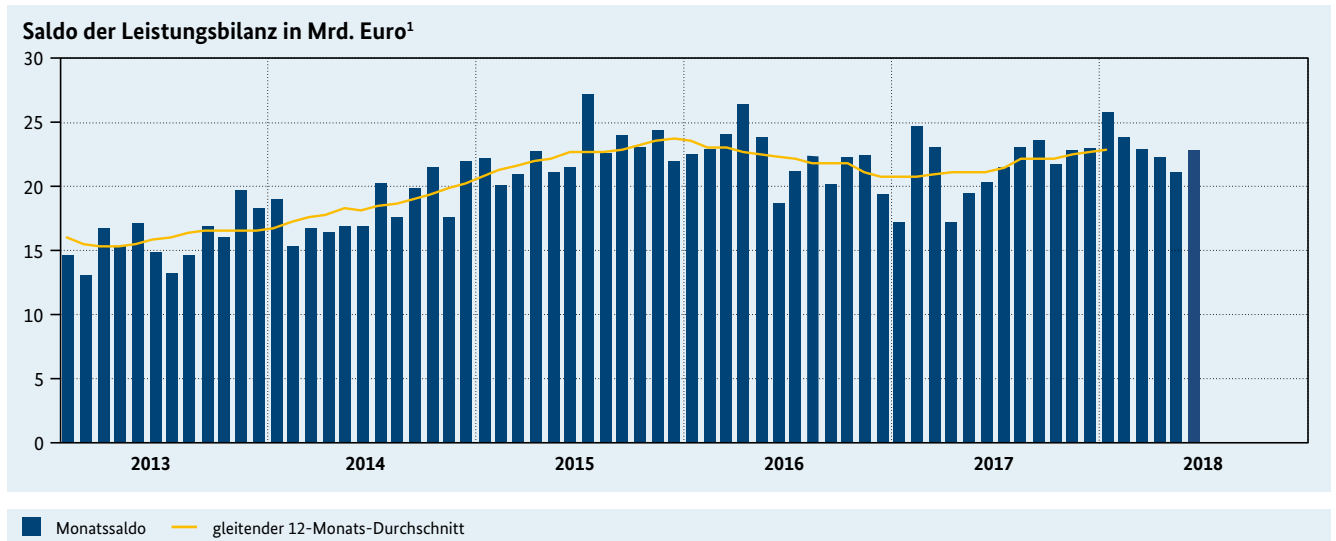
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

## 4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 5. Arbeitsmarkt

### 5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

					2017		2018		2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
<b>Ursprungszahlen</b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	in Tsd.	43071	43642	44269	44479	44672	44385	44794	44357	44479	44635	44810	44936	-
	gg. Vj. in Tsd.	+401	+571	+627	+638	+596	+656	+599	+663	+629	+611	+605	+580	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	30854	31538	32266	32419	32739	32586	-	32576	32678	32792	32878	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+636	+683	+729	+732	+752	+782	-	+802	+748	+779	+746	-	-
Erwerbslose <sup>2</sup>	in Tsd.	1950	1774	1621	1586	1516	1564	1495	1637	1510	1522	1472	1490	-
	gg. Vj. in Tsd.	-140	-176	-153	-146	-114	-197	-127	-224	-179	-240	-82	-60	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,1	3,8	3,6	3,5	3,6	3,5	3,8	3,5	3,6	3,4	3,5	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	in Tsd.	2795	2691	2533	2504	2381	2525	2325	2546	2458	2384	2315	2276	2325
	gg. Vj. in Tsd.	-104	-104	-158	-147	-166	-209	-188	-216	-204	-185	-182	-197	-193
SGB II	in Tsd.	1936	1869	1677	1671	1601	1616	1565	1619	1599	1588	1565	1541	1537
	gg. Vj. in Tsd.	-29	-67	-192	-172	-180	-131	-126	-128	-128	-119	-123	-136	-139
SGB III	in Tsd.	859	822	855	833	780	909	760	927	859	796	751	735	788
	gg. Vj. in Tsd.	-75	-37	+34	+25	+14	-78	-62	-88	-76	-66	-60	-61	-54
Westdeutschland	in Tsd.	2021	1979	1894	1889	1786	1884	1746	1899	1834	1786	1738	1713	1753
	gg. Vj. in Tsd.	-54	-42	-84	-81	-101	-137	-136	-140	-140	-131	-133	-144	-144
Ostdeutschland	in Tsd.	774	712	639	615	595	641	579	647	624	598	577	563	572
	gg. Vj. in Tsd.	-50	-62	-74	-66	-65	-73	-52	-76	-64	-54	-49	-53	-49
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	5,6	5,3	5,7	5,1	5,7	5,5	5,3	5,1	5,0	5,1
Westdeutschland	in %	5,7	5,6	5,3	5,2	4,9	5,2	4,8	5,3	5,1	4,9	4,7	4,7	4,8
Ostdeutschland	in %	9,2	8,5	7,6	7,3	7,0	7,6	6,8	7,7	7,4	7,1	6,8	6,6	6,8
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	626	642	630	637	605	644	556	662	604	569	589	509	636
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	633	651	645	645	626	620	616	686	692	643	657	549	587
Kurzarbeit <sup>4</sup>	in Tsd.	44	42	24	16	15	20	-	20	18	13	11	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-5	-2	-18	-18	-22	-22	-	-22	-22	-14	-14	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3631	3577	3517	3461	3366	3489	3292	3514	3440	3353	3286	3237	3258
	gg. Vj. in Tsd.	-171	-54	-61	-90	-149	-222	-238	-232	-233	-235	-234	-245	-242
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	569	655	731	763	771	760	794	764	778	784	793	805	823
	gg. Vj. in Tsd.	+78	+87	+75	+81	+94	+88	+77	+90	+86	+78	+78	+74	+72
<b>saisonbereinigte Angaben<sup>5</sup></b>														
Erwerbstätige <sup>1</sup>	gg. Vp. in Tsd.	+401	+571	+626	+144	+142	+226	+86	+42	+19	+29	+32	+28	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+636	+683	+728	+187	+208	+221	-	+57	+18	+64	+43	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-152	-160	-167	-38	-45	-43	-19	-11	-7	-6	-4	-5	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,2	3,8	3,7	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,4	-
Arbeitslose insgesamt <sup>3</sup>	gg. Vp. in Tsd.	-103	-104	-158	-27	-55	-69	-39	-21	-18	-8	-11	-14	-6
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-28	-69	-191	-10	-39	-43	-33	-12	-14	-8	-10	-14	-8
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-76	-35	+33	-16	-16	-26	-6	-9	-4	0	-1	0	+2
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-54	-42	-84	-18	-38	-50	-32	-16	-15	-7	-9	-11	-5
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-50	-62	-73	-9	-17	-19	-7	-5	-2	-2	-2	-3	-1
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	5,7	5,5	5,4	5,2	5,4	5,3	5,3	5,2	5,2	5,2
Westdeutschland	in %	5,7	5,6	5,3	5,2	5,1	5,0	4,8	5,0	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8
Ostdeutschland	in %	9,2	8,4	7,6	7,5	7,3	7,1	7,0	7,1	7,0	7,0	7,0	6,9	6,9
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-172	-52	-62	-48	-59	-75	-57	-29	-20	-17	-16	-18	-12
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+78	+87	+75	+28	+26	+15	+10	+2	+2	+3	+5	+5	+6
<b>Indizes</b>														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	100,0	100,8	102,9	103,3	104,0	104,8	103,9	105,0	103,9	103,3	104,2	104,1	104,1
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	103,1	103,2	104,2	104,0	104,8	105,1	104,0	104,9	105,5	104,4	104,1	103,6	103,5
BA-X Stellenindex	Index	192,3	216,3	237,8	241,0	249,3	251,3	252,7	252,0	251,0	251,0	253,0	254,0	256,0

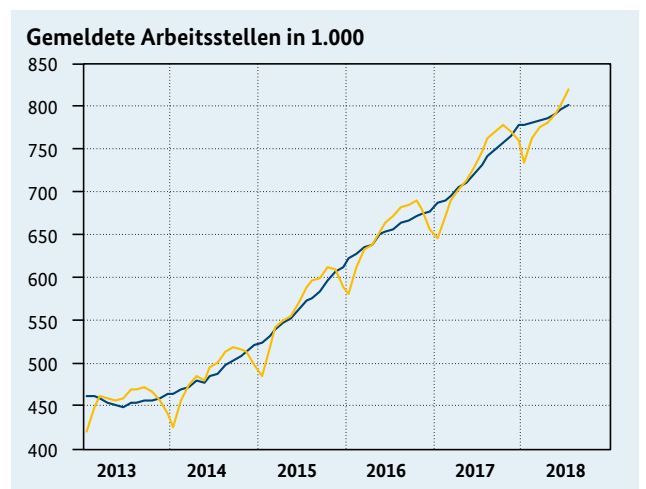
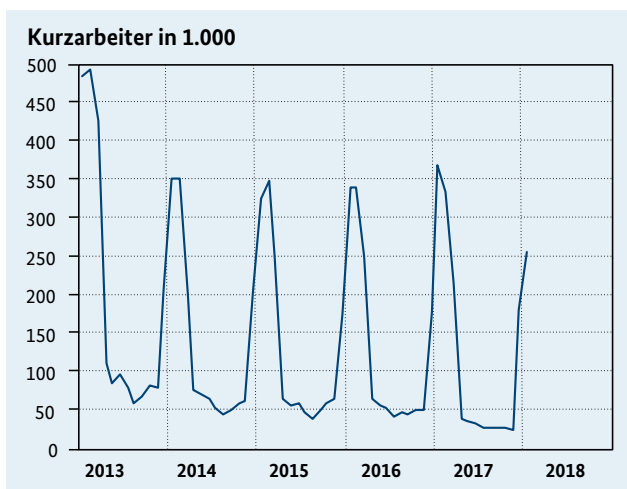
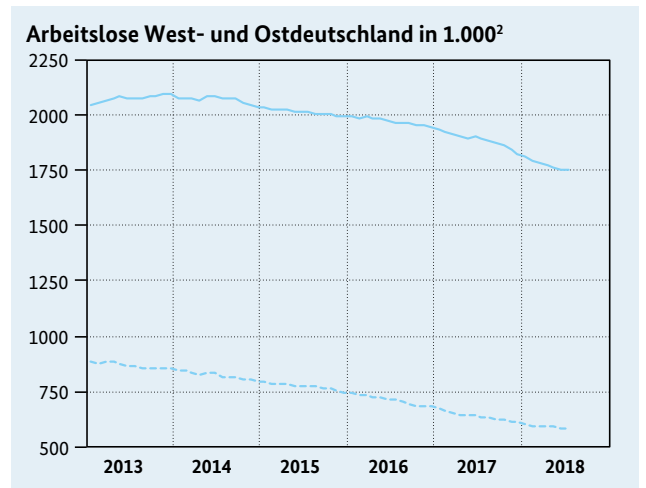
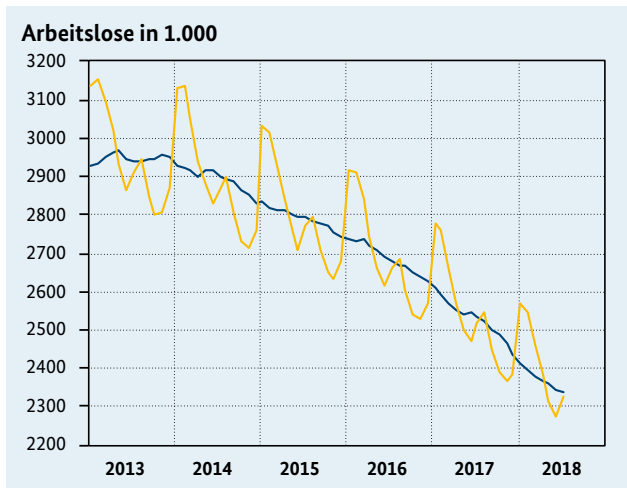
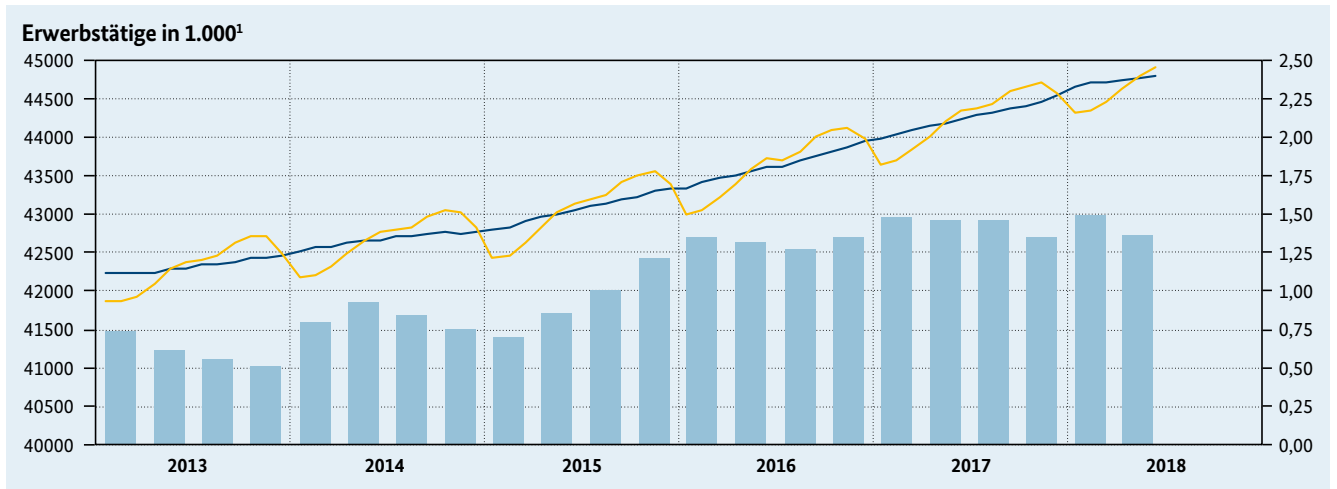
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.



## 5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)   
 — Ursprungswerte   
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA  
— Arbeitslose Westdeutschland   
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

## 6. Preise

### 6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

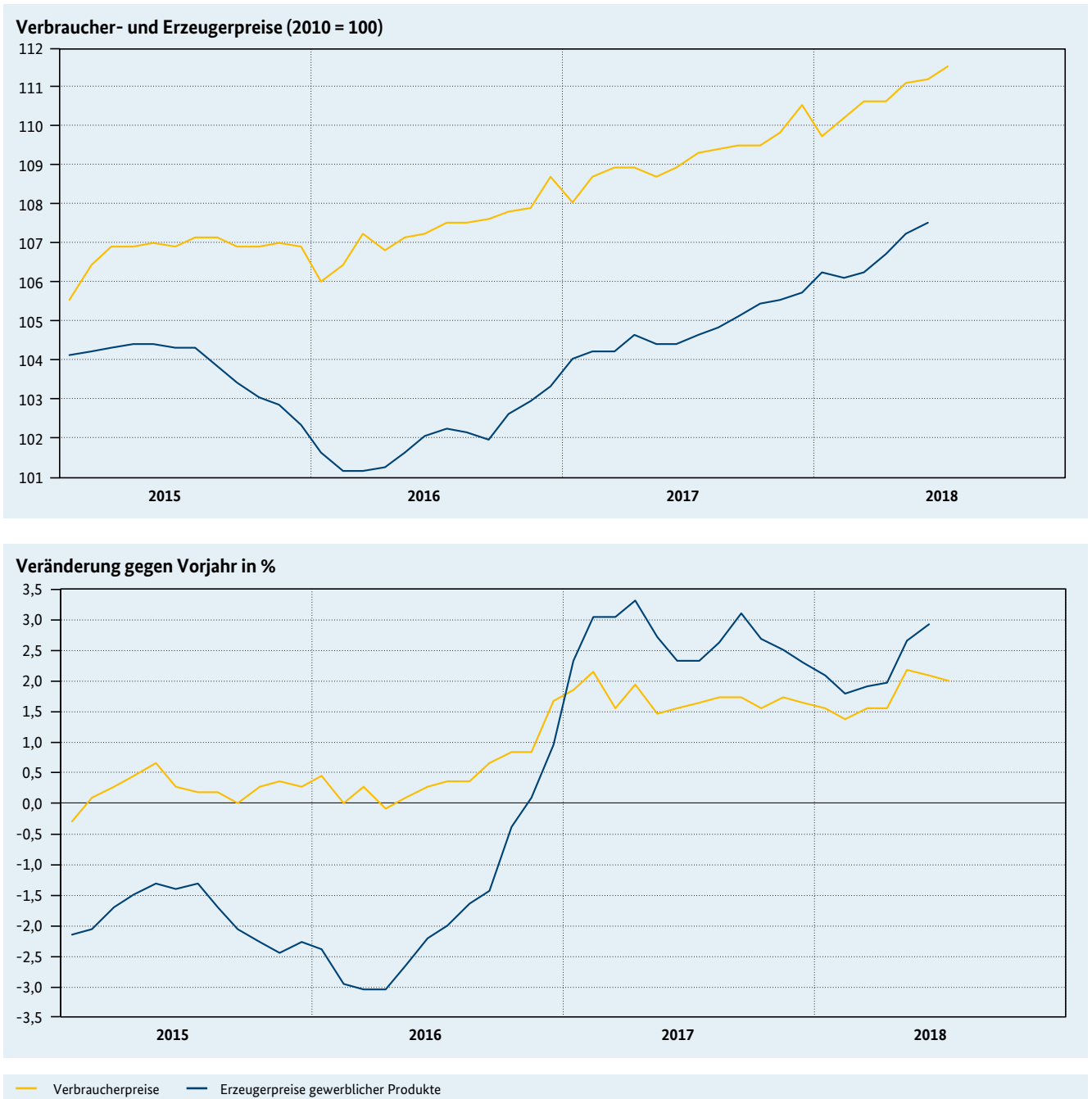
		2017			2018				2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
<b>Verbraucherpreise<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt (Ursprungszahlen)</b>	Index	106,9	107,4	109,3	109,5	110,0	110,3	111,1	110,3	110,7	110,7	111,2	111,3	111,6
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+1,8	+1,7	+1,6	+2,0	+1,4	+1,6	+1,6	+2,2	+2,1	+2,0
Waren	Index	107,0	106,6	108,9	108,5	109,8	109,9	111,2	109,7	110,3	110,9	111,5	111,3	110,6
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,4	+2,2	+2,0	+1,9	+1,3	+2,3	+1,0	+1,4	+1,6	+2,5	+2,8	+2,4
Verbrauchsgüter	Index	110,0	108,8	111,7	111,3	112,6	113,4	115,0	113,4	113,4	114,3	115,2	115,4	115,2
	gg. Vj. in %	-1,5	-1,1	+2,7	+2,3	+2,5	+1,7	+3,4	+1,2	+2,0	+2,4	+3,6	+4,1	+3,8
darunter:	Index	112,4	113,3	116,7	116,2	118,0	119,6	119,8	119,5	119,7	119,8	120,0	119,7	119,1
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+0,8	+0,8	+3,0	+3,1	+3,5	+2,4	+3,4	+1,1	+2,9	+3,4	+3,5	+3,4	+2,6
darunter:	Index	112,8	107,8	109,6	109,0	110,5	111,0	112,5	110,7	110,8	111,7	113,0	112,9	112,8
Haushaltsenergie <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	-5,6	-4,4	+1,7	+1,4	+1,7	+1,1	+3,0	+0,6	+1,2	+1,6	+3,6	+4,1	+3,9
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	105,5	106,3	107,7	107,0	109,3	106,9	108,7	106,2	109,2	109,4	109,0	107,7	104,6
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,8	+1,3	+1,7	+0,9	+0,7	+0,2	+1,1	+0,2	+0,1	0,0	+0,6	-0,8
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,3	98,4	99,4	99,4	99,6	99,6	99,8	99,6	99,6	99,8	99,8	99,9	100,0
	gg. Vj. in %	+0,4	+1,1	+1,0	+1,0	+0,9	+0,6	+0,4	+0,5	+0,4	+0,5	+0,4	+0,5	+0,5
Dienstleistungen	Index	106,8	108,2	109,7	110,5	110,2	110,6	110,9	110,7	111,1	110,4	111,0	111,3	112,5
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,4	+1,6	+1,4	+1,7	+1,6	+1,6	+1,8	+1,5	+1,9	+1,5	+1,6
darunter:	Index	106,7	108,0	109,7	109,9	110,4	110,9	111,3	110,9	111,0	111,2	111,3	111,5	111,6
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,2	+1,6	+1,7	+1,7	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6
<b>Insgesamt ohne Energie</b>	Index	106,8	108,1	109,8	110,2	110,6	110,8	111,3	110,8	111,3	111,1	111,4	111,5	111,8
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,2	+1,6	+1,8	+1,7	+1,6	+1,6	+1,5	+1,6	+1,6	+1,8	+1,6	+1,5
Energie	Index	107,4	101,6	104,7	103,7	105,5	105,8	108,8	105,8	105,2	107,0	109,4	109,9	109,8
	gg. Vj. in %	-7,0	-5,4	+3,1	+2,0	+2,0	+0,5	+4,3	+0,1	+0,5	+1,3	+5,1	+6,4	+6,6
<b>Insgesamt (saisonbereinigt<sup>3</sup>)</b>	Index	106,9	107,4	109,3	109,4	109,9	110,4	111,1	110,4	110,5	110,7	111,2	111,4	111,4
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+1,8	+1,7	+1,5	+1,9	+1,4	+1,6	+1,6	+2,0	+2,2	+2,0
<b>HVPI<sup>4</sup></b>	Index	100,0	100,4	102,1	102,3	102,8	102,9	103,6	102,9	103,3	103,2	103,8	103,9	104,3
	gg. Vj. in %	+0,1	+0,4	+1,7	+1,7	+1,7	+1,4	+1,9	+1,2	+1,5	+1,4	+2,2	+2,1	+2,1
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte<sup>5</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	103,9	102,1	104,8	104,9	105,6	106,3	107,2	106,2	106,3	106,8	107,3	107,6	-
	gg. Vj. in %	-1,8	-1,7	+2,6	+2,6	+2,5	+2,0	+2,5	+1,8	+1,9	+2,0	+2,7	+3,0	-
Vorleistungsgüter	Index	102,3	100,8	104,3	104,3	105,0	106,2	107,0	106,3	106,4	106,6	107,0	107,4	-
	gg. Vj. in %	-1,2	-1,5	+3,5	+3,3	+3,6	+2,7	+2,6	+2,8	+2,3	+2,1	+2,6	+3,2	-
Investitionsgüter	Index	104,2	104,8	105,9	106,0	106,2	106,8	107,1	106,7	106,9	107,0	107,1	107,2	-
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,6	+1,0	+1,0	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	+1,3	-
Konsumgüter	Index	108,1	108,8	111,8	112,5	112,2	112,3	112,6	112,2	112,4	112,5	112,6	112,8	-
	gg. Vj. in %	-0,8	+0,6	+2,8	+3,3	+2,2	+1,4	+0,8	+1,4	+1,4	+1,1	+0,9	+0,6	-
Gebrauchsgüter	Index	107,1	108,4	109,6	109,7	110,0	110,8	111,3	110,8	110,9	111,1	111,4	111,4	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,2	+1,1	+1,0	+1,3	+1,4	+1,6	+1,4	+1,3	+1,5	+1,6	+1,6	-
Verbrauchsgüter	Index	108,3	108,8	112,1	112,9	112,6	112,5	112,8	112,4	112,6	112,7	112,8	113,0	-
	gg. Vj. in %	-1,1	+0,5	+3,0	+3,6	+2,4	+1,4	+0,8	+1,4	+1,4	+1,1	+0,8	+0,5	-
Energie	Index	102,6	96,6	99,9	99,5	101,4	101,8	103,9	101,6	101,6	102,8	104,1	104,8	-
	gg. Vj. in %	-5,4	-5,8	+3,4	+3,0	+2,9	+2,1	+4,9	+1,8	+2,4	+3,2	+5,5	+6,2	-
<b>Baupreise<sup>6</sup></b>														
Wohngebäude	Index	111,1	113,4	116,8	117,2	118,0	120,0	121,2	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+2,1	+3,0	+3,1	+3,4	+4,0	+4,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	111,4	112,4	116,6	117,4	118,3	120,7	122,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,9	+3,7	+4,2	+4,6	+5,3	+5,6	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

## 6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

Bundesrepublik Deutschland



## 6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2017		2018		2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
<b>Weltmarktpreise für Rohstoffe<sup>1</sup></b>														
<b>Insgesamt</b>	Index	100,1	87,4	105,3	101,2	114,5	124,2	133,1	121,5	122,0	128,4	136,2	134,6	134,7
	gg. Vj. in %	-41,9	-12,7	+20,5	+11,5	+13,5	+16,4	+34,8	+11,3	+19,3	+24,1	+37,0	+44,3	+39,4
Nahrungs- und Genussmittel	Index	100,0	102,1	99,1	97,9	96,0	98,4	99,4	98,9	100,5	101,0	101,6	95,6	91,4
	gg. Vj. in %	-17,7	+2,1	-2,9	-6,8	-8,1	-6,0	+1,6	-6,6	-1,4	+2,6	+3,1	-1,1	-8,8
Industrie-Rohstoffe	Index	100,1	97,3	118,2	118,9	120,5	129,8	129,5	131,4	127,1	126,9	130,9	130,6	123,7
	gg. Vj. in %	-26,0	-2,8	+21,5	+21,9	+10,8	+5,4	+17,3	+4,5	+2,4	+10,1	+19,4	+22,9	+9,2
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	100,1	85,5	104,5	99,8	115,1	125,3	135,6	122,1	122,9	130,4	139,0	137,5	138,6
	gg. Vj. in %	-44,1	-14,6	+22,2	+11,9	+15,3	+19,1	+38,8	+13,3	+22,5	+27,0	+41,1	+49,6	+46,2
<b>Außenhandelspreise<sup>2</sup></b>														
<b>Einfuhrpreise insgesamt</b>	Index	100,9	97,8	101,5	100,1	101,9	102,5	104,1	102,3	102,3	102,9	104,5	105,0	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-3,1	+3,8	+2,4	+2,1	0,0	+2,8	-0,6	-0,1	+0,6	+3,2	+4,8	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,7	112,4	115,1	113,4	114,4	114,3	114,0	114,2	114,6	114,3	114,4	113,4	-
	gg. Vj. in %	+0,7	-0,3	+2,4	+0,9	-0,5	-2,8	-1,0	-3,6	-1,7	-1,7	-0,5	-0,7	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	99,7	96,3	100,1	98,7	100,7	101,3	103,1	101,1	101,0	101,8	103,5	104,1	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-3,4	+3,9	+2,6	+2,4	+0,3	+3,3	-0,2	0,0	+0,9	+3,6	+5,5	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	88,3	77,1	89,8	85,9	93,5	96,2	102,1	95,4	95,3	97,9	103,4	105,1	-
	gg. Vj. in %	-19,0	-12,7	+16,5	+10,6	+10,6	+4,4	+16,6	+2,0	+4,2	+7,8	+17,8	+25,0	-
Fertigwaren	Index	103,3	102,2	103,3	102,8	102,9	102,9	103,4	102,9	102,8	103,0	103,5	103,8	-
	gg. Vj. in %	+2,4	-1,1	+1,1	+0,7	+0,4	-0,8	-0,3	-0,9	-1,1	-1,1	-0,2	+0,5	-
<b>Ausfuhrpreise insgesamt</b>	Index	104,9	104,0	105,9	105,7	106,1	106,6	107,3	106,5	106,7	106,9	107,4	107,7	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,9	+1,8	+1,6	+1,2	+0,6	+1,3	+0,5	+0,7	+0,7	+1,3	+1,8	-
<b>Terms of Trade</b>	Verhältnis	103,9	106,4	104,4	105,6	104,0	104,0	103,1	104,1	104,3	103,9	102,8	102,6	-
	gg. Vj. in %	+3,5	+2,4	-1,9	-0,7	-0,9	+0,6	-1,5	+1,1	+0,8	+0,1	-1,7	-2,8	-
<b>Wechselkurs des Euro</b>														
in US-Dollar	Kurs	1,11	1,11	1,13	1,17	1,18	1,23	1,19	1,23	1,23	1,23	1,18	1,17	1,17
	gg. Vj. in %	-16,5	-0,3	+2,0	+5,2	+9,2	+15,5	+8,3	+16,0	+15,5	+14,5	+6,8	+4,0	+1,5
in Yen	Kurs	134,3	120,3	126,7	130,4	132,9	133,1	130,1	133,3	130,9	132,2	129,6	128,5	130,2
	gg. Vj. in %	-4,3	-10,4	+5,3	+14,0	+12,7	+10,0	+6,3	+10,9	+8,4	+11,7	+4,4	+3,2	+0,6
in Pfund-Sterling	Kurs	0,73	0,82	0,88	0,90	0,89	0,88	0,88	0,88	0,88	0,87	0,88	0,88	0,89
	gg. Vj. in %	-10,0	+12,8	+7,0	+5,6	+2,1	+2,7	+1,8	+3,7	+2,0	+2,8	+2,5	+0,2	+0,1
<b>Effektive Wechselkurse des Euro<sup>3</sup></b>														
nominal	Index	91,7	94,4	96,5	98,6	98,7	99,6	98,5	99,6	99,7	99,5	98,1	97,9	99,2
	gg. Vj. in %	-9,5	+2,8	+2,3	+3,9	+4,4	+6,2	+3,4	+6,6	+6,1	+6,1	+2,6	+1,6	+1,6
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	87,6	89,5	91,4	93,2	93,2	94,0	93,1	93,9	94,2	93,9	92,8	92,6	93,9
	gg. Vj. in %	-9,9	+2,2	+2,1	+3,6	+4,0	+5,5	+3,2	+5,6	+5,6	+5,5	+2,5	+1,5	+1,6
<b>Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft<sup>4</sup></b>														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	94,1	94,7	96,0	97,0	97,3	97,7	97,4	97,7	97,8	97,7	97,4	97,2	97,4
	gg. Vj. in %	-4,1	+0,7	+1,4	+2,2	+2,4	+3,3	+2,3	+3,4	+3,3	+3,4	+2,1	+1,3	+0,8
56 Länder	Index	85,8	87,0	87,8	89,0	89,1	89,5	89,5	89,5	89,7	89,6	89,4	89,4	90,0
	gg. Vj. in %	-5,4	+1,4	+1,0	+2,3	+2,6	+3,8	+3,0	+3,9	+4,1	+4,2	+2,7	+2,1	+1,7

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

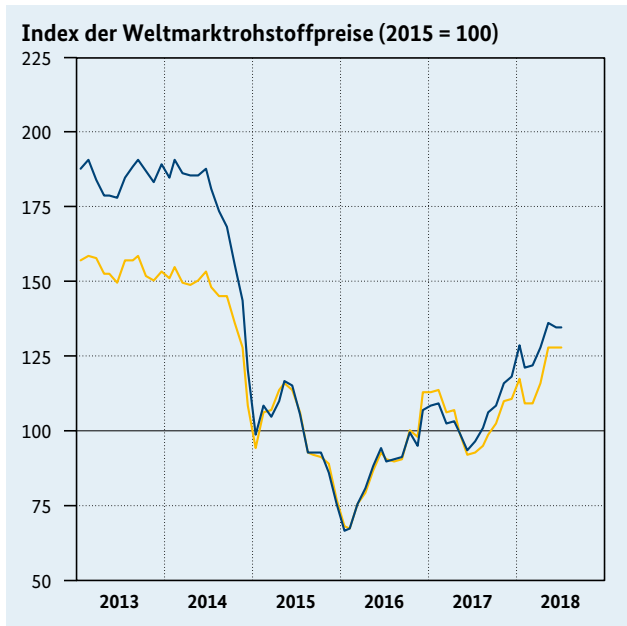
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

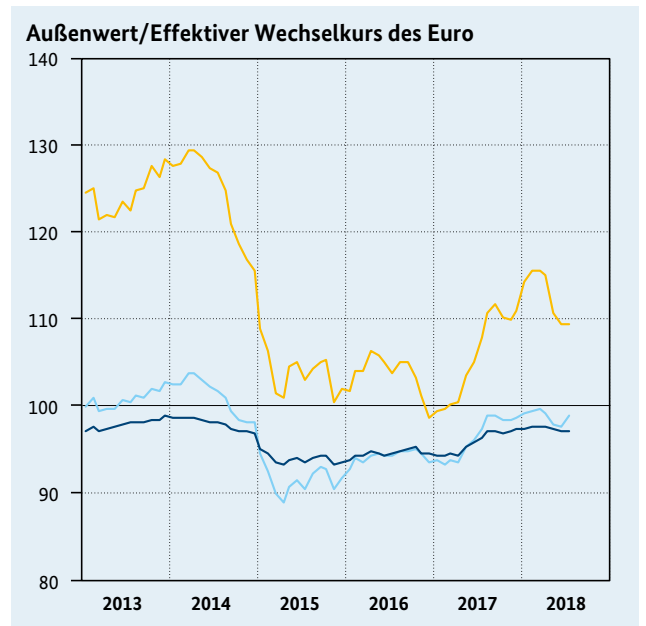
4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

## 6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

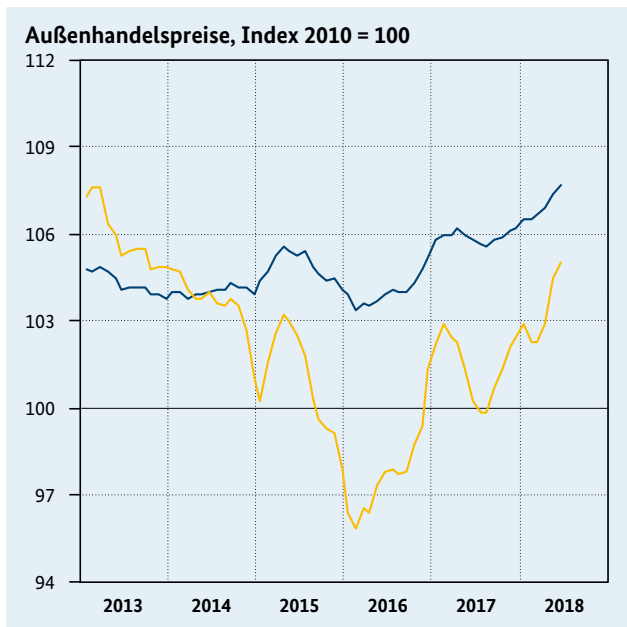
Bundesrepublik Deutschland



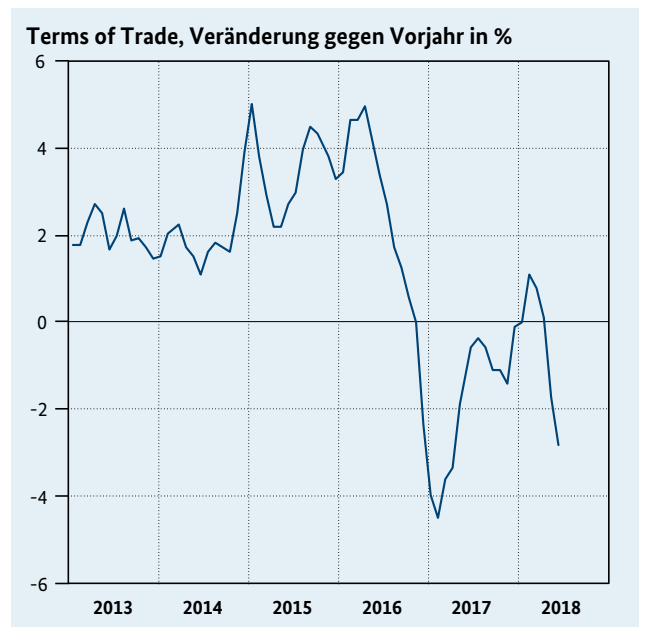
— auf Euro-Basis  
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100  
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro 1;  
1. Quartal 1999 = 100  
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit 2



— Einfuhrpreise  
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

## 7. Monetäre Entwicklung

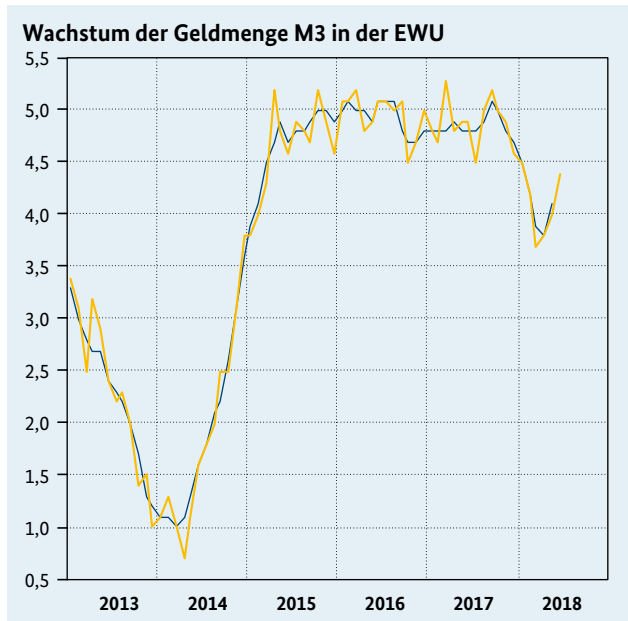
### 7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2017		2018		2018					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
<b>Geldmarktsätze, Umlaufrenditen</b> (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz <sup>1</sup>	Zinssatz	-0,13	-0,37	-0,42	-0,43	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,43	-0,43	-0,41	-0,41
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,02	-0,26	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,32	-0,32
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,05	-0,16	-0,26	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,17	-0,04	-0,15	-0,16	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,18	-0,18
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz <sup>1</sup>	Zinssatz	0,11	0,11	0,09	0,10	0,09	0,09	0,10	0,09	0,10	0,10	0,10	0,09	0,09
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,12	-0,51	-0,51	-0,44	-0,47	-0,23	-0,31	-0,16	-0,25	-0,26	-0,29	-0,39	-0,41
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,13	-0,28	-0,15	-0,07	-0,11	0,17	0,06	0,28	0,16	0,11	0,10	-0,03	-0,09
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,50	0,09	0,32	0,39	0,33	0,55	0,42	0,66	0,53	0,48	0,45	0,33	0,28
<b>Geldmenge (Euroraum)</b>														
Wachstum der Geldmenge M1 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	10,6	9,1	9,1	9,5	9,1	8,2	7,3	8,4	7,5	7,0	7,5	7,4	-
Wachstum der Geldmenge M2 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	4,8	5,1	5,1	5,2	5,3	4,8	4,5	4,9	4,4	4,2	4,6	4,8	-
Wachstum der Geldmenge M3 <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	4,7	5,0	4,9	4,9	4,8	4,1	4,1	4,2	3,7	3,8	4,0	4,4	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monats-Durchschnitt <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	4,7	4,9	4,9	4,9	4,8	4,2	-	4,2	3,9	3,8	4,1	-	-
<b>Kredite</b>														
an den privaten Sektor im Euroraum <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	+0,4	+1,6	+2,6	+2,4	+2,7	+2,6	+2,9	+2,6	+2,4	+2,7	+3,2	+2,8	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+0,6	+1,4	+2,0	+1,8	+2,4	+2,5	+2,8	+2,4	+2,3	+2,4	+3,1	+2,8	-
an den privaten Sektor in Deutschland <sup>2</sup>	gg. Vj. in %	+2,5	+2,8	+3,6	+3,8	+3,9	+4,2	+4,5	+4,2	+4,3	+4,3	+4,5	+4,6	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+3,0	+3,6	+3,8	+3,9	+4,3	+4,6	+4,4	+4,5	+4,4	+4,5	+4,9	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	-0,6	+2,1	+3,6	+4,1	+4,5	+5,1	+5,4	+5,1	+5,4	+5,2	+5,0	+5,9	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-0,8	+0,1	+0,2	+1,7	+5,3	+9,2	+12,2	+8,6	+11,1	+11,0	+13,1	+12,6	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,5	+2,3	+2,3	+2,6	+2,0	+2,8	+3,2	+3,2	+2,9	+3,7	+1,4	+4,4	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,4	+2,5	+4,6	+5,0	+4,8	+4,6	+4,3	+4,7	+4,6	+4,3	+3,9	+4,7	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland <sup>3</sup>	gg. Vj. in %	+2,1	+2,9	+3,1	+3,2	+3,3	+3,5	+3,4	+3,5	+3,6	+3,6	+3,3	+3,3	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+3,4	+3,7	+4,1	+4,2	+4,3	+4,5	+4,6	+4,5	+4,7	+4,5	+4,6	+4,7	-
<b>Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)</b>														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) <sup>4</sup>	Index	10969	10196	12441	12344	13085	12626	12657	12459	12163	12397	12905	12668	12582
	gg. Vp. in %	+15,0	-7,1	+22,0	-1,5	+6,0	-3,5	+0,2	-6,0	-2,4	+1,9	+4,1	-1,8	-0,7
Dow Jones Euro Stoxx (50) <sup>5</sup>	Index	3445	3005	3490	3481	3593	3469	3478	3427	3374	3453	3537	3443	3461
	gg. Vp. in %	+9,5	-12,8	+16,1	-1,8	+3,2	-3,4	+0,2	-5,0	-1,5	+2,4	+2,4	-2,7	+0,5
Standard & Poor's 500 <sup>5</sup>	Index	2061	2093	2448	2467	2605	2730	2703	2707	2700	2654	2702	2754	2790
	gg. Vp. in %	+6,7	+1,5	+17,0	+3,0	+5,6	+4,8	-1,0	-2,8	-0,2	-1,7	+1,8	+1,9	+1,3
Nikkei 225 <sup>5</sup>	Index	19166	16924	20199	19882	22179	22315	22347	21961	21395	21897	22580	22563	22322
	gg. Vp. in %	+23,8	-11,7	+19,4	+2,0	+11,6	+0,6	+0,1	-6,9	-2,6	+2,3	+3,1	-0,1	-1,1

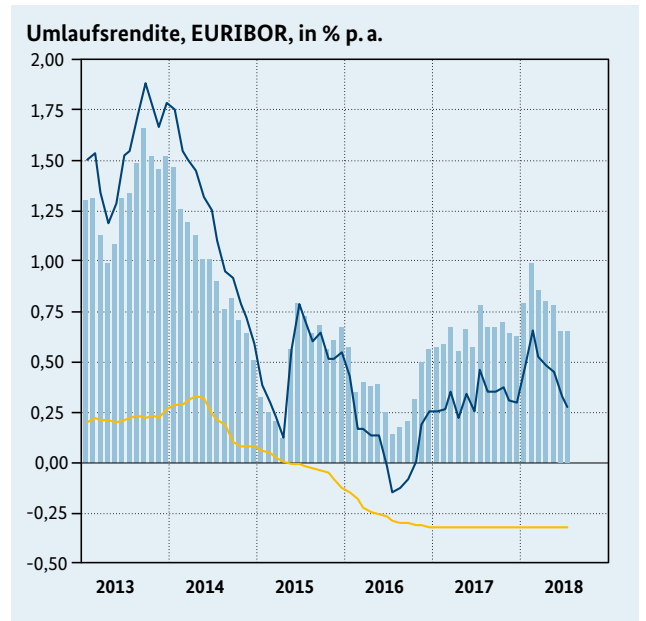
Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

- 1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;
- 2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Ursprungszahlen;
- 4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 5 Kurs- bzw. Preisindex.

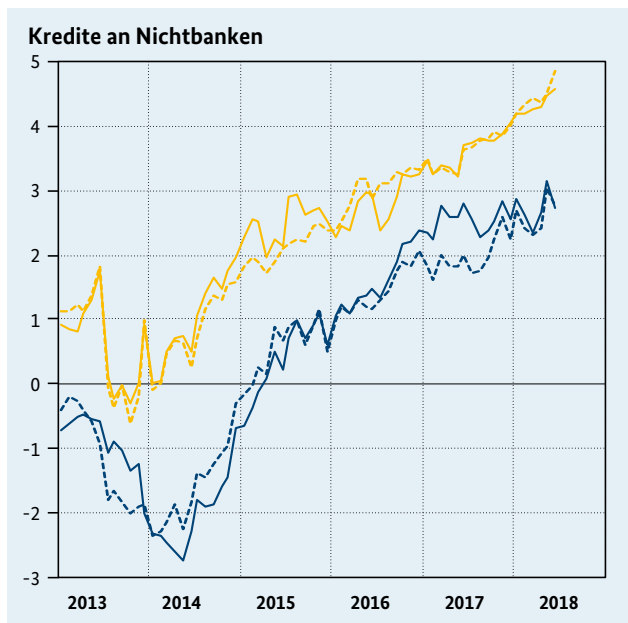
## 7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



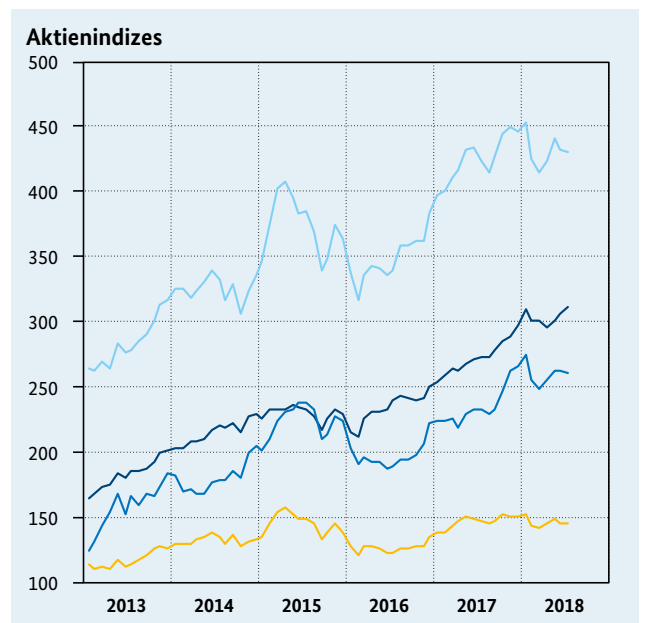
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %<sup>1</sup>  
 — monatlich  
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld<sup>2</sup>  
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit<sup>2</sup>  
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %  
 — Deutschland  
 — EWU  
 - - - Buchkredite Deutschland  
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100  
 — DAX 30<sup>3</sup>  
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)<sup>4</sup>  
 — Standard & Poor's 500<sup>4</sup>  
 — Nikkei 225<sup>4</sup>

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

## Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.



Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

**Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:**

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an [sdw@bmwi.bund.de](mailto:sdw@bmwi.bund.de) richten.

# Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
<b>September 2017</b>	Die Reform des Unterschwellenvergaberechts 2017 Transparenz im Rohstoffsektor
<b>Oktober 2017</b>	Zukunft der Europäischen Union – Von der Diskussion zu konkreten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen Aktuelle Entwicklungen im Investitionsprüfungsrecht Neue Perspektiven für den Einzelhandel Produktivität in Deutschland – Messbarkeit und Entwicklung
<b>November 2017</b>	Manifest für „Frauen in der Wirtschaft“ Deutsche Wirtschaft in Schwung Die Nachhaltigkeitsstrategie des BMWi Weg frei für offenes WLAN Der Rückgang von Korrespondenzbankbeziehungen: Eine Herausforderung für die Weltwirtschaft
<b>Dezember 2017</b>	Industrie 4.0 schafft neue Wertschöpfungsnetzwerke Modernisierung der Wirtschaftsstatistik Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hat eine neue Strategie
<b>Januar 2018</b>	Emissionshandel ist fit für 2030 Instant Payment – WhatsApp für Geld?
<b>Februar 2018</b>	Jahreswirtschaftsbericht 2018: Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft Maritime Energiewende gewinnt an Fahrt Ist das Europäische Vertragsrecht fit für das digitale Zeitalter?
<b>März 2018</b>	Wertschöpfungsverflechtungen im NAFTA-Raum Das Netzwerk einheitlicher Ansprechpartner – wichtiger Bestandteil einer unternehmensfreundlichen Verwaltung
<b>April 2018</b>	Dual-use-Güter in der Exportkontrolle Strategien für den erfolgreichen Markteintritt im Ausland: Wie Anbieter klimafreundlicher Energielösungen „Made in Germany“ langfristig neue Auslandsmärkte erschließen können IGF – Industrielle Gemeinschaftsforschung für Unternehmen
<b>Mai 2018</b>	Das Nationale Reformprogramm 2018 Die Entwicklung des befristeten Arbeitsvertrags Deutsche Wirtschaft im kräftigen Aufschwung
<b>Juni 2018</b>	Neues Kompetenzzentrum Tourismus gestartet Sustainable Finance: Die Rolle von Finanzmärkten auf dem Weg zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem Startschuss für die neue Gründerplattform: Das geballte Gründerwissen Deutschlands – digital und interaktiv Metrologie und Digitalisierung Das Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof – gerichtliches Scharnier zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Union

Ausgabe	Fachartikel
Juli 2018	Der OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland 2018
August 2018	Im Dialog mit der Wirtschaft: Bundesregierung erleichtert Ausfuhrgeschäfte nach Afrika und verbessert Rahmenbedingungen für KMU Eine Governance für die Energieunion Das Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof Evaluationen gewinnen im BMWi immer mehr Bedeutung



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik  
finden Sie im Internet unter  
[www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html](http://www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html)

---

